universität wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Die Finanzierung des Ersten Weltkriegs in der k.u.k Monarchie sowie im Deutschen Kaiserreich“

verfasst von / submitted by

Fabian Maximilian Kirchmair

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 190 333 313
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Lehramtsstudium UF Deutsch, UF Geschichte, Sozialkunde Polit. Bildg.
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Doz. Dr. Hans Safrian

“Infantrie im Schützengraben / Muß Gewehr und Kugeln haben; / Denn was hälf' der Mut dem Mann, / Wenn der Mann nicht feuern kann!”

[...]

“Läßt im U-Boot der Matrose / Feindwärts das Torpedo lose, / Weiß er wohl, daß solch ein Schuß / Vieles Geld ”verpulvern“ muß!”

[...]

“Deutschland kämpft mit einer Welt, / Und zum Krieg gehört auch - Geld!”

Das Lied vom feldgrauen Geld, 1917-1918 | BArch R 2501/396

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis ... 1

Einleitung ... 4

Überlegungen zur Kriegswirtschaft im Allgemeinen ... 5

Fragestellungen/Ziele der Arbeit ... 7

Entwicklung der Wirtschaft in der k.u.k. Monarchie von 1867 bis 1914 ... 8

Der Ausgleich von 1867 ... 8

Gründerzeit und Boom an der Börse ... 9

Der Börsenkrach von 1873 ... 13

Eine zweite Gründerzeit – Hoffnung für die Monarchie ... 14

Bosnische Annexionskrise 1908 und Aufrüstung ... 16

Geld für die Marine ... 21

Die finanzielle Kriegsbereitschaft der k.u.k. Monarchie ... 21

Kriegsfinanzierung in Österreich-Ungarn ... 23

Exkurs: Kurze Geschichte der Kriegsfinanzierung ... 26

Österreich-Ungarn im Vergleich mit den europäischen Großmächten ... 28

Von der liberal-privaten Wirtschaft zur staatlich-regulierten ... 29

Das Kriegsleistungsgesetz von 1912 ... 30

Methoden der Kriegsfinanzierung ... 36

Zum Instrument Steuer ... 37

Funktionsweise von Steuern ... 39

Kriegskosten ... 41

Kriegsanleihen ... 43

Die erste Kriegsanleihe ... 45

Die zweite Kriegsanleihe 46
Die dritte Kriegsanleihe 47
Die vierte Kriegsanleihe 48
Die fünfte Kriegsanleihe 49
Die sechste Kriegsanleihe 51
Die siebente und achte Kriegsanleihe 51
Über die nationalen Streuungen der Kriegsanleihenzeichner 54
Ausländische Kredite/Anleihen 59
Ausplünderung besetzter Gebiete 60
Entstehung und Verlauf der Inflation in der k.u.k. Monarchie 61
Entwicklung der Wirtschaft des Deutschen Kaiserreichs von 1871 bis 1914 63
Die Reichsgründung 1871 63
Die französischen Kriegsentschädigungen/Aufbau des Reichskriegsschatzes 64
Die Entwicklung der Industrie in Deutschland ab 1871 66
Der große Krach von 1873 68
Ende der Krise und erneuter Aufschwung 69
Der Außenhandel des Reiches 70
Die finanzielle Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches 71
Die Wirtschaft in Zeiten des Krieges und ihre Kontrollmechanismen 73
Gesetze bezüglich der Wirtschaft im Krieg 73
Hindenburgprogramm und Hilfsdienstgesetz 73
Zur Beteiligung der Frauen 77
Aufhebung des Goldstandards 78
Kriegsfinanzierung im Deutschen Kaiserreich 79
Die Steuerpolitik während des Krieges 81

Finanzierung durch die Reichsbank & Kredite 85

Die Kriegsanleihen des Deutschen Reiches..... 87

Die erste Anleihe 1914..... 88

Die weiteren Anleihen 1915-1918 90

Fazit der Kriegsanleihenfinanzierung..... 94

Die Inflation im Deutschen Kaiserreich..... 97

Beschaffung finanzieller Mittel durch Ausplünderung besetzter Gebiete..... 99

Ausländische Kredite 100

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der zwei Verbündeten 100

Fazit 102

Literaturverzeichnis..... 108

Quellenverzeichnis 113

Zusammenfassung..... 115

Einleitung

Das Jahr 2018: 100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs - Es stand somit für mich fest, meine Diplomarbeit dem Bereich Zeitgeschichte, um genauer zu sein der österreichischen, sowie deutschen, Zeitgeschichte zu widmen. Bereits im Jahr 2014 jährte sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum einhundertsten Male. In unserem Kulturkreis schätzt man Jubiläen der Zahl Einhundert, auch Jubiläen des Mehrfachen davon.[1]

Für die vorliegende Arbeit wurde ein Jahr ausgewählt, und dessen Zeit untersucht, nämlich jenes Jahr, welches im Jahr 2018 für 100 Jahre Ausrufung der Republik Österreich steht: das Jahr 1918 und das damit verbundene Ende des Ersten Weltkriegs, welches für die ehemalige k.u.k. Monarchie sowie für das Deutsche Kaiserreich bekanntlich mit dessen Niedergang sowie Auflösung endete.

Vier Jahre zuvor, am 28. Juni 1914, erschoss ein Student in Sarajevo den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und damit beginnend wurden eine Reihe von Aktionen ins Rollen gebracht, die Europa (und große Teile der Welt) in einen umfassenden Krieg stürzten; den Ersten Weltkrieg.

Der Erste Weltkrieg zählt als der erste totale Krieg. Diese Bewertung meint die Ziele sowie Formen der Kriegsführung sowie das Ausmaß der von ihm herbeigeführten Kontrolle und Mobilisierung sowie Finanzierung. Unter diesen Aspekten sind die Fähigkeiten, einen solchen Krieg mehr als vier Jahre durchzuhalten, bemerkenswert und einer Erklärung bedürftig.[2] Es stellt sich also die damit verbundene Frage: Wie wurde dieses Vorhaben finanziert?

Hiervon handelt diese Arbeit.

[1] Vgl. Lutz *Unterseher,* Der Erste Weltkrieg. Trauma des 20. Jahrhunderts (Berlin 2014). S. 11.
[2] Vgl. Arnd *Bauerkämpfer* (Hrsg.), Elise *Julien* (Hrsg.), Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914-1918 (Göttingen 2010). S. 7.

Überlegungen zur Kriegswirtschaft im Allgemeinen

Der deutsche Nationalökonom Friedrich Gottl (1886-1958) fasst die Kriegswirtschaft als eine Gestaltung der Volkswirtschaft auf, die das Ziel hat, Einklang zwischen den durch den Krieg verursachten Mittelbedarf und seiner Deckung zu bringen. Hierzu Gottl:

> *„Kriegsfinanzierung ist gleichzeitig ein geldwirtschaftliches und güterwirtschaftliches Problem. Das heißt: es handelt sich einerseits um ein Problem der Staatsfinanzwirtschaft, um die Frage, in welchem Umfange und in welchen Formen eine Kaufkraftabschöpfung zugunsten der öffentlichen Hand stattfindet. Andererseits ist Kriegsfinanzierung ein Problem der Güterbeschaffung durch Produktion oder durch die Aufzehrung von Teilen des Volksvermögens. Die deutsche Kriegsfinanzierung findet also ihre Grundlagen in sowohl in der Lage und den Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Volkswirtschaft unter Berücksichtigung auch ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen als auch in der Lage der und den Entwicklungsmöglichkeiten der Staatsfinanzen."*[3]

Es geht somit darum, eine gewisse Balance herzustellen, zwischen dem Problem, welches die Staatsfinanz im Kriege hat, und dessen Auswirkung auf das Vermögen der Einwohner des kriegsführenden Staates.

Stephen Broadberry und *Mark Harrison* beschreiben in ihrem im Jahr 2005 erschienenen Buch „The Economics of World War I" schon zu Beginn sehr treffend und logisch, dass natürlich wohlhabendere kriegsführende Parteien im Krieg einen Vorteil haben. Ökonomische Faktoren spielen in Kriegen eine tragende Rolle in der Frage zwischen Sieg und Niederlage. Nicht nur Armeen gewinnen oder verlieren Kriege, sondern die nationale wirtschaftliche Potenz eines Staates entscheidet darüber.[4]

Der Krieg sollte also entschieden werden, bevor eben diesen ökonomischen Faktoren große Beachtung geschenkt wurde. Erst nachdem klar wurde, dass der Krieg weitaus länger dauern

[3] Karl C. *Thalheim,* Horst *Jecht,* Klaus Wilhelm *Rath,* Hans Herbert *Hohlfeld,* Heinrich Karl *Nicklisch,* Walther *Hoffmann,* Hans *Kretschmar,* Probleme der Kriegsfinanzierung (Jena 1940). S. 1.

[4] Vgl. Stephen *Broadberry,* Mark *Harrison*, The Economics of World War I: an overview. In: Stephen *Broadberry* (Hrsg.), Mark *Harrison* (Hrsg.), The Economics of World War (Cambridge 2005). S. 4.

würde als zu Beginn geplant, wurde klar, dass die komplette Wirtschaft mobilisiert werden müsste – gingen doch zu Beginn alle kriegsführenden Parteien von einem kurzen Krieg aus.[5]

Broadberry und *Harrison* teilen die Kriegsteilnehmer in grundsätzlich zwei Lager ein:

Die wirtschaftlich Starken (Deutschland, Frankreich, United Kingdom, USA), sowie die wirtschaftlich rückständigeren und Schwächeren (Italien, Österreich-Ungarn, Russland, Osmanisches Reich). Außerdem lässt sich festhalten, dass die Alliierten schon zu Beginn des Krieges wirtschaftlich gegenüber den Mittelmächten im Vorteil waren und sich dieser Vorteil auch während des Krieges nur vergrößerte, so zum Beispiel als mit Russland 1917 die wirtschaftlich schwächste Macht ausscheidet und aber durch die USA ersetzt wird. Als die wichtigsten Ressourcen werden von *Broadberry* und *Harrison* genannt: die Population eines Landes, die geografische Größe sowie das Bruttosozialprodukt („Gross domestic product", „GDP"). Am einfachsten lässt sich die Entwicklung eines Landes am GDP per Einwohner darstellen.[6]

Während andere Wirtschaften kollabierten (z.B. Frankreich 1917 oder Russland 1916), manche relativ stabil blieben (Italien), konnten andere Länder sogar ihre Wirtschaftsleistungen erhöhen (UK und USA z.B. um 10%) und in wiederum anderen Länder brach die Wirtschaft ein (Österreich-Ungarn und Deutschland um circa 20-25%, also um bis zu einem Viertel). Das Osmanische Reich traf es gewiss am schlimmsten, wird doch hier eine Schmälerung der Wirtschaftsleistung (bzw. des GDP) ab Beginn des Krieges von 30-40% angenommen.[7]

Gerade in Hinblick auf die zwei Verbündeten Mächte Österreich-Ungarn und des Deutschen Kaiserreichs, war es für mich interessant, eben diese zu untersuchen, da sie so unterschiedlich in Bezug auf ihre wirtschaftliche Entwicklung und ökonomische Potenz beschrieben werden.

[5] Vgl. Ebda. S. 4.
[6] Vgl. Ebda. S. 5.
[7] Vgl. Ebda. S. 11.

Fragestellungen/Ziele der Arbeit

Nach diesem kurzen Vergleich der wichtigsten Kriegsteilnehmer, sollen nun die von mir ausgewählten Leitfragen und Forschungsfragen aufgelistet werden:

Wie entwickelte sich die Wirtschaft der k.u.k. Monarchie seit dem Ausgleich von 1867 bis zum Kriegsbeginn 1914?

Wie entwickelte sich die Wirtschaft des Deutschen Reiches seit der Reichsgründung 1871 bis zum Kriegsbeginn 1914? Speziell in Bezug auf die Geldforderungen gegenüber Frankreich und worum handelt es sich um den sogenannten „Juliusturm“?

Welche Möglichkeiten zur Kriegsfinanzierung gibt es? In welchem Verhältnis standen diese Methoden im Ersten Weltkrieg in den von mir untersuchten Mächten zueinander?

Gab es eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der k.u.k. Monarchie und dem Deutschen Kaiserreich? Wenn ja, wie sah diese Zusammenarbeit aus?

Wurde auch das Ausland zur Kriegsfinanzierung herangezogen?

Welchen Einfluss hatte das Militär auf die Wirtschaft in Österreich-Ungarn und im Deutschen Kaiserreich (Stichwort „Kriegsleistungsgesetz 1912“)?

Wie entstand und verlief die kriegsbedingte Inflation in Österreich-Ungarn sowie im Deutschen Kaiserreich?

Entwicklung der Wirtschaft in der k.u.k. Monarchie von 1867 bis 1914

Der Ausgleich von 1867

1867 wurde der Versuch gestartet, ein Konzept der integrierten Wirtschaft zwischen Österreich und Ungarn zu schaffen, um damit in vielen Fragen wirtschaftlicher Natur zu einer gemeinschaftlichen Lösung zu kommen. Final kam es zu einem Abkommen zwischen dem österreichischen sowie ungarischen Finanzministers, dass die ungarische Reichshälfte keine Maßnahmen ergreifen würde, welche auf eine Trennung in Hinblick auf die Notenbankfrage hinauslaufen würde; bezüglich Notenemission sollte in beidseitigem Einverständnis vorgegangen werden.[8] Es blieb somit bei einer gemeinsamen Währung.

Festgehalten wurde dieser österreichisch-ungarische Ausgleich im Reichsgesetzblatt mit der Nummer 146 unter dem Titel „Gesetz vom 21. December (sic!) 1867“[9]. Unter §1 werden die von nun an gemeinsamen Aufgaben der k.u.k. Monarchie (den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern (Cisleithanien) sowie den ungarischen Ländern (Transleithanien)) erklärt:

> *„a.) Die auswärtigen Angelegenheiten mit Einschluß der diplomatischen und commerziellen Vertretung dem Auslande gegenüber [...], b.) das Kriegswesen mit Inbegriff der Kriegsmarine [...], c.) das Finanzwesen rücksichtlich der gemeinschaftlich zu bestreitenden Auslagen [...].“*

Um die gemeinsamen Aufgaben bewerkstelligen zu können, bedurfte es von nun an eines gemeinsamen Finanzministers. Ziel war es, die Kosten zu beziffern und, den Verhältnissen angepasst, zwischen Cis- und Transleithanien aufzuteilen.[10]

Winkelbauer geht sogar soweit, neben der cisleithanischen sowie transleithanischen Regierung von einer dritten Regierung zu sprechen: dem Reichsministerium für die gemeinsam zu bewerkstelligen Aufgaben. Erster Reichsminister, der mit der Aufgabe des k.u.k. Reichsfinanzministers

[8] Vgl. Alois *Brusatti* (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band 1: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973). S. 337.
[9] Reichsgesetzblatt Nr. 146. S. 401. Online unter: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000401&zoom=2 (aufgerufen am 23.1.2019)
[10] Vgl. Hans Peter *Hye,* Das politische System in der Habsburgermonarchie. Konstitutionalismus, Parlamentarismus und politische Partizipation (Prag, 1998). S. 127.

betraut wurde, war Franz Karl Freiherr von Becke.[11] Die erwähnten Kosten für die gemeinsamen Aufgaben wurden nach einer gewissen Quote festgesetzt, welche nach circa allen zehn Jahren neu verhandelt werden sollte, die erste Quote wurde mit 70:30 festgelegt; Cisleithanien sollte also für 70% der Kosten aufkommen, Transleithanien für die restlichen 30%. Als die Quote im Jahr 1907 das letzte Mal geändert wurde, einigte man sich auf die Aufteilung 63,6:36,4.[12] Einheitliche Regeln des Geldwesens, der Eisenbahnproblematik, der Staatsschulden, der Zoll- sowie Handlungspolitik und der Steuern sollten die Garantie für die freie Bewegung von Vermögen und Arbeit in einem verbundenen Wirtschaftsraum sicherstellen.[13]
Als Becke 1870 verstarb, übernahm der ungarische Finanzminister von Lónyay das Amt des Reichsfinanzministers.[14]

Gründerzeit und Boom an der Börse

Der Vielvölkerstaat litt unter einer Reihe von verlustreichen, verlorenen Auseinandersetzungen wie der Revolution 1848/49, dem Krieg gegen Sardinien-Piemont, oder dem Krieg gegen Preußen und dessen Verbündete im Jahr 1866. Alle dieser Auseinandersetzungen hatten für Österreich einen schlechten Ausgang genommen, schwächten den finanziellen Aufschwung des Reiches und störten die Wirtschaft am Wachstum.[15] Um so mehr erstaunt doch der einsetzende Boom und die Phase der sogenannten Gründerzeit, welche mit sehr starkem, wirtschaftlichen Wachstum einherging.
Roman Sandgruber erklärt, dass es zwar trotz der verlorenen Kriege der Doppelmonarchie überraschenderweise nach 1867 zu einem wirtschaftlichen Aufwärtstrend in der Monarchie kam. Eine große Rolle hierbei spielte eine neue Rekordernte im Jahre 1867, die den Export der Monarchie ankurbelte und der Monarchie einen Vorteil gegenüber Westeuropa einräumte, das

[11] Vgl. Walter *Winkelbauer,* Das k.u.k Reichsfinanzministerium („Gemeinsames Finanzministerium“) und seine Registraturen 1868-1918. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs (MÖStA) Nr. 28 (Wien 1975). S. 237-238.
[12] Vgl. Ferdinand *Tremel,* Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs (Wien 1969). S. 325.
[13] Vgl. Roman *Sandgruber,* Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Themenband in: Österreichische Geschichte, (Hrsg.) Herwig *Wolfram* (Wien 1995). S. 245.
[14] Vgl. Wolfgang *Fritz,* Für Kaiser und Republik. Österreichs Finanzminister seid 1848 (Wien 2003). S. 54
[15] Vgl. Helmut *Meelich,* Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarn 1914-1918. Wirtschaftsorganisation und Versorgungspolitik im Ersten Weltkrieg. Dissertation Universität Wien (Wien 1976). S. 19.

unter Missernten zu leiden hatte. Die Transportwirtschaft wurde hierdurch angekurbelt, die DDSG konnte schwarze Zahlen schreiben und erzielte die höchsten Gewinne seit ihrer Gründung.[16]

Der Außenhandel Österreich-Ungarns vergrößerte sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Um es in Millionen Kronen zu beziffern: Ende des 18. Jahrhunderts lag der Umsatz im Außenhandel noch bei 260 Millionen, zu Mitte des 19. Jahrhunderts bei 1100 Millionen, 1870 schon bei über 1600 Millionen und im Jahre vor Kriegsbeginn, 1913, bei 6500 Millionen Kronen. Auch die Erhöhungen der Preise verändern dieses Gesamtbild nicht wirklich.[17] Eine klare Tendenz zum wirtschaftlichen Aufschwung war sichtbar.

Auch vom Jahre 1870 bis 1913 können sich die Zahlen, unter dem Aspekt der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, sehen lassen:

Von 870 Millionen Kronen steigerte sich die Einfuhr auf 3500 Millionen Kronen. Der Kohleimport wuchs von 9 auf 137 Millionen Kronen. Zum Verständnis dieser Zahlen muss gesagt werden, dass Österreich-Ungarn ein quasi autonomer, sich selbst tragender Staat war, und somit die Außenhandelsbeziehungen einen enorm kleinen Teil der Wirtschaftsleistung darstellten. Auch das Eisenbahnnetz, die Bahnverbindungskilometer, vergrößerten sich von 6.000 KM im Jahre 1870 auf 23.000 im Jahre 1912. In der ungarischen Reichshälfte konnte ein Ausbau von 3500 KM auf 21.500 KM erfolgen. Bezüglich der Einwohnerzahlen lässt sich festhalten: hatte Österreich im Jahre 1870 20,5 Millionen sowie Ungarn 13,2 Millionen Einwohner, waren es 1910 in Österreich bereits etwa 28 Millionen, sowie in Ungarn in etwa 21 Millionen Einwohner. Auf Basis einer gemeinsamen Zollunion entwickelte sich die wirtschaftliche Leistung Österreich-Ungarns hin zu einem aufstrebenden Kurs.[18]

Eine besondere Rolle als Exportware spielte hierbei die Zuckerrübe.

[16] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 245.
[17] Vgl. Gustav *Gratz,* Richard *Schüller,* Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung. In: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs (Wien, New Haven 1930). S. 34.
[18] Vgl. Ebda. S. 35.

Innerhalb einiger weniger Jahre gelang es der österreichischen Zuckerindustrie, zum Hersteller einer der wichtigsten Exportgüter zu werden und schaffte es sogar, den Kolonial(-rohr)zucker zu verdrängen. Eine große Errungenschaft hierfür war die von dem deutschen Wissenschaftler Julius Robert durchdachte Entwicklung, Rübenschnitzel mittels Diffusion auszulaugen.[19] Auch auf dem Gebiet der Agrarwissenschaften wurden große Fortschritte erzielt, die diese großen Ernteerträge überhaupt möglich machten. Justus von Liebig forschte auf dem Gebiet der Dünger und fand heraus, dass das richtige Mischverhältnis von Kalium, Phosphor sowie Stickstoff zu einer ertragreicheren Ernte sowie zu einem erhöhten Zuckergehalt der Rüben führte.[20]

Der Bau der neuen Eisenbahnnetze wirkte sich natürlich auch äußerst positiv auf die Krise der Eisenindustrie aus und verhalf dieser zu neuer Blüte.[21]
Einen Wendepunkt für das (nach 1873 verstaatlichte) Eisenbahnwesen stellt das Jahr 1881 dar. Die Kaiserin-Elisabeth-Westbahn wurde übernommen und die Erweiterung der galizischen Transversalbahn begann. 1884 wurde die Kaiser-Franz-Josephs-Bahn übernommen sowie die Erzherzog-Albrechts-Bahn und die Kronprinz-Rudolfs-Bahn, weiters die Pilsen-Priesen-(Komotau-)Eisenbahn und die Vorarlberger Eisenbahn, um im Jahre 1893 mit dem Erwerb der Lokalbahngesellschaften in Cisleithanien zu einem Abschluss zu kommen.[22]

Immer wichtiger schien jedoch aber auch der militärische Nutzen der Eisenbahn. Was waren die Vorteile für das Militär?

Peball kommt zu dem Schluß, dass seit dem verpflichtenden Wehrdienst in den meisten Staaten Europas die Militärs davon ausgehen konnten, dass für die potenziellen Kriege der Zukunft Millionen von Soldaten transportiert werden müssen, und dies natürlich möglichst günstig und

[19] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 246-247.
[20] Vgl. Werner *Kohl,* Susanna *Steiger-Moser* (Hrsg.), Die österreichische Zuckerindustrie und ihre Geschichte(n) 1750-2013 (Wien, Köln, Weimar 2014). S. 42.
[21] Vgl. *Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau* (Hrsg.), 100 Jahre im Dienst der Wirtschaft. Eine Festschrift (Wien 1961). S. 97.
[22] Vgl. Alois *Gratz,* Die östereichische Finanzpolitik von 1848 bis 1948. In: Hans *Mayer* (Hrsg.), Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948. Auf Veranlassung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zum hundertjährigen Bestande der Kammerorganisation (Wien 1949) S. 270-271.

schnell.[23] Bereits in den Kriegen 1866 sowie 1870/71 bewies Moltke, dass von nun an kein Krieg erfolgreich geführt werden konnte, ohne sich auch mit Fragen bezüglich der Eisenbahn im Kriegsfall zu befassen. Es dauerte jedoch einige Zeit, bis man in der Lage war, Truppenverlagerungen durch Hilfe der Eisenbahn zu perfektionieren – die Ein- sowie Ausladezeiten mussten berücksichtigt werden, auch experimentiere man mit unterschiedlichen Waggons sowie Geschwindigkeiten für die Verlegung von Soldaten sowie deren Ausrüstung – schließlich waren die Bahnen ursprünglich dafür gebaut worden, Industriegebiete zu vernetzen.[24]

Bezüglich der Entwicklungen an der Wiener Börse, so hält *Sandgruber* fest, wurden von 1872 bis 1873 530 neue Aktiengesellschaften gestiftet. Jedoch war diese Phase auch eine Blütezeit für Spekulanten und viele der neu gegründeten Banken dienten nur dazu, schnell großen Gewinn zu erzielen.[25]

Doch woher kam dieser Ruf nach mehr und mehr Geld und Kapital?
Oft wird diese zeitliche Phase auch als zweite technologische beziehungsweise als zweite industrielle Revolution bezeichnet:

Neue Formen von Energiequellen wurden erschlossen (Öl, Elektroenergie) und neue Betriebe entstanden: in der Chemieindustrie, in der Entwicklung von Motoren und auf dem Gebiet der Elektrotechnik. Große Investitionen und Kapitalanteile waren hierfür notwendig, um in diesen neuartigen Branchen Ergebnisse zu erzielen.[26] Elektrizität fand ab Mitte des 19. Jahrhunderts Verwendung, hauptsächlich aber in der Industrie und nicht im privaten Bereich. Anfangs war diese Neuerung jedoch auf die Galvanik begrenzt und wurde größtenteils zum Vergolden sowie Versilbern angewandt. Auch die Erweiterung des Netzwerks für Telegraphen wurde stetig ausgebaut: Waren diese Installationen zu Beginn noch extrem teuer und fanden keinen starken Anklang, so stieg der Ausbau des Netzes mit den fallenden Preisen. Einige Jahrzehnte später kam auch das Telefon hinzu; zu Beginn des 1. Weltkrieges gab es auf dem Bundesgebiet rund

[23] Vgl. Herta *Peball,* Die Kriegspläne des k.u.k. Generalstabs und die K.K. Eisenbahnbehörden 1906-1914 (Diplomarbeit Universität Wien 1984). S. 2.
[24] Vgl. Ebda. S. 6-7.
[25] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 247.
[26] Vgl. Ernst *Hanisch,* Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994). S. 183.

100.000 Anschlüsse, die jedoch größtenteils der wohlhabenderen Schicht sowie Unternehmen zugehörig waren. Auch für die Beleuchtung wurde die Elektrizität immer wichtiger, auch wenn es zunächst einige wenige Werke und ein unzureichendes Netz gab.[27]

Da der Markt in der k.u.k. Monarchie als ausreichend und groß genug erschien, blieb auch das Übergreifen ins Ausland eher zurückhaltend. Auch eine Art von antikapitalistischer Stimmung machte sich breit und die Banken verfolgten eine durchdachte Industriepolitik, war doch Risikokapital knapp bemessen. Dies wird unterstrichen durch eine extrem hohe Besteuerung von Aktiengesellschaften, die höchste Besteuerung in ganz Europa.[28]

Der Börsenkrach von 1873

Im Mai des Jahres 1873 war es soweit: die Spekulationen fanden ein Ende und die Finanzblase platze; ein Journalist der tschechischen Zeitung Politik prägte hierfür den Begriff des großen Krachs für diesen sogenannten schwarzen Freitag. Die Krise betraf Transleithanien stärker als Cisleithanien, und die Habsburgermonarchie insgesamt war stärker von dem Krach betroffen als das Deutsche Reich.[29]

Im Bereich der Aktiengesellschaften gab es in Wien zwischen 1867 und 1873 über 1000, die über ein Nominalkapitel von mehr als vier Millionen Gulden verfügten. Diese Zahlen mögen beeindruckend klingen, zeigen aber auch gleichzeitig das Problem der Gründerzeit auf, denn viele dieser Gesellschaften waren nur für spekulative Zwecke gegründet worden und hohe Gewinnspannen lockten einen großen Anteil der Bevölkerung sowie Banken an, die auf schnelles Geld hofften. Aus diesem Grund wurde durch die Bodencreditanstalt eine Tochtergesellschaft gegründet, deren Hauptaugenmerk auf Banken- sowie Eisenbahngründungen lag, die zu einem

[27] Vgl. Felix *Butschek,* Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (Wien, Köln, Weimar 2012). S. 159.
[28] Vgl. Ebda. S. 184.
[29] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 248-249.

großen Teil äußerst dubios waren. Zu Beginn des Jahres 1873 stiegen Preise, Kurse sowie Mieten in geradezu kolossale Höhen, gleichzeitig sank das Einkommen – eine Krise war absehbar.[30]

Zwar erfasste der Krach von 1873 Börsen überall auf der Welt, aber nirgendwo war er so verheerend wie in Wien. Am 9. Mai wurde die Wiener Börse geschlossen und die Nationalbank sagte schnelle Hilfe zu. Größtenteils lässt sich die verheerende Wirkung dieser Börsen-Krise für Wien dadurch erklären, dass die Spekulationen nur das Inland betrafen und sich so nicht auf andere Börsen über die ganze Welt verteilen konnten.[31]

Um das Platzen von weiteren Spekulationsblasen zu verhindern, wurden eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Die allgemeine Stimmung schwankte ins antikapitalistische um und die Gewerbefreiheit wurde eingeschränkt sowie das Bahnsystem erneut verstaatlicht.[32]

Eine zweite Gründerzeit – Hoffnung für die Monarchie?

Um 1900, der Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert, bot sich der Monarchie eine große Chance wirtschaftlich aufzuschließen; ab 1888 kam es zu einem wirtschaftlichen Aufwertstrend, sodass man ab 1896 diese Phase als eine zweite Gründerzeit bezeichnen kann.[33]
1896 kam es zu einer Steuerreform und auch die Einführung der Krone als Währung 1892 trug für ein erneutes, wirtschaftliches Wachstum bei.[34] Auch in dieser Phase der Wirtschaftsgeschichte der k.u.k. Monarchie gab es wichtige, neue Erfindungen:

Die Erfindung des Glühstrumpfes durch Auer von Welsbach in den 1880er Jahren ermöglichte eine neue Form der Beleuchtung, welche zum einen weniger Gas benötigte, und außerdem weit weniger Ruß produzierte. Zur Produktion dieser Glühstrumpfe wurden Textilien mit einer Lösung bestehend aus Nitraten versehen, die beim Entzünden des Strumpfes in Oxide umge-

[30] Vgl. Peter *Eigner,* Andrea *Helige* (Hrsg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung (Wien 1999). S. 77.
[31] Vgl. *Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau* (1961), S. 112.
[32] Vgl. Veit *Sorger* (Hrsg.), 100 Jahre Haus der Industrie. 1911 – 2011. 2. Auflage (Wien 2011). S. 175-176.
[33] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 292-293.
[34] Vgl. *Institut für Österreichkunde* (1971), S. 175.

wandelt wurden. Das Neue an dieser Möglichkeit künstliches Licht zu erzeugen war, dass diese Flamme nicht mehr gelblich, sondern grell hell weiß leuchtete.[35]

Ein weiterer Meilenstein war die Erfindung des Elektromotors. Dieser fand um die Jahrhundertwende Eingang in vielen Betrieben, da dieser einfacher zu bedienen war und außerdem sauberer arbeitete. Mit dem Siegeszug des Elektromotors einher gingen nun die Errichtungen von Elektrizitätswerken und der Ausbau eines Stromnetzes.[36] Es dauerte bis 1902 bis für Wien eine halbwegs funktionierende und flächendeckende Versorgung mit Strom erreicht werden konnte.[37]

Auf dem Gebiet der chemischen Industrie wurden große Fortschritte erzielt. Ganz besonders hervorzuheben ist das Haber-Bosch-Verfahren, durch das es gelang, Ammoniak zu synthetisieren und künstlich herzustellen. Dieses Verfahren jedoch in großem Maßstabe durchzuführen, gestaltete sich als schwierig, jedoch gelang es, einen genug großen Reaktor herzustellen, in welchem Ammoniak bei 600 Grad Celsius aus Wasserstoff sowie Stickstoff hergestellt werden konnte. 1913, kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs, konnten pro Tag in einem Werk bis zu 30 Tonnen Ammoniak hergestellt werden,[38] aus welchem in weiteren Schritten Kaliumnitrat zur Herstellung von Schwarzpulver produziert werden konnte, wobei dieses Verfahren zuerst in Deutschland entwickelt und angewandt wurde, und erst etwas später auch in der k.u.k. Monarchie Verwendung fand.

1880 gab es in Cisleithanien 54 größere chemische Fabriken in denen aber weniger als 10.000 Personen beschäftigt waren. Innerhalb von dreißig Jahren jedoch wuchs diese Zahl gewaltig an und im cisleithanischen Teil der Monarchie waren es nun ungefähr 22.000 Personen.[39] Im Bereich der Gummiherstellung gab es größere Firmen, wie zum Beispiel die Vereinigte Gummiwa-

[35] Vgl. *Kohl, Steiger-Moser* (2014), S. 423.
[36] Vgl. *Butschek* (2012), S. 160.
[37] Vgl. Helmut *Rumpler,* Peter *Urbanitsch* (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band IX: Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution (Wien 2010). S. 52.
[38] Vgl. Walter *Teltschik,* Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluß in Staat und Geselschaft (Weinheim, New York, Basel, Cambridge 1992). S. 20-21.
[39] Vgl. Johannes *Jetschko*, Österreichische Industriegeschichte 1848 bis 1955. Band 2. Die verpasste Chance (Wien 2004). S. 269.

ren AG, welche sich mit der deutschen Harburger Gummifabrik vereinigte und bis kurz vor Beginn des Krieges 4500 Menschen beschäftigte, die Semperit Fabriken immerhin 1500 Personen.[40]

Nach Ansicht von *Hanisch*, konnte diese neue Art von Technologie nur mehr durch Großunternehmer bewältigt und finanziert werden. Ganz besonders prägend war die Zeitspanne von 1880-1900, in dieser Phase wurden 37 Großunternehmen gegründet, also fast ein Fünftel der im 19. sowie 20. Jahrhundert aufstrebenden großen Betriebe. In anderen Worten: beinahe 75% der Großunternehmen in Cisleithanien während des 20. Jahrhunderts wurden bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegründet. Nicht zu unterschätzen hierbei ist auch der Einfluss deutschen Kapitals: 21,5 Prozent des Kapitals zur Gründung von großen Unternehmen kam aus Deutschland in die Monarchie[41], da ein Teil der Kriegsentschädigungen Frankreichs an Deutschland in der k.u.k Monarchie angelegt wurden.[42] Überraschenderweise erfolgten diese Reparationszahlungen Frankreichs an Deutschland äußert zügig, auch zur Verwunderung Deutschlands, sodass das Deutsche Kaiserreich genügend finanzielle Mittel für Anlagen hatte.
Auch geographisch lässt sich eine Tendenz herauslesen: Großindustrielle Betriebe lagen hauptsächlich in Niederösterreich sowie Wien. Doch auch Vorarlberg besaß mit seiner gut ausgebauten Textilindustrie hochindustrialisierte Betriebe.[43] Aber auch in Schlesien gab es mit einer starken Leinenindustrie ein Zentrum der Textilherstellung,[44] sowie der Großteil der Schwerindustrie eher in Böhmen (als Beispiel sei hier nur *Skoda* angeführt), sowie Galizien zu finden war.

Bosnische Annexionskrise 1908 und Aufrüstung

Reinschedl führt aus, dass seit 1906 in Österreich-Ungarn der Versuch unternommen wurde, die großen Schwierigkeiten, welche einem Ausbau der Armee gegenüberstanden, auszuräumen. Der Verantwortliche des Generalstabes wurde ausgetauscht und auch ein neuer Kriegsminister

[40] Vgl. Ebda. S. 272.
[41] Vgl. *Hanisch* (1994), S. 183-184.
[42] Vgl. *Institut für Österreichkunde* (Hrsg.), Die Wirtschaftsgeschichte Österreichs (Wien 1971). S. 164.
[43] Vgl. *Hanisch* (1994), S. 184.
[44] Vgl. *Institut für Österreichkunde* (1971), S. 140.

eingesetzt. Beck-Rzikowsky, seit 1881 Chef des Generalstabes, wurde nun durch den Militär Franz Conrad von Hötzendorf ausgewechselt; Baron von Schönaich folgte Henrik von Pitreich in der Funktion des Kriegsministers nach. Conrad war sich des schlechten Zustands der Armee bewusst und schreibt in einem Brief an General von Auffenberg[45]:

> *„Als ich an meinen jetzigen Posten kam, wußte ich zwar, daß hinsichtlich der Schlagfähigkeit manches im Argen liegt, daß es aber damit so elend steht, wie ich jetzt sehe, darauf war ich nicht gefasst."*[46]

Nicht nur der Vergleich in absoluten Zahlen bereitete Sorgen bezüglich des Zustandes der Armee, vielmehr war es der Vergleich mit den anderen europäischen Mächten. In den Jahren 1870 bis 1910 ging der Anteil für das Militär von 24,1% auf nur 15,7% des Budgets zurück. Das UK gab mehr als fünfmal soviel pro Kopf für das Militär aus wie Österreich-Ungarn, Deutschland das Zweieinhalbfache und auch Frankreich doppelt so viel.[47]

Eduard März zitiert einen vielbeachteten Artikel von 1914, in welchem der Ökonom *Gustav Stolper* die ökonomische Entwicklung der Habsburgermonarchie der letzten zehn Jahre erklärt:

> *„Das Jahrzehnt ... enthält deutlich geschieden zwei Konjunkturperioden: die erste von 1904 bis 1908, die zweite von 1909 bis 1912. Die erste auf breiter Basis aufbauend ..., die zweite überstürzt, sprunghaft, spekulativ und von un- und außerwirtschaftlichen Momenten getrieben. Die erste klingt in einer schwachen Depression aus, die Österreich-Ungarn trotz der politischen Krise (Annexion) widerstandsfähiger zeigt als Deutschland und den ganzen Westen, die zweite endet in einer Krise, die die Lebenskraft der Wirtschaft auf lange Sicht zu lähmen droht."*[48]

[45] Vgl. Manfred *Reinschedl,* Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich. Der Anteil Österreich-Ungarns am Wettrüsten vor dem Ersten Weltkrieg. In: Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs, (Hrsg.) Bertrand Michael *Buchmann* (Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2001). S. 16.
[46] Ebda. S. 16.
[47] Vgl. Manfried *Rauchensteiner,* Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918 (Wien, Köln, Weimar 2013). S. 55.
[48] Gustav *Stolper,* Handelsbilanz und Wirtschaftspolitik. In: Der österreichische Volkswirt (Wien 1914). S. 469., zitiert nach: Eduard *März,* Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (Wien 1981). S. 22.

1878 einigte man sich auf dem Berliner Kongress darauf, dass durch Artikel 25 bestimmt, Österreich-Ungarn von nun an Bosnien sowie die Herzegowina besetzen und verwalten konnte.[49] Auch wurde mit dem Osmanischen Reich die Vereinbarung getroffen, dass Österreich-Ungarn für die annektieren Gebieten eine angebrachte Entschädigung leisten würde, denn das Osmanische Reich hatte keinen Gefallen daran, mit der Habsburgermonarchie zu brechen.[50] Das Osmanische Reich hatte durch den Russisch-Türkischen Krieg enorme Verlust zu verkraften, jedoch wurden auf dem Berliner Kongress beinahe alle russischen Eroberungen revidiert.

1908 wurden Bosnien und die Herzegowina für annektiert erklärt, da die Monarchie fürchtete, die aufstrebende jungtürkische Bewegung könnte Besitzansprüche auf die Provinzen geltend machen.[51] Verwaltet wurden diese Provinzen vom gemeinsamen Finanzminister der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Gerade nach dieser Krise erfuhr nun die militärische Rüstung der Monarchie eine starke Steigerung und man wurde sich der Rückständigkeit des eigenen Militärs bewusst, die Neugier an einer effizienten Armee war geweckt. Der Großteil der europäischen Großmächte besaß jedoch bereits einen deutlichen Vorsprung auf dem Gebiet der Aufrüstung und auch die nun folgenden Investitionen konnten diesen Rückstand bis zum Beginn des Krieges nicht mehr aufholen. Zumindest aber wurden durch die Beschaffung einer schweren Artillerie eine neue Einheit des Feldheeres, der neuen Feldkanone, einer Vergrößerung von Maschinengewehrabteilungen und einem neuartigen Gebirgsgeschütz Impulse für Schritte eines Heeresausbaues gesetzt.[52] *Ortner* hierzu über die Reformzwänge:

> *„Den als wahrscheinlich geltenden Kriegsschauplätzen im Süden und Südosten - verstärkt durch die Annexionskrise im Jahre 1908/09 – sollte durch den Ausbau der Gebirgs- und Festungsartillerie (defensiv und offensiv) Rechnung getragen werden. [...] Können die Jahre von 1902 bis 1912 als Phase der Stagnation in Rüstungsangelegenheiten (mit Aus-*

[49] Vgl. Staatsvertrag vom 13. Juli 1878. Online unter: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1879&page=217&size=45 (aufgerufen am 28.1.2019)
[50] Vgl. Manfried *Rauchensteiner,* Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg (Graz, Wien, Köln 1993). S. 18.
[51] Vgl. Mihriban *Acikalin,* Die k.u.k. Außenpolitik während und nach der Annexionskrise 1908/1909 (Diplomarbeit Universität Wien 2014). S. 59-60.
[52] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 17.

nahme der k.u.k. Kriegsmarine) gesehen werden, trat nach 1912 infolge der Ereignisse am Balkan (1. und 2. Balkankrieg) eine gewisse Hast ein. Schlagartig wurden die Rüstungsdefizite der Donaumonarchie mehr als augenscheinlich, zumal Russland, das man aufgrund der Ereignisse des Russisch-Japanischen Krieges von 1904/05 als geschwächt und unwahrscheinlichen Kriegsgegner eingeschätzt hatte, sein militärisches Potenzial zunehmend verstärkte und auch in der Außenpolitik – vor allem am Balkan – fordernder auftrat."[53]

Folgende Tabelle veranschaulicht auch, wie es um die Militärausgaben und Gesamtausgaben der europäischen Mächte kurz vor Kriegsbeginn im Jahre 1910 stand (Angaben in Millionen Mark)[54]:

Land	Staatsausgaben Gesamt	Ausgaben für das Heer	Ausgaben für die Marine	Militärlasten Gesamt
Österreich-Ungarn	3.481	417	54	471
Deutschland	9.242	976	423	1.399
Frankreich	3.295	796	324	1.120
Russland	5.605	1.198	196	1.394
Großbritannien	3.294	549	703	1.252
Italien	1.834	295	126	421

Die Tabelle spricht für sich: während Österreich-Ungarn nur von Großbritannien und Italien bei den Staatsausgaben gesamt untertroffen wird, schneidet die k.u.k. Marine noch schlechter ab. Hier gibt das vorletzte Land, Italien, immer noch mehr als doppelt soviel für seine Seestreitkräfte als Österreich-Ungarn aus. Die Habsburgermonarchie war definitiv eine Landmacht, jedoch benötigte man trotzdem zur Wahrung der Interessen auf dem Balkan Seestreitkräfte, außerdem mussten die Küstenabschnitte Dalmatiens sowie Istriens gesichert werden.[55]

[53] M. Christian *Ortner,* Die Entwicklung der Streitkräfte Österreich-Ungarns in den Jahren 1867 bis 1918. In: Strategie und Sicherheit 2014. Europas Sicherheitsarchitektur im Wandel, Johann *Pucher* (Hrsg.), Johann *Frank* (Hrsg.) (Wien, Köln, Weimar 2014). S. 687.
[54] Tabelle entnommen aus: *Reinschedl* (2001), S. 70.
[55] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 25.

Reinschedl erklärt, dass es bereits eine gewisse Tradition war, an den Streitkräften zu sparen. Der Verwaltung von Marine und Heer war es kaum möglich, mit dem zugestandenen Betrag ein Auskommen zu finden. Sieht man sich die Jahre von 1868 bis 1912 an, so konnte nur in den Jahren 1869, 1870, 1873, 1875 sowie 1886 der Rahmen eingehalten werden. In den anderen Jahren wurde überzogen, wobei der kleinste Überzug 1887 mit ungefähr 1,2 Millionen Kronen, und der höchste Überzug der bereitgestellten Mittel 1910 mit über mehr denn 35,6 Millionen Kronen verzeichnet wurde. Für den größten Teil die Überzüge macht der Reichsminister Schönaich im Jahr 1908 die Bereiche Versorgung, Truppenkörper, Baubehörde des Militärs, sowie die Naturalverpflegung verantwortlich. Seiner Meinung nach Schuld waren die unvorhersehbaren Preisexplosionen, nicht ein Fehler in der Verwaltung der Heeresführung. Als es im Jahre 1911 zu Budgetverhandlungen kam, beschwerten sich die Delegierten über die permanente Überschreitung des Etats. Eine strengere Finanzplanung sowie unüberschreitbare Rüstungskredite für die nächsten fünf Jahre wurden gefordert.[56]

Es fällt weiters auf, dass die Streitkräfte der Monarchie stets den aktuellen Entwicklungen adaptiert wurden, stets jedoch etwas zu verspätet und auch kaum große Innovationen geschaffen wurden. Es wurde auf Hinterlader umgerüstet (zu spät), das Exerzierreglement war bis 1914 kaum den modernen Gegebenheiten am Feld angepasst und es war auch bewusst, dass die berittenen Einheiten mit ihren Bajonetten gegen die Feuergeschwindigkeit von modernen Maschinengewehren obsolet waren.[57] In dem letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg, wurden ungefähr 4% Prozent des gemeinsamen BIPs für das Militär (also die Landwehr, die Honvéd und die Marine) ausgegeben. Zu Beginn des Krieges stiegen die Ausgaben für das Militär stark an (1914/15 auf 30% des Bips) um dann wieder rasch abzufallen (1917/18 nur mehr 17%).[58]

[56] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 71.
[57] Vgl. Helmut *Rumpler,* Peter *Urbanitsch* (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band IX: Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/2: Von der Stände- zur Klassengesellschaft (Wien 2010). S. 1275.
[58] Vgl. Max-Stephan *Schulze,* Austria-Hungary's economy in World War I. In: *Broadberry, Harrison* (Hrsg.), (2005), S. 84.

Geld für die Marine

Für großen Protest und Unstimmigkeiten darf wohl der Kommandant der Marine, Graf Montecuccoli, verantwortlich sein, welcher den Bau von einigen riesigen Schlachtschiffen in Auftrag gegeben hatte, ohne die, laut Verfassung notwendige, Bewilligung für die finanziellen Mittel abzuwarten. Im Bereich der finanziellen Mittel für die Marine kam es, gleich wie bei der Heeresverwaltung, oft zu Budgetüberschreitungen. In Voraussicht dies artiger Überschreitungen, für Marine als auch für das Heer, wurden Beträge bereitgestellt, welche für die Deckungen von solchen Ausgaben vorgesehen waren.[59]

Blickt man auf die Nettoausgaben, lässt sich deutlich eine Verschiebung des Etats für die Marine bemerken. Vom Jahre 1900 an wurden ständig mehr und mehr finanzielle Ressourcen für die Kriegsmarine aufgebracht. Waren es 1868 noch 15,9 Millionen, stiegen die Ausgaben im Jahre 1900 auf 45 Millionen an und erreichten im Jahr 1912 sogar 170 Millionen Kronen. In diesem Zeitfenster stiegen die Aufwendungen für das Heer der Monarchie von 190,2 Millionen Kronen im Jahre 1868 auf bloß 489,8 Millionen für das Jahr 1912 an. Die meisten Teile des Budgets für die Marine wurden für die Produktion von Kriegsschiffen und Errichtungen von Stützpunkten für die Flotte verwendet.[60]

Die finanzielle Kriegsbereitschaft der k.u.k. Monarchie

Nach diesem kurzen Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg, lässt sich erkennen, dass ganz besonders die letzten zehn Jahre vor Kriegsbeginn in einem Zeichen großer Investitionen und Aufbruch versprechenden Fortschritt stand. Natürlich war dieses Zeitfenster von zehn Jahren viel zu kurz, um den industriellen und ökonomischen Fortschritt anderer, älterer Industrienationen aufzuholen (Deutschland, England,

[59] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 71.
[60] Vgl. Ebda. S. 72.

Frankreich). Somit war Österreich-Ungarn, in wirtschaftlicher Hinsicht, kaum auf einen jahrelangen Krieg mit den anderen verbündeten Industrienationen vorbereitet.[61]

Während die anderen Mächte schon länger Vorbereitungen für einen Krieg trafen, begann die k.u.k. Monarchie eben wie geschildert erst ab 1908 mit größeren Investitionen in ihre Streitkräfte. Auch wenn die Ausgaben für das Militär in den letzten Friedensjahren auf fast ein Drittel anstiegen, änderte dies nicht mehr viel; die Kriegsrüstung blieb auch nun im Vergleich zu den anderen Ländern und möglichen Gegnern, bescheiden.[62] In den 1870er Jahren mag die militärische Stärke der Doppelmonarchie noch auf dem Niveau jener von Frankreich gewesen sein (Russland sowie Deutschland rüsteten damals schon stark auf), gegenüber Italien aber war Österreich-Ungarn jedoch noch überlegen. In den Jahren bis zum Kriegsbeginn 1914 verschob sich das Kräfteverhältnis gegenüber den meisten Staaten in Europa aber zum Nachteil der Monarchie.[63] Das Budget für militärische Mittel war sogar so gering, dass die Rüstungsausgaben der Balkanstaaten die k.u.k. Monarchie prozentuell gesehen überholten.[64]

Ein großes Problem stellte auch die Delegation dar, welche durch den Ausgleich von 1867 geschaffen wurde. Cis- sowie Transleithanien entsandten jeweils eine Delegation aus 60 Personen, die unter anderem auch über das Wehretat für die Marine sowie Heer beraten sollten. Die Delegationen aber fassten die Beschlüsse getrennt und oftmals kam es zu keiner zufriedenstellenden Lösung, sodass eine vereinte Sitzung zusammentrat und per einfacher Mehrheit eine Entscheidung traf.[65] Verkompliziert wurde die Situation außerdem dadurch, dass die Regierung Cisleithaniens für die Landwehr (kaiserlich-königlich, „k.k."), die Regierung in Transleithanien für die ungarische Honvéd (könglich-ungarisch, „k.u."), sowie das gemeinsame Kriegsministerium für die Gemeinsame Armee („k.u.k.") verantwortlich war. Der k.u.k. Armee stand der gemeinsame Kriegsminister vor, das Landesverteidigungsministerium war für die k. k. Landwehr verantwortlich und für die Honvéd gab es ein eigenes Honvéd-Ministerium, welches seinen Sitz in Budapest hatte.[66]

[61] Vgl. *März* (1981), S. 104.
[62] Vgl. Ebda. S. 109.
[63] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 11.
[64] Vgl. Ebda. S. 69.
[65] Vgl. Ebda. S. 68.
[66] Vgl. *Rauchensteiner* (2013). S. 51.

Eduard März fasst die Situation vor dem Kriege mit einem Zitat von *Richard Riedl* wie folgt zusammen:

> *„Man hatte es nicht gewagt, offen die Schaffung einer solchen Zentralstelle zu verlangen, weil man den ungarischen Widerstand fürchtete. Der Umweg, den man einschlug, führte nicht zum Ziel. Die Monarchie trat in den Krieg, ohne ein gemeinsames, schlagkräftiges Organ für die Behandlung der Fragen, die den Krieg entscheiden sollten: für die Fragen der Kriegswirtschaft."*[67]

Bezüglich der Vorräte, des Finanzsystems sowie der generellen organisatorischen Abwicklung, war die Monarchie quasi komplett unvorbereitet für diesen Krieg,[68] und die österreichische sowie die ungarische Regierung waren in einen innenpolitischen Streit verwickelt, wie denn die Ressourcen am besten genützt werden sollten. Dieser Disput betraf auch ganz besonders die Frage der Lebensmittelversorgung, da die Produktion in der Agrarwirtschaft massiv einbrach. Verantwortlich hierfür waren die geringe Anzahl an Arbeitskräften, aber auch an Dünger und Saatgut fehlte es.[69]

Kriegsfinanzierung in Österreich-Ungarn

Um zu verstehen, warum es ständig Spannung zwischen Cis- und Transleithanien gab, muss man einen Blick auf das politische System der k.u.k. Monarchie werfen und dieses verinnerlichen. Wie bereits auf S. 8. ausgeführt, bestand die Monarchie ab 1867 aus zwei Teilen: Cis- und Transleithanien, wobei jede Einheit über ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung sowie Gesetze verfügte. [70]

Fraglich ist auch, inwiefern denn Österreich und Ungarn, sprich Trans- und Cisleithanien, als wirtschaftlich eine Einheit während des Krieges gesehen werden können. Selbstverständlich hatte das Militär auf dem gesamten Gebiet der Monarchie Zugriff auf kriegswichtige Rohstoffe,

[67] Richard *Riedl,* Die Industrie Österreichs während des Krieges (Wien 1932). S. 23. Zitiert nach: *März* (1981), S.104.
[68] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 319.
[69] Vgl. *Schulze* (2005), S. 85.
[70] Vgl. Ebda. S. 90.

auf anderen Gebieten aber herrschte eine quasi Autonomie zwischen den zwei Reichshälften, da es für bestimmte Belange keine reichsweite einheitliche Regelung gab – diese Ineffizienz machte es der Monarchie noch schwieriger, zu Kriegszeiten an einem Strang zu ziehen. Teilweise wurden sogar in den zwei Reichshälfte unterschiedliche Ziele verfolgt, was ganz besonders die Versorgung mit Nahrungsmitteln betraf, sodass in diesem Falle auch die Frage bezüglich der Zweistaaten-Theorie im Raume steht.[71] Gesamt gesehen, Cis- sowie Transleithanien gemeinsam, war die Monarchie wohl in der Lage, sich selbst mit genügend Brot zu versorgen. Sieht man sich aber die zwei Teile der Monarchie getrennt an, so ergibt sich ein anderes Bild: Cisleithanien wies ein Defizit in der Broterzeugung auf, welches nur durch Lieferungen aus Transleithanien ausgeglichen werden konnte. Zu Zeiten des Friedens, und bei genügend Ernteerträgen, war dies selbstverständlich möglich und wurde auch so praktiziert – im Kriegsfall war die Situation nun eine andere.[72] Die politische Struktur der Doppelmonarchie führte also dazu, dass es im Krieg zu Zuteilungsproblemen kam, welche durch immer stärker werdende Handelsschranken innerhalb der Monarchie verstärkt wurden.[73]

Ganz besonders zu Anfang des Krieges wurde verstärkt die Frage gestellt, wie gut man denn auf einen solchen vorbereitet sei. Häufig wurde nur an die militärische Seite gedacht: Ausrüstung, Truppenstärke, Aufmarschpläne und Ausbildung standen im Vordergrund. Häufig wurde ein Vergleich mit Deutschland gezogen, über das gesagt wurde, es sei auch nicht besser für einen Krieg vorbereitet als Österreich-Ungarn. An Vorbereitungen wirtschaftlicher Natur wurde nur wenig gedacht, mit Ausnahme von staatlichen Ausgaben für das Militär wie Soldatensold, Ausrüstung sowie Nahrungsmittel für die Truppen.[74] Zusätzlich war das Budget für die Jahre vor und auch für das Jahr 1914 für Friedenszeiten geplant gewesen. Was sollte nun passieren, wenn es zu einem Krieg kommen würde? Und wie würde man vorgehen, wenn es ein langer und kein kleiner, kurzer Krieg sein würde? In diesem Falle konnte man sich nicht mehr auf Haushaltspla-

[71] Vgl. Ebda. S. 90-91.
[72] Vgl. *Gratz, Schüller* (1930). S. 42.
[73] Vgl. *Schulze* (2005), S. 91.
[74] Vgl. Michael *Pammer,* Die Vorbereitungen von Industrie und Staatsfinanzen auf den Krieg. In: Austria: Forschung und Wissenschaft. Geschichte Band 11: Wirtschaft, Technik und das Militär 1914-1918. Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, Herbert *Matis,* Juliane *Mikoletzky,* Wolfgang *Reiter* (Hrsg.) (Wien, Berlin 2014). S. 51.

nungen verlassen; nun ging es nicht mehr nur um die bloße Anzahl von Geschützen und Soldaten, nun zählte nur noch eines: Geld, Geld sowie noch mehr Geld.[75]

In der Habsburgermonarchie hatte man wenig Ahnung davon, wie denn ein Krieg am besten zu finanzieren sei. Auch hier waren die anderen Staaten weit besser dran, denn Großbritannien, Russland und Frankreich zum Beispiel, hatten sich schon früher die Frage gestellt, wo man die finanziellen Mittel herzunehmen gedenke, mit denen man einen Krieg bestreiten wollte. Etwas naiv waren die Überlegungen in Österreich-Ungarn weiterhin auf die funktionierenden und bereits etablierten Handelsbeziehungen zurückgreifen zu können. Die Ausmaße und Einflüsse von Exportproblemen konnten jedoch nicht abgeschätzt werden.[76]

Erschwerend für die k.u.k. Monarchie kam hinzu, dass diese noch Schulden für die Aufmärsche der Jahre zuvor hatte. Verantwortliche hierfür kann wohl Franz Conrad von Hötzendorf genannt werden, welcher ständig Pläne für Präventivkriege und Aufmärsche entwickelte:
Bereits 1907 schlug er einen Erstschlag gegen Italien vor, 1909 sollte es (im Rahmen der bosnischen Krise) gegen Serbien gehen, 1911 im Rahmen des Libyenkrieges wieder gegen Italien, und schließlich 1913 erneut gegen Serbien.[77]
In den Jahren 1912 und 1913 mobilisierte die Doppelmonarchie ihre Armee mehrfach, zog Reservisten ein, nur um im letzten Moment das Unterfangen doch abzubrechen, da Serbien (oder auch Montenegro) nachgaben und das Ultimatum erfüllten. All diese Mobilisierungen kosteten Geld – Kosten, auf denen die k.u.k. Monarchie natürlich sitzen blieb.[78]

Angesichts dieser Krisen und den damit verbundenen Kosten, beschrieb der Finanzminister der Monarchie, Leon Biliński, bereits 1913 die Situation wie folgt:

[75] Vgl. *Rauchensteiner* (2013). S. 579.
[76] Vgl. Ebda. S. 579.
[77] Vgl. Holger *Afflerbach,* Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg (Wien, Köln, Weimar 2002). S. 604.
[78] Vgl. Lothar *Höbelt,* Flucht nach vorne. In: Die Zeit Nr. 25/2014. S. 1. Online unter: https://www.zeit.de/2014/25/oesterreich-ungarn-serbien-krieg/komplettansicht (aufgerufen am 21.07.2019)

„Mobilisiere man, so werde man eine Menge Geld ausgeben und gibt der König [von Montenegro] dann nach, so bedeute dies doch nur einen schwachen Erfolg. [...] Tatsache sei, dass uns leider nichts übrig bliebe, als der Krieg."[79]

Auch Janos Teleszky, der ungarische Finanzminister, hatte seine Bedenken: Sollte Österreich-Ungarn am Balkan militärisch eingreifen, so wäre dies für die Monarchie eine finanzielle Katastrophe. Käme es jedoch zu einem großen Krieg, so würde es ein leichtes sein, sich lästiger Gesetze zu entledigen und sich der Notenbank zur Finanzierung zu bedienen. Auch Kaiser Franz Josef war entschlossen, dass es keinesfalls zu einer weiteren Mobilisierung ohne Krieg kommen würde. Österreich-Ungarn trat quasi die Flucht nach vorne an um – so merkwürdig es auch scheinen mag – die finanziellen Probleme der Monarchie durch einen großen Krieg zu bereinigen.[80]

Wurde zu Beginn noch der Versuch unternommen, den Krieg über Kriegsanleihen finanziell zu bestreiten, so bediente man sich relativ rasch auch parallel einer anderen Form der Kriegsfinanzierung, nämlich über die Notenbank. Durch diese acht Anleihen konnten etwa 51 Milliarden Kronen gesammelt werden; durch Bedienung der Notenpresse wurden von der österreichisch-ungarischen Bank 36 Milliarden Kronen vorgeschossen, was natürlich zu einer extremen Inflation führte.[81]

Exkurs: Kurze Geschichte der Kriegsfinanzierung

Blickt man zurück ins Mittelalter, stößt man auf die Methode der Lehensvergabe durch einen Regenten. Lehensherren waren nicht nur verpflichtet, Naturalabgaben zu bewerkstelligen, sondern auch im Falle eines Krieges mussten sie Einheiten für den Regenten stellen. Außerdem musste der Lehensherr seiner Pflicht nachkommen, sich und auch die Mitstreiter auszurüsten; z.B. mit Waffen und Reittieren. Als Finanzierung kann im bereiteren Sinne die Requirierung bezüglich Material sowie Beköstigung angesehen werden. Gerne wurde auch die totale Ausbeutung der eroberten und besetzten Gebiete als Finanzierungsmethode angewandt, wobei hier

[79] Ebda. S. 2.
[80] Vgl. Ebda. S. 2.
[81] Vgl. *Schulze* (2005), S. 99.

stets sehr brutal vorgegangen wurde. Verlief ein Feldzug erfolgreich, so hatte der Lehensherr und Herrscher das Recht die Okkupation und Beschlagnahmung von erbeuteten Gütern durchzuführen.[82]

Als nächster Schritt kam die Zusammenstellung von Heeren, welche hauptsächlich aus Söldnern bestanden. Diese Truppen mussten nur im Falle eines Krieges aufgestellt und bezahlt werden, oft gingen diese Einheiten auch ausbeuterisch gegenüber der Bevölkerung vor. Als erster auf die Idee, Kriege mit Steuern zu finanzieren, kamen die Engländer in der Periode des Hundertjährigen Krieges. Durch den Dreißigjährigen Krieg danach änderte sich etwas Grundlegendes: man ging von Söldnerheeren zu stehenden Heeren über. Diese Soldaten mussten nun logischerweise nicht nur im Kriegszustand ihren Sold erhalten, sondern auch in Zeiten des Friedens. Die Finanzierung wurde nun zu einem permanenten Problem.[83]

Durch die Entstehung von Banken kam auch eine neue Methode der Finanzierung eines Kriegs auf, das Anleihegeschäft, welches ab dem 18. Jahrhundert auch gerne von Staaten genutzt wurde. Hierzu bediente man sich der Abschöpfung überzähliger Geldmittel. Kam es zu Engpässen, wurde der Geldumlauf erhört und die Probleme schienen gelöst; ganz besonders setzte diese Form von Geldbeschaffung für die Kriegskasse mit der Verbreitung und Etablierung des Papiergeldes ein. Zu Ende des 19. Jahrhunderts ließen sich hauptsächlich zwei unterschiedliche Wege zur Kriegsfinanzierung erkennen. Für den Krimkrieg beispielsweise brachte England den Großteil seiner Mittel durch Steuern auf, nämlich ganze 53%. Blickt man nach Mitteleuropa, so lässt sich ein anderes Bild erkennen. Die k.u.k Monarchie, Deutschland sowie Frankreich bedienten sich regelmäßig der Anleihefinanzierung um beinahe 100% der Kosten abzudecken.[84]

Diese erwähnten Reparationszahlungen können mit Recht als eine modernere Form von Ausplünderung eines besiegten Landes angesehen werden. Als der Erste Weltkrieg bereits im Gange war, wurde von allen kriegsteilnehmenden Mächten versucht, durch neue Steuern oder Steuererhöhungen neues Kapital zu beschaffen. Es lässt sich festhalten, dass mit Ende der napoleonischen Kriege eine Entwicklung hin zu einer organisierten Aufrüstungs- sowie Kriegsfi-

[82] Vgl. Diethard Wolfgang *Hochhauser,* Die Finanzierung des Ersten Weltkrieges durch die Österreichisch-Ungarische Monarchie (Diplomarbeit Universität Wien 1996). S. 10.
[83] Vgl. Ebda S. 11.
[84] Vgl. Ebda. S. 11-12.

nanzierung, unterstützt durch ein potentes System von Banken und penibler Geldwirtschaft, stattfand.[85]

Österreich-Ungarn im Vergleich mit den europäischen Großmächten

Informationen über die finanziellen Situationen der europäischen Mächte gibt folgende Tabelle über das Bruttoinlandsprodukt (Zahlen für das BIP/GDP in USD ($); Stand 1913)[86]:

Land	BIP/GDP (in USD Millionen)	BIP/GDP pro Kopf ($)	Bevölkerung (in Millionen)
Österreich-Ungarn	100,515	1,986	50,6
Frankreich	144,489	3,485	41,5
Deutschland	237,332	3,648	65,0
Russland	254,448	1,488	171,0
UK	224,618	4,921	45,6
Italien	95,487	2,564	37,2

Nimmt man Italien außen vor, das 1914 noch nicht zu den Kriegsteilnehmern zählt, so ist klar erkennbar, dass auch hier Österreich-Ungarn am schlechtesten abschneidet.
Zwar weißt die k.u.k Monarchie die drittstärkste Bevölkerungsanzahl auf, liegt aber beim BIP nach Ländern an der letzten Position. Auch beim BIP pro Kopf liegt Österreich-Ungarn nur auf dem zweiten Platz nach Russland, welches aber mehr als dreimal so viele Einwohner aufweisen kann.

Die Tabelle zeigt weiters, dass die vorhandenen Ressourcen sehr ungleich zwischen den Alliierten und den Mittelmächten verteilt waren – und verschob sich natürlich noch mehr zu Ungunsten der Mittelmächte, als Italien 1915 in den Krieg eintrat. War die Doppelmonarchie also fi-

[85] Vgl. Ebda. S. 12.
[86] *Schulze* (2005), S. 79.

nanziell gesehen ein bereits besiegtes Land, als der Krieg 1914 begonnen wurde? Diese Frage ist nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten, da die Monarchie durchaus im Stande war, zumindest bis 1917, die Kriegsausgaben zu tragen.[87] Nichtsdestotrotz kämpfte die Monarchie während des ganzen Krieges mit einer immer stärker schrumpfenden Wirtschaftsleistung. Auch wenn die Zeitpunkte und Ausmaße der Minderungen der Wirtschaftsleistung zwischen Cis- und Transleithanien etwas auseinander gehen, so lässt sich die Schmälerung doch auf 59% und 65% im Vergleich zum Friedensjahr 1913 beziffern.[88] *Schulze* führt aus, dass die Monarchie den Krieg mit einer immer kleiner werdenden Menge an Rohstoffen führen musste, und die große Frage daher lautet, wie erfolgreich mit dieser Situation umgegangen wurde.[89]

Von der liberal-privaten Wirtschaft zur staatlich-regulierten

Um im Falle eines Krieges dementsprechend gut vorbereitet zu sein, wurden Vorbereitungen unternommen, die alle einige Jahre kurz vor Beginn des Krieges 1914 getätigt wurden. 1909 wurde mit den Heereslieferverträgen die Erste Maßnahme getroffen und hierfür eine rechtliche Basis geschaffen. Weitaus wichtiger aber war das 1912 verordnete Kriegsleistungsgesetz, auf welches 1914 zurückgegriffen wurde, um die komplette Wirtschaft zu kontrollieren und unter militärische Leitung zu stellen. Es gab auch noch andere Ausnahmebestimmungen für das Führen eines Krieges, so greifen im Kriegsfall doch immer eine Fälle von Ausnahmeregeln.[90]

Was beinhalteten diese Heereslieferverträge?

Und wozu dienten sie hauptsächlich?

Sollte es zu einer Mobilmachung oder gar einem Krieg kommen, so waren die Lieferanten des Heeres dazu verpflichtet, die Lieferkapazitäten um das Zwei- oder Dreifache zu erhöhen. Die

[87] Vgl. Ebda. S. 78-79.
[88] Vgl. Ebda. S. 82.
[89] Vgl. Ebda. S. 84.
[90] Vgl. Matthias *Brucker,* Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Rüstungsproduktion, Mannschafts- und Offiziersersatz, Transportsystem, Ernährungs- und Finanzwirtschaft sowie Kriegssozialismus (Diplomarbeit Universität Wien 2010). S. 10.

Preise für die Lieferungen waren im Wesentlichen in den Verträgen vereinbart, für die Produktion und Konfektionierung ein fester Betrag festgelegt. Da die Preise für Rohstoffe schwankten, wurde vierteljährlich durch die Handels- und Gewerbekammern der Marktpreis erhoben. Dadurch sollte der Versuch unternommen werden, Preistreiberei zu pönalisieren sowie Höchstpreise für gewisse Rohstoffe festzusetzen. Dadurch sollte die Mühe für das Militär als so gering wie möglich gehalten werden.[91]

Abgeschlossen wurden diese Verträge mit verschiedenen privaten Firmen:

Grundsätzlich war die Idee hinter diesen Verträgen, dass sich die Wirtschaft schon in Zeiten des Friedens auf eine gesteigerte Nachfrage einstellen konnten. Neben dem Faktum, dass die Verträge nicht liefern konnten, was vereinbart wurde, gab es weitere Fehler: 50% der Aufträge wurden an Kleinbetriebe vergeben, in der Hoffnung, damit die Wirtschaft anzutreiben. Ein Kleinbetrieb kann aber kaum dem nachkommen, was ein Großbetrieb leistet und sich langsamer auf eine gesteigerte Produktion einstellen, was sich im Krieg als äußerst nachteilig erwies, hält *Brucker* fest.[92]

Das Kriegsleistungsgesetz von 1912

Die gesetzliche Basis für die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns war das sogenannte Kriegsleistungsgesetz aus dem Jahre 1912. Mit Hilfe dieses Gesetzes sollte die Wirtschaft versorgt werden und Preise, die vertretbar waren, abgesichert werden, generell waren diese Verordnungen eher von defensivem Charakter geprägt. Handlungen zu setzten, die gezielt auf einen Wirtschaftskrieg mit einem Gegner hinauslaufen würden, waren nicht in diesen Gesetzen enthalten. Als das Gesetz am 26. Dezember 1912 beschlossen wurde, erweiterte man den Begriff der Kriegsleistung und übertrug dem Militär die komplette Verantwortung und Verfügung über die

[91] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 184.
[92] Vgl. *Brucker* (2010). S. 11.

ganze Wirtschaft. Die große Überlegung hinter dem Gesetz war, festgeschriebene Vorschriften zu etablieren, um weg von willkürlichen Maßnahmen zu kommen.[93]

Einhorn und *Schönherr* beschreiben das Verhältnis von Wirtschaft und Militär als wie folgt:

Für die Wirtschaft im Kriege bedeutet dies also zum einen, die eigene Wirtschaftsleistung sowie die eigenen Ressourcen auszubauen, sowie weiters, die des Gegners zu schwächen und ihn von seinen eignen Ressourcen abzuschneiden. *Einhorn* und *Schönherr* unterscheiden hierbei militärische sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen.[94]

Weiter über die Methoden:

> *„Die wirksamsten davon waren: militärische Operationen mit der Zielstellung, wichtige Industriegebiete und Verkehrszentren des Gegners zu besetzen; die Blockade; der Partisanenkampf zur Vernichtung von Nachschubbasen und Verbindungswegen und die Zerstörung von Wirtschaftsobjekten durch Bombardement. Sie sind in der Regel unter dem Begriff "Wirtschaftskrieg" in die militärwissenschaftliche bzw. militärökonomische Literatur eingegangen. Schon die mittelalterliche Kampfesführung kannte das Aushungern von Festungen, Belagerungen, Landesverwüstungen, Kaperkriege. Eine große Rolle spielte - vor allem im 19. Jahrhundert - die Blockade (besonders die Seeblockade).“*[95]

Zurück nun wieder zum Kriegsleistungsgesetz: Als Vorbild für das Kriegsleistungsgesetz 1912 wurde das identische Gesetz aus Deutschland aus dem Jahre 1873 genommen. Der Weg zu diesem Gesetz in Cisleithanien war nicht einfach, stieß man doch bei tschechischen und (süd)slawischen Abgeordneten im Parlament auf heftigen Widerstand. Geregelt wurde die Anwendung des Gesetzes in §1[96]:

> *„Im Falle einer Mobilmachung sowie einer Ergänzung auf den Kriegsstand können auf die Dauer einer kriegerischen Bedrohung oder eines ausgebrochenen Krieges sowohl für die Zwecke der mobilisierten (auf den Kriegsstand ergänzten), kriegsmäßig ausgerüsteten oder instradierten Teile der bewaffneten Macht als auch für die im Interesse der Kriegsführung notwendigen Schutzmaßnahmen die in diesem Gesetz festgesetzten Kriegsleistungen in Anspruch genommen werden, insofern die diesbezüglichen Erfordernisse der bewaffneten Macht im normalen Wege, das heißt nach den im Frieden üblichen*

[93] Vgl. *Meelich* (1976), S. 30.
[94] Vgl. Hans *Einhorn,* Siegfried *Schönherr*, Zum militärischen Einwirken auf die Wirtschaft im Krieg. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969 Band 2 (Berlin 1969). S. 60.
[95] Ebda. S. 60-61.
[96] Vgl. *Reinschedl* (2001). S. 187.

Modalitäten nicht rechtzeitig oder aber nur mit einem unverhältnismäßig größeren Kostenaufwand zu beschaffen wären."[97]

Genaueres zum Zeitpunkt ab dem das Gesetz angewandt werden kann in §2:

„Der Zeitpunkt, mit dem die Verpflichtung zu Kriegsleistungen beginnt, sowie jener, mit dem diese Verpflichtung erlischt, wird vom Minister für Landesverteidigung verlautbart."[98]

Das Gesetz betraf somit alle Arten von Firmen, welche Kriegsmaterial herstellten sowie deren untergeordneten Betriebe, auch Nahrungsmittelerzeuger und Unternehmen im Bereich der Bergwerkstechnik waren natürlich miteingeschlossen. Alle Eigentümer solche Betriebe waren laut Gesetz dazu verpflichtet, im Falle des Falles ihren Betrieb auf Befehl der Heeresleitung weiterzuführen oder ihn komplett samt Personal dem Militär zu überlassen.[99]

Das Kriegsleistungsgesetz diente folgenden Zwecken:

Erstens wurde dem Militär ermöglicht, auf legitimem Wege Leistungen für sich zu beanspruchen, und zweitens sollten aber auch diese Gesetze einen Schutz für die Bevölkerung darstellen, um nicht komplett der Willkür durch Militärangehörige ausgeliefert zu sein. Ebenso enthielt das Gesetz Bestimmung bezüglich Entschädigungsansprüche für erfolgte Leistungen sowie einverleibter Güter.[100] Neu an diesem Gesetz war aber auch, dass das Militär nicht mehr nur im tatsächlichen Kriegsgebiet konfiszieren konnte, vielmehr nun auch im ganzen Staatsgebiet. Es lässt sich außerdem ein doch starker Wille erkennen, dass man nun besser organisiert und vorbereitet sein wollte als 1859 im Sardischen Krieg oder 1866 gegen Preußen im Bruderkrieg. Man ahnte bereits, dass, falls es zu einem neuen Krieg kommen sollte, dieser anders sein würde als alle Kriege zuvor.[101]

---

[97] Reichsgesetzblatt Nr. 236. S. 1192. Online unter: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=19120004&seite=00001192 (aufgerufen am 3.5.2018)
[98] Ebda. S. 1193.
[99] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 187.
[100] Vgl. Tamara *Scheer,* Die Kriegswirtschaft am Übergang der liberal-privaten zur staatlich-regulierten Arbeitswelt. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band XI/1/1 (Wien 2016). S. 438-439.
[101] Vgl. *Brucker* (2010), S. 12.

Wie sich aber bald nach Beginn des Krieges zeigen sollte, war das Gesetz nicht ausreichend und höchstens mangelhaft. Das eigentliche Ziel, Organisationen für den Kriegszustand zu schaffen, wurde verfehlt und das Militär konnte doch ohne großen Widerstand in Betriebe eingreifen und Ressourcen für sich nutzbar machen. Ob dies jedoch stets sinnvolle Eingriffe waren, kann bezweifelt werden: zahlreiche Militärs orderten in großer Anzahl Eingriffe in das wirtschaftliche Leben ein, welche erstens nicht nur unwirtschaftlich, sondern auch aufgrund von Geheimhaltungsklauseln undurchsichtig und dubios waren. Auch eine genaue Wirtschaftsplanung konnte das Gesetz nicht hervorrufen, lediglich die Rechte des Militärs waren erweitert worden – es gab die zuvor erwähnten Heereslieferverträge sowie das Kriegsleistungsgesetz, von wirtschaftlich durchgängigen Regeln konnte nicht die Rede sein. Auch das Kriegsüberwachungsamt, welchem eigentlich die Kontrolle über diesen Ausnahmezustand oblag, griff kaum sein, stellte sich doch der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza strikt dagegen.[102]

Was passierte also nun, wenn tatsächlich Militärangehörige die Kontrolle über einen Betrieb erlangten?

Reinschedl fasst zusammen:

Gab es Betriebe, die für den Staat kriegswichtig waren und von nun an staatlich geführt werden sollten, so sollten diese von Leitern aus dem Militär geführt werden. Diese hatten im Sinne der militärischen Führung sowie der Armee zu agieren, auch Disziplinargewalt war ihnen gestattet. Zu Zeiten des Krieges waren es auch diese Leiter bzw. Beamten, welche als Schlüsselpersonen über die Anwendung des Kriegsleistungsgesetz bestimmen konnten. Um dieses Gesetz anzuwenden war es jedoch nötig, dass die zwei Minister, der Minister für Landesverteidigung sowie der Kriegsminister, sowie alle anderen beteiligten Minister, zustimmten. Kam das Gesetz zur Anwendung, so waren alle Gemeinden verpflichtet, den Maßnahmen Folge zu leisten. Kam es zu finanziellen Schäden, so sollte eine Entschädigung für diese Schäden aus dem Etat des Heeres in bar bezahlt werden. Eigentümer von Unternehmen, welche von nun an direkt der Hee-

[102] Vgl. Ebda. S. 12-13.

resverwaltung unterstanden, bekamen eine von der Kommission festgesetzte Summe für die Übernahme des Unternehmens.[103]

Nicht unerwähnt bleiben sollte aber auch, dass es durchaus kritische Stimmen gegen diese Maßnahmen gab. Der verantwortliche Kriegsminister, Baron Krobatin, argumentierte, dass er gerne den zivilen Organisationen Vorrang gab, da seiner Ansicht nach die Industrie lieber mit zivilen als mit militärischen Organisationen zusammenarbeiten würde.[104] Hierfür wurden sogenannten Zentralen gegründet, die die gesamte wirtschaftliche Kontrolle übernahmen und das wirtschaftliche Leben bestimmten. Von diesen Zentralen gab es 91 (Kriegszentralen). 20 betrafen Nahrungs-, 15 die Textil-, sowie jeweils 13 die chemische und Metallindustrie. Jedoch waren diese Zentralen nicht alle gleich organisiert, es gab Zentralen die als staatliche Verwaltungsorganisationen, Aktiengesellschaften oder auch als GmbHs fungierten. Oft lehnte man sich auch an einfach bestehende, als Kartelle bereits etablierte, Organisationen der Industrie(n) an. Allen Zentralen aber gemein war, dass sie auf einer Grundlage von Planwirtschaft basierten und mit einer Anzahl von Rechten versehen waren.[105] Solche Zentralen gab es auch in Ungarn ab 1915, jedoch führten diese dazu, dass die Zweigeteiltheit der Monarchie verstärkt wurde, da die ungarischen Zentralen wiederum eigene Produktionsquoten und Prozentsätze festlegten. Nur im Bereich der Schwerindustrie (Stahl, Bergbau) gab es eine gemeinsame Zentrale, die über die komplette Monarchie hinweg und über die besetzten Gebiete Entscheidungen treffen konnte. Hierbei handelte es sich aber um eine Ausnahme, da Cis- sowie Transleithanien in den meisten Bereichen unabhängig voneinander agieren konnten. Daher gab es auch keine Monarchie-weite Preisregulierungen und Marktmechanismen.[106] *Schulze* bezieht sich auf *Gratz* und *Schüller,* die versuchen anhand der Baumwollindustrie zu zeigen, dass die Verteilung von Rohmaterialien eher einen politischen als ökonomischen Hintergrund hatte. Als Leitlinie für den Austauch von Ressourcen zwischen den zwei Reichsteilen, bediente man sich der festgelegten Quote von 63,6 zu 36,4 Prozent, die festlegte, welcher Reichsteil wieviel für das gemeinsame Budget zu stemmen hatte. In Vorkriegszeiten produzierte Cisleithanien ungefähr 10-15 mal soviel Textilien wie Transleithanien, nun aber bekam Cisleithanien nur dreimal soviele Rohstoffe zugeteilt wie

[103] Vgl. *Reinschedl* (2001), S. 188.
[104] Vgl. *Rauchensteiner* (1993), S. 146.
[105] Vgl. *Brucker* (2010), S. 24.
[106] Vgl. *Schulze* (2005), S. 90.

Transleithanien. Das Ergebnis war, dass viele Textilbetriebe still lagen und es einen Rückgang der Produktion gab – abhängig davon, in wie weit diese (Um-)Verteilungen auch andere Branchen betrafen, hatte diese Praxis großen Einfluss auf die gemeinsame Produktionsleistung während des Krieges.[107]

Jedenfalls hatten sich die Zentralen immer mit den verantwortlichen Stellen im Kriegsministerium absprechen müssen, Abteilung 7 errichtete ein Kontrollorgan zur Überprüfung und Kontrolle von Firmen der Metallindustrie, auch für Inspektionen im Bereich des Bergbaues wurde auf das Kriegsleistungsgesetz zurückgegriffen, welche angewendet wurde, um die nicht bereits dem Militär unterstehenden Bergbaubetriebe zu überwachen. Längst aufgegebene und nicht mehr in Betrieb stehende Bergbaugetriebe wurden ebenfalls reaktiviert, um wirklich jede Ressource optimal ausschöpfen zu können. Ebenso entschied das Kriegsministerium über die Zu- und Verteilung von Geld und Arbeitskräften. Ganz erfolglos blieben diese Maßnahmen nicht und wurden weitgehend bis 1917, als langsam begonnen wurde, die Wirtschaft zu entmilitarisieren, aufrechterhalten.[108]

Ganz besonders auf dem Gebiet der Metallurgie hatte das Militär ein großes Mitspracherecht. Vor Kriegsbeginn war die k.u.k. Monarchie einer der größten Produzenten weltweit und erzeugte große Mengen Eisen und Stahl. 1917 wurden ungefähr 85% der gesamten Stahlproduktion vom Militär beansprucht, um ausreichend Waffen, Munition und Ausrüstung für die Bahn zur Verfügung zu haben, zu Friedenszeiten waren es 5%. Natürlich brach 1914 der Ertrag der Eisen- und Stahlindustrie ein, auch hier fehlte es nun an Arbeitern, die an der Front kämpften. Da der Einbruch aber zu groß war, wurden Männer von der Front befreit und wieder in der Stahlindustrie eingesetzt. Ab 1915 fehlte es auch an Ressourcen wie Zinn, Zink und Bleimetall, sogar Kohle musste aus dem Verbündeten Deutschen Kaiserreich importiert werden.[109] Die k.u.k. Monarchie hing quasi am Tropf und war vom wilhelminischen Kaiserreich abhängig geworden.

Schulze listet in einer Tabelle auch auf, wie stark die unterschiedlichen Industriezweige während des Krieges einbrachen:

[107] Vgl. Gustav *Gratz,* Richard *Schüller* (1930), S.139-142*,* zitiert nach: *Schulze* (2005). S. 91.
[108] Vgl. *Rauchensteiner* (1993), S. 146.
[109] Vgl. *Schulze* (2005), S. 87-88.

1913 war die Textilindustrie mit 1045,3 Millionen Kronen der stärkste Industriezweig, gefolgt von 707,8 Millionen Kronen in der Nahrungsmittelindustrie, während beispielsweise die Stahlindustrie nur 258,9 Millionen Kronen erwirtschaftete. Setzt man diese Zahlen des Jahres 1913 nun mit 100% gleich, so ergeben sich unterschiedlich starke Einbrüche in den verschiedenen Zweigen der Industrie. 1914 konnten in der Textilindustrie nur mehr 76,3%, 1915 57% und 1917 nur mehr 19% des Wertes von 1913 erwirtschaftet werden. Die Monarchie konnte somit nicht mehr genügend Textilien, also Uniformen und Ausrüstungsgegenstände, für den die Armee bereitstellen. Für die Lebensmittelindustrie war es 1914 schon nur mehr ein Wert von 76%, 1915 61,3% und in den Jahren 1916 und 1917 nur mehr magere 29,7 und 29,9%. Bezüglich der Stahlindustrie lassen sich folgende Werte festhalten: waren es 1914 zwar nur 85% der Stahlproduktion des Jahres 1913, so konnte dieser Wert im Jahre 1915 auf 105,3% erhöht werden, sprich ein Plus von 5,3% um im Jahre 1916 seinen Höhepunkt mit 142,7% zu finden. 1917 waren es immerhin auch noch 124,7%.[110]

Für das Problem der Versorgung mit Kohle macht *Schulze* weniger das Bahnnetz der Monarchie verantwortlich, vielmehr lag es daran, dass die Eisenbahnen und Lokomotiven in einer zu großen Anzahl ausfielen, da sie zerstört wurden und einer Reparatur bedurften. Gab es zu Beginn des Krieges noch ein Arsenal von 12.000 Lokomotiven, so waren stets 5000 nicht einsatzfähig da sie repariert wurden mussten.[111]

Klar erkennbar aber ist, vor allem in den Jahren 1917/18, der starke Wille zur Durchführung dieser Kontrollen durch das Militär. Fraglich bleibt aber, ob diese starke Form der Überwachung tatsächlich in Fragen der Preispolitik zu einer Verminderung von Preisen erfolgreich war.[112]

Methoden der Kriegsfinanzierung

> *„Grundsätzlich kann man zwischen nichtmonetärer oder naturalwirtschaftlicher und monetärer oder geldwirtschaftlicher Finanzierung unterscheiden.“*[113]

[110] Vgl. Ebda. Tabelle S. 87.
[111] Vgl. Ebda. S. 89.
[112] Vgl. Regina *Roth,* Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungselemente (Berlin 1997). S. 339-340.

Wie bereits kurz in dem Kapitel über die Geschichte von Kriegsfinanzierungen angeschnitten, tendierte die Entwicklung eher zu der Methode einer monetären Finanzierung. Der Grund hierfür ist klar: es lag schlicht und einfach an der Herausbildung von finanzwirtschaftlichen Systemen in den verschiedenen Staaten. Für den Ersten Weltkrieg lassen sich folgenden Methoden ausmachen, die auf einer monetären Kriegswirtschaft beruhen[114]:

1.) Anleihen (Inländische sowie Ausländische)
2.) Kredite (Notenbank und Privatbanken)
3.) Steuern (Direkte sowie Indirekte)[115]

Der naturalwirtschaftliche Aspekt der Finanzierung im Ersten Weltkrieg betraf hauptsächlich die Wiederverwendung und Beschlagnahmung von Waffen feindlicher Armeen, Munition und Kriegsgeräten.[116]

Zum Instrument Steuer

Grundsätzlich hängt die Idee, Kriegsausgaben, auch wenn nur über einen kleinen Teil durch Steuern und deren Erhöhungen zu finanzieren, von dem bereits etablierten Steuersystem eines Landes ab. Auch Österreich-Ungarn stellte hier keine Ausnahme dar[117]:

Grundsätzlich befanden sich alle Staaten des Kontinents mit demselben Problem konfrontiert. Der Staatshaushalt dieser Länder speiste sich aus vielen unterschiedlichen Steuern und auch nur kleinere Änderungen bezüglich dieser Steuern hatten tiefgreifende Wirkungen auf das soziale Leben, sodass die Verwaltungen mit beinahe unüberwindbaren Problemen konfrontiert waren. England mit seinem bereits sehr ausdifferenzierten Steuersystem bezüglich der Einkommen hatte einen gewissen Vorsprung. Aber auch dort wurden die Steuern erhöht und ein dadurch entstehendes Problem zeigte sich schnell: die Inflation stieg an und konnte auch in England nicht abgewendet werden. Die USA mögen hier eine Ausnahme sein, erst weit später in

[113] *Hochhauser* (1996), S. 15.
[114] Vgl. Ebda. S. 15.
[115] Vgl. Ebda. S. 15.
[116] Vgl. Ebda. S. 15.
[117] Vgl. *Brucker* (2010), S. 144.

den Krieg eintraten, und zweitens bis zum Kriegseintritt stattliche Gewinne aus Europa verzeichnen konnten.[118]

Auch Großbritannien, das die meiste Last der Ausgaben für den Krieg über Steuern finanzierte, konnte letztendlich auch nur knapp 25% seiner Kosten durch Steuern finanzierten. Das UK besaß jedoch einen gewaltigen Vorteil: es verfügte über das hochentwickeltste Kapitalsystem und konnte dadurch gewaltige Kredite aufnehmen und stellte dadurch den potentesten Geldgeber seines Militärbündnisses dar. [119]

Schätzungsweise konnte Großbritannien gut 23-28% der Ausgaben durch Steuern begleichen, wohingegen Frankreich nur gerade einmal, durch den kleinsten Steuerbeitrag im Vergleich mit den kriegsführenden Mächten, nur 15% der Kosten durch Steuern finanzieren konnte. Das zaristische Russland (26%) und auch das Königreich Italien (23%) können kaum für einen Vergleich hinzugezogen werden, da sie Ausnahmefälle darstellen: Italien tritt erst 1915 in den Krieg ein, Russland dagegen scheidet schon 1917 wieder aus.[120]

Erstaunlich an dem Vereinigten Königreich ist, dass es als einzige der Großmächte achtbare Erhöhungen der Einkommensteuer einheben konnte und diese auch technisch anzuwenden vermochte. Den anderen Mächten kann man dies nicht nachtsagen, und wenn doch, dann waren diese Steuern bei weitem nicht ausreichen und vernachlässigbar. Dieser Tropfen auf den heißen Stein in Form neuern Steuern konnte den sonstigen Rückgang von Staatseinahmen nicht wettmachen. Verkehrssteuern in Form von z.B. Zuckersteuern in Österreich-Ungarn oder auf Monopole auf staatlicher Ebene wie in Russland (Wodkamonopol) konnten dies nicht ausgleichen. Bezüglich der k.u.k. Monarchie gibt es hierzu keine Quellen sowie Zahlen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sich die Monarchie eher am unteren Ende finden lassen würde – vermutlich auf demselben Niveau wie dem von Frankreich.[121]

[118] Alexander *Popovics,* Das Geldwesen im Kriege (Wien 1925). S. 172., zitiert nach *Brucker* (2010). S. 144-145.
[119] *Brucker* (2010), S. 145.
[120] Vgl. Ebda. S. 145.
[121] Vgl. Ebda. S. 145.

Funktionsweise von Steuern

Laut der Definition von Steuern durch *David Ricardo*, so sind:

> *„Steuern ein Teil des Produktes des Bodens und der Arbeit eines Landes, der der Regierung des Landes zur Verfügung gestellt wird."*[122]

Befinden sich Länder im Krieg, so müssen die Verantwortlichen alle Optionen von Besteuerungen ausnützen, dürfen im selben Moment aber nicht vergessen, dass auch der kommende Wiederaufbau finanzielle Mittel verschlingen wird. Es hat sich aber meistens herausgestellt, dass Rücklagen für die Zeit nach dem Krieg kaum, meistens aber nur in sehr begrenzten Mitteln, gebildet wurden. Gerade die Verlierer von Kriegen mussten meist die Unterstützung von Drittstaaten annehmen.[123]

Grundsätzlich unterscheidet man in der Volkwirtschaftslehre direkte sowie indirekte Steuerleistungen[124]. Folgende Grafik verdeutlicht dies[125]:

Steuern	
Direkte Steuern:	**Indirekte Steuern**:
-Einkommen	-Verbrauch
-Vermögen	-Rechtsverkehr
-Ertrag	-Zoll, Gebühren

Auf Steuern wurde jedoch bei den verbündeten Mittelmächten beinahe nicht zurückgegriffen[126]. *Perz* führt hierfür folgende Gründe an:

> *„1) Psychologische Gründe: Verdienstmöglichkeiten über Anleihen statt neuer Steuerlasten.*

[122] Ricardo *David*, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung (Berlin 1959). S. 138., zitiert nach: *Hochhauser* (1996), S. 16.
[123] Vgl. *Hochhauser* (1996), S. 16.
[124] Vgl. Ebda. S. 16.
[125] Tabelle entnommen aus: Ebda. S. 16.
[126] Vgl. Helmuth *Perz,* Aspekte der Kriegsfinanzierung: Die österreichischen Kriegsanleihen 1914 – 1918 (Diplomarbeit Universität Wien 1989). S. 14.

2) Politische Gründe: Steuerfeindlichkeit des Bürgertums: Kriegssteuern mußten bei breiter Verarmung der Bevölkerung sehr progressiv gestaltet sein – nach dem Krieg hingegen würden Massensteuern die Rückzahlung der Kredite und Anleihen ermöglichen.

3) Kriegssteuern kommen nur langsam zum Tragen: nach einer Diskussionsphase zur Einführung dieser Steuer müßten erst die technischen Voraussetzungen zur Einhebung geschaffen werden, schließlich wäre, vor allem im Hinblick auf die Nationalitätenprobleme der Monarchie, mit Steuerwiderstand zu rechnen."[127]

Es lässt sich aber noch eine weitere Unterteilung von Steuern vornehmen:

Nämlich Steuern, eingesetzt um Kriegsziele zu erreichen (Kriegssteuern), sowie solche, die bereits etabliert sind und im Falle eines Krieges bloß erhöht werden (Zuschlag auf Steuern).[128] Es gibt außerdem, der Vollständigkeit halber sei sie hier angeführt, eine weitere Möglichkeit der Kategorisierung von Kriegssteuern, nämlich jene von *Alois Gratz:*

- *„Steuern, die auf die Verwirklichung älterer Pläne zurückgehen, die aber wegen der politischen Verhältnisse im Lande oder im Parlament nicht durchsetzbar waren.*
- *Steuern, die sowohl den finanziellen Staatserfordernissen als auch anderen Nebenzwecken ihre Entstehung verdanken. Z. B. die Kriegsgewinnsteuer, die zur Einnahmeerhöhung und zur Reduzierung der Geldmenge vorgesehen war.*
- *Steuern, die ausschließlich zur Deckung des erhöhten Staatsbedarfs eingeführt wurden."*[129]

Wie also wurde nun versucht den Krieg durch Steuern in Österreich-Ungarn (teil-)zu finanzieren?

Wie bereits erwähnt, trat diese Möglichkeit der Kriegsfinanzierung kaum auf und wurde kaum herangezogen. Lediglich einige Verbrauchssteuerung (Tabak & Branntwein) sowie Gebühren wurden erhöht, ebenso die Steuern auf Versicherungen, Erbschaftssteuer sowie Schenkungen. Relativ spät, also 1916, wurde auch eine Kriegsgewinnsteuer erhoben.[130] Diese Kriegsgewinnsteuer weißt aber einen erheblichen Nachteil auf:

[127] Ebda. S. 14.
[128] Vgl. *Hochhauser* (1996), S. 17.
[129] Alois *Gratz,* Die Entwicklung der Steuern im Ersten Weltkrieg in Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948 (Wien 1949). S. 275., zitiert nach: *Hochhauser* (1996), S. 17.
[130] Vgl. *Perz* (1989), S. 15.

Es bestand auch die Angst, dass eine solche nach Beendigung des Krieges, die durch die Kriegsgewinnsteuer eingehobenen und eingeführten Abgaben nicht abgeschafft werden würden, sondern sie Stück für Stück in die gemeine Einkommenssteuer eingliedern würde.[131]

Zusammenfassend lässt sich zum Thema Steuern im Krieg in der k.u.k. Monarchie festhalten, dass auch nicht nur im Geringsten der Krieg durch die Einnahme von Steuern gedeckt werden sollte. Auch in Österreich-Ungarn traf man auf die weitverbreitete Meinung, die Kosten für den Krieg ganz einfach den Besiegten aufhalsen zu können. Auch an der Art des Steuersystems, dessen Effizienz nach und nach abnahm, ganz besonders wegen der Fokussierung auf Zölle und der indirekten Steuern auf Güter wie Tabak, Bier, Zucker sowie Fleisch, welche kaum mehr existent waren, und auf der anderen Seite aufgrund der Geldentwertung, durch die die Steuereinnahmen stark zurückgingen, ließ sich der Krieg nicht durch Steuern decken. Bis 1917/18 gingen die regulären Einkünfte durch Steuern auf 16 Prozent des Standes in Zeiten des Friedens zurück.[132]

Kriegskosten

Schnell war also klar, dass man einen Krieg nicht nur durch Steuern finanzieren können würde. Bevor aber im nächsten Kapitel auf weitere Finanzierungsmöglichkeiten eingegangen werden wird, sollte hier noch die Frage beantwortet werden, welche Art von Kosten denn nun überhaupt zu den Kriegskosten zählen.

Die Monarchie zahlte quasi den höchsten Preis für den Krieg: neben dem entsetzlich hohen Verlust menschlicher Leben bezahlte die k.u.k. Monarchie auch mit ihrem Dasein und ihrer Auflösung.[133]

Sieht man sich die Kriegsbudgets der beteiligten Staaten an, so wird nur ein Bestandteil der wirklichen Kriegsausgaben aufgelistet, durch den Krieg bedingte anderweite Ausgaben von zivi-

[131] Vgl. *Hochhauser* (1996), S. 24.
[132] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 327.
[133] Vgl. *Schulze* (2005), S. 103.

len Stellen werden oft nicht angeführt.[134] Geschmälert wird dieses zivile Potential zusätzlich noch durch folgende Faktoren:

- *„des Einsatzes von Produktionsfaktoren für nichtproduktive Tätigkeiten (insbesondere Militärpersonal),*
- *der Störung des Handels und der dadurch verursachten Knappheit an Rohstoffen und anderen Produkten,*
- *von Effizienzverminderung (zum Beispiel aufgrund verwaltungsmäßig-planerischer Abläufe anstelle von friedensmäßigen Marktprozessen, aufgrund mangelnder Akzeptanz der Kriegsanstrengungen in der Bevölkerung oder aufgrund von effizienzmindernder Verwendung von Produktionsfaktoren, etwa von Arbeitskräften ohne einschlägige Ausbildung),*
- *der Vernichtung von Produktionsfaktoren (sowohl von Arbeitskräften als auch Kapital) durch Kriegshandlungen,*
- *des Verlusts von Ressourcen, die im Frieden zur Verfügung stehen würden (zum Beispiel durch Gebietsverluste).“*[135]

Versucht man nun, Kriegsausgaben bzw. Kriegskosten für Österreich-Ungarn zu ermitteln, so müsste man von einem konstanten und fiktiven Friedensbudget ausgehen. Die Rechnung einer quasi Differenz von Kriegsausgaben und Friedensbudget geht also nicht auf.[136]

Teleszky und *Winkler* haben Berechnungen bezüglich der Kriegskosten aufgestellt; natürlich stimmen diese aber nicht komplett überein.[137]

Tabelle *Winkler*[138]*:*

(in Millionen Kronen)	Cisleithanien	Transleithanien
Quotenbeiträge zu den Kriegsausgaben	39.000	23.000
Kriegsbeschädigte	730	35
Kriegsflüchtlinge	1.900	90
Unterhaltsbeiträge	7.000	3.400
Wiederaufrichtung des	700	90

[134] Vgl. *Meelich* (1976), S. 220.
[135] *Pammer* (2014), S. 55.
[136] Vgl. *Meelich* (1976), S. 220.
[137] Vgl. *März* (1981), S. 194.
[138] Tabelle übernommen aus: *März* (1981), S. 195.

Kriegsgebietes		
Kriegsschuldendienst	3.500	1.500
Σ	52.830	28.025

Addiert man nun die Summen in der Tabelle *Winklers* so ergeben sich Gesamtkosten von 80.855 Millionen Kronen, also aufgerundet gut 81 Milliarden Kronen. *Teleszky* aber nennt 90 Mrd. Kronen, da er offensichtlich Ausgaben mithin einrechnet, die *Winkler* auslässt.[139]

Im Prinzip unterscheidet sich der Haushalt der k.u.k. Monarchie nicht recht viel von jenem Etat anderer Staaten, außer, dass der Anteil von ordentlichen Einnahmen für die Kriegskostendeckung sehr klein war. Großbritannien konnte 28% seiner Kriegskosten durch Steuereinnahmen decken, die USA ungefähr zu 33%. *Teleszky* rechnet vor, dass in Ungarn nur 1,7 Milliarden Kronen von den 32,7 Milliarden durch Staatseinnahmen erwirtschaftet wurden, also bei nur 5,2 % der Kriegskosten lagen. Die verbleibenden 94,8% an Kosten mussten also durch Kredite finanziert werden, die sich wie folgt ausschlüsseln lassen: 5,2 % durch Hilfe der Handelsbanken, 31,5% durch Kredite bei der Notenbank, 5,1% ausländische Kredite und natürlich der Großteil von 53,0% durch Kriegsanleihen.[140] 36 Milliarden Kronen konnten durch Kredite bei der Notenbank bereitgestellt werden. [141]

Kriegsanleihen

Man musste weder überzeugter Monarchist noch glühender Patriot gewesen sein, um Anreize zu finden, diese Anleihen zu unterzeichnen: 5% Zinsen hörten sich nach einem verlockenden Geschäft an. Diese Kriegsanleihen konnten in jeder Bankfiliale oder Poststelle gezeichnet werden und für die erste Anleihe konnten Einnahmen von über 2 Milliarden Kronen erreicht werden. Großgrund- sowie Immobilienbesitzer und auch die Landwirtschaft hielten sich eher zu-

[139] Vgl. Ebda. S. 194-195.
[140] Vgl. Agnes *Pogány,* Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band XI/1/1 (Wien 2016). S. 562.
[141] Vgl. *Schulze* (2005), S. 99.

rück beim Zeichnen solcher Anleihen, das Bürgertum und große Betriebe jedoch beteiligten sich rege.[142]

Interessanterweise wollte man anfangs keine Anleihen auflegen. Noch sah man den Moment noch nicht bereit, Geld abzuschöpfen. Experten vertraten außerdem die Ansicht, dass das Geld wohl kaum bei Seite gelegt werden würde, sondern dass es sofort zur Deckung von Kriegskosten verwendet werden würde und es dadurch zu einer Inflation kommen könnte. Die Steuern aber sollten nicht angehoben werden, also blieb eben doch nur die Anleihenfinanzierung. Wie (und überhaupt ob) das Geliehene wieder zurückgezahlt werden sollte, war im Moment nicht das große Problem. Man setzte einfach auf den eigenen Sieg und würde sich das Geld dann irgendwie vom besiegten und besetzten Gegner zurückholen und Reparationen einfordern, so die Überlegungen.[143]

In Frühling des Jahres 1914 wurde der Reichsrat geschlossen und für vertagt erklärt. Kaiser FJI konnte nun wieder absolutistisch regieren und konnte sein Vorhaben, Österreich-Ungarn in eine militärbürokratische Diktatur umzuwandeln, umsetzen. Um irgendwelche Abstimmungen im Parlament musste er sich keine Sorgen machen. Erst fast 3 Jahre später – im Sommer 1917 – wurde der Reichsrat erneut einberufen. Somit konnte Franz Josef I. drei Jahre lang ohne Zustimmung eines Parlaments über die finanziellen Entscheidungen der Monarchie bestimmen (in Transleithanien hingegen gab es in Budapest weiterhin Zusammenkünfte des Reichtags!). Nur die Kriegsanaleihen Nummer sieben sowie Nummer acht wurden vom Reichsrat abgesegnet. Die finanziellen Aufwendungen konnten immer nur durch kurzfristige Anleihen bei der Österreichich-Ungarischen Bank gedeckt werden, sprich durch großzügige Bedienung der, bereits erwähnten, Notenpresse.[144]

Die beliebteste Art der Kriegsfinanzierung in der k.u.k. Monarchie stellte also eine quasi Verschuldung für die zukünftigen Generationen dar:

[142] Vgl. *Hanisch* (1994, 2005). S. 205.
[143] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 585.
[144] Vgl. Thomas *Winkelbauer,* Wer bezahlte den Untergang der Habsburgermonarchie? Zur nationalen Streuung der österreichischen Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung. Band 112 (Wien 2004). S. 373-374.

Winkelbauer zitiert *Adam Smith* der schon 1776 sagte, dass die Verantwortlichen, die Entscheidungen für die Öffentlichkeit tätigen, stets bedenken sollten, dass ein momentanes Moment der Not schnell überwunden werden sollte, und die Entschuldung bezüglich öffentlicher Einnahmen sehr gerne den nächsten Generationen aufgebürdet wird. Sollten Kriege jedoch durch Steuern anstatt Krediten bestritten werden, so würden die Menschen die schwere der Last sofort zu spüren bekommen und würden schneller kriegsmüde werden.[145] Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die politisch Verantwortlichen wohl jeden Sinn für die Realität verloren hatten.

Die erste Kriegsanleihe

Im Herbst des Jahres 1914 kam es zur Auflegung der ersten Kriegsanleihe welche mit über 2,2 Milliarden Kronen von Zeitgenossen als äußerst erfolgreich betitelt wurde. Zwar freute man sich über den Erfolg, doch das Erstaunen überwog.[146] Am 16. November 1914 wurde diese erste Anleihe als Schuldverschreibung mit 5,5% Zinsen emittiert und es wurde davon ausgegangen, dass sie bis 1. April 1920 in der österreichischen Reichshälfte getilgt sein würde. Es bildetet sich ein Syndikat unter Leitung der Österreichischen Postsparkassen, dem 15 Kreditinstitute angehörten.[147]

So berichtete beispielsweise am 20. November 1914 die Tageszeitung Neue Freie Presse aus Wien:

> *„Eine Milliarde bisher auf die Kriegsanleihe gezeichnet. Nach Schätzung unterrichteter Persönlichkeiten. Die Zeichnungen auf die österreichische Kriegsanleihe haben nach den Schätzungen unterrichteter Persönlichkeiten schon heute am Vormittag die Ziffer von einer Milliarde erreicht. [...] Schon jetzt ist jedoch eine Ziffer erreicht worden, die einen glänzenden Erfolg der Anleihe sichert, und die berechtigte Hoffnung gestattet, daß wir noch ein gutes Stück des Weges bis zur zweiten Milliarde zurücklegen werden."*[148]

[145] Vgl. Ebda. S. 374-375.
[146] Vgl. *Perz* (1989), S. 31.
[147] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 585.
[148] Neue Freie Presse Nr. 18047 vom 20. November 1914. S. 14. Online unter: http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19141120&query=%22Kriegsanleihe%22&ref=anno-search (aufgerufen am 15.5.2018)

Generell lässt sich festhalten, dass es durchaus auch zu einer Art von Nationalitätenkonflikt bezüglich der Unterzeichnungen von Kriegsanleihen kam. Am häufigsten wurden die Anleihen von Deutschösterreichern, die das meiste Kapital und auch das größte Interesse an einem erfolgreichen Krieg hatten, gezeichnet. Von den 35 Milliarden, die in Cisleithanien durch Anleihen eingenommen wurden, kamen ungefähr 24 Milliarden von Deutschösterreichern. Dieser Konflikt spiegelte sich auch bereits in der ersten Kriegsanleihe wider. So war der Betrag des wichtigsten tschechischen Finanzinstituts, der Živnostenská Bank, mit 26 Millionen Kronen äußerst klein. 170 Millionen Kronen hingegen wurden durch die Zentralbank der Deutschen Sparkassen geleistet, 9 Millionen Kronen aber nur durch die Zentralbank der tschechischen Sparkassen. Das deutschösterreichische Bürgertum war also jene Schicht, die Kriegsanleihen zeichnete.[149]

Die zweite Kriegsanleihe

Da das Geld der ersten Anleihen rasch aufgebracht war[150], kam bald die Idee einer zweiten Kriegsanleihe auf. Diskussionen gab es bezüglich des Zeitpunkts dieser zweiten Anleihe:

> *„Die Einlagebestände der Banken erreichten zwar im April 1915 den Stand vom Oktober 1914, hatten also den Abfluß von Guthaben an die erste Kriegsanleihe bereits kompensiert (bei den Sparkassen dauerte dies noch länger), die Wirtschaft hatte die Umstellung auf den Krieg weitgehend vollzogen; andererseits war die Kriegslage im Frühjahr 1915 ungünstig und der Kriegseintritt Italiens zeichnete sich ab."*[151]

Erneut wurde sich ebenfalls durch die Finanzverwaltung eines Notenbankkredites bedient, deshalb musste auch eine neue Kriegsanleihe aufgelegt werden.[152] Als kleiner Exkurs bezüglich der zweiten Kriegsanleihe und dem Kriegseintritt Italiens liegen Unterlagen betreffend der Kriegsanleihe-Zeichnungen der Stadt Linz vor, in welchen ein *Dr. Jäger* der Deutschnationalen im Gemeinderat am 26. Mai 1915 darauf Bezug nimmt:

„Nun meine Herren, sowie die Soldaten im Felde ihre ganze Kraft, ihr Leben und ihre Gesundheit einsetzen, wie das Volk im Hinterlande gleichfalls alle Widerwärtigkeiten hinsichtlich seiner Er-

[149] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 328.
[150] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 585.
[151] *Perz* (1989), S. 33.
[152] Vgl. Ebda. S. 33.

nährung durch Sparen und Entbehren ertragen muss und geduldig trägt, so ist es wohl auch klar, daß wir dem Staate jegliche finanziellen Mittel zur Verfügung stellen müssen, welche notwendig sind, um unser Heer für den Kriegsbedarf so auszurüsten, dass uns der Sieg verbürgt ist."[153]

Angesprochen auf die Höhe des Betrages, den die Gemeinde zeichnen sollte, wird argumentiert die 300.000 Kronen aufgrund dieses *„schmählichen Überfalls des neuen Feindes"*[154], auf 500.000 Kronen zu erhöhen.[155] Diese Anleihe brachte insgesamt 2,688 Milliarden Kronen[156] in die Staatskasse und hatte eine Laufzeit bis 1925.[157]

Hochhauser hält hierzu fest:

> *„Der Banknotenumlauf betrug im April 1915 bereits 5,907 Mrd. Kronen und die Giroguthaben 1,248 Mrd. Kronen. Im Vergleich dazu lagen der Banknotenumlauf (6,026 Mrd.) und die Guthaben auf Girokonten (1,268 Mrd.) Ende Mai 1915 um insgesamt 140 Mio Kronen höher. Die erhoffte oder geplante Reduktion der Zahlungsmittelmenge konnte also zumindest mit der 2. Kriegsanleihe nicht oder nur teilweise erreicht werden. Die Preisniveausteigerungen, die durch die Kriegsanleihen unterbunden werden sollten, konnten im besten Falle gebremst werden."*[158]

Nicht außer Acht gelassen werden darf außerdem der Umstand, dass Zeichnung ab Höhe von über einer Million Kronen, in Zeitungen veröffentlicht wurden. Nicht ganz unsarkastisch schrieb hierüber der *Österreicher Volkswirt,* dass es wohl eine Eigenart der Österreicher sei, bei jeder Gelegenheit – ob passend oder nicht – ein jeder seinen eigenen Namen in den Zeitungen gedruckt sehen will.[159]

<u>Die dritte Kriegsanleihe</u>

[153] Oskar *Dohle,* Geld für den Krieg. Die Kriegsanleihe-Zeichnungen der Städte Linz und Urfahr im Ersten Weltkrieg. In: Stadtarchiv und Stadtgeschichte. Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2003/2004, (Hrsg.) Walter *Schuster,* Maximilian *Schimböck* (Hrsg.), Anneliese *Schweiger* (Hrsg.) (Linz 2004). S. 462. Zitiert aus dem Gemeinderatssitzungsprotokoll Linz, 9. Sitzung, 26. Mai 1915.
[154] Ebda. S. 462.
[155] Vgl. Ebda. S. 462.
[156] Vgl. *Meelich* (1976), S. 221.
[157] Vgl. *Dohle* (2004), S. 462.
[158] *Hochhauser* (1996), S. 62.
[159] Vgl. *Winkelbauer* (2004), S. 379.

Die dritte Kriegsanleihe wurde im Oktober 1915 aufgelegt. Erst bei dieser Anleihe war es gelungen, eine breitere Streuung zu erzielen, und auch andere Gesellschaftsschichten zu erreichen bzw. zu motivieren, Anleihen zu zeichnen. Es scheint so, also wäre die ärmere Schicht misstrauisch gegenüber der Propaganda gewesen; erst jetzt wurde dieses Misstrauen überwunden. Auch war es gelungen, den Mangel an Bargeld zu beheben und die Wirtschaft konnte sich einigermaßen normalisieren.[160]

Woran mag dies gelegen haben?

Bis Mai 1915 lagen die Leistungen der k.u.k. Armee unter allen Erwartungen. Ab Mai 1915 jedoch übertraf sie, zur Überraschung vieler, alle Erwartungen. Wie bereits erwähnt: der Kriegseintritt Italiens auf Seiten der Entente war erfolgt. Der Krieg gegen Italien aber war populär in der Monarchie. Sah es unter den unterschiedlichen Nationaltäten der Monarchie noch nach einem Kampf „Germanen gegen Slawen“ aus, so konnten doch beide Seiten dem Krieg gegen Italien vieles abgewinnen. Sogar im kroatischen Parlament war die Rede davon, slawischen Boden gegen italienische Bestrebungen zu verteidigen.[161] Offensichtlich, gab dies auch der (zivilen) Bevölkerung fernab der Front neue Motivation, diese dritte Anleihe zu zeichnen. Letztendlich lässt sich bezüglich der 3. Anleihe festhalten, dass sie im Vergleich zu den ersten Zweien, die Bereitschaft der Bevölkerung in eben diese 3. Anleihe zu investieren, steigern ließ. Das Ergebnis von 4,2 Milliarden Kronen spricht für sich und übertraf die vorherergehenden enorm.[162]

Die vierte Kriegsanleihe

Unverblümt wurde für die vierte Anleihe auch damit geworben, das Geld von Morgen bereits heute zu investieren:

„*Wir müssen die Ersparnisse der Zukunft schon jetzt dazu verwenden, um dem Staate Hilfe zu leisten und Kriegsanleihe zu zeichnen. Der Staat braucht jetzt, im entscheidenden Endkampfe,*

[160] Vgl. *Perz* (1989), S. 35.
[161] Vgl. Lothar *Höbelt,* Stehen oder Fallen? Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg (Wien, Köln, Weimar 2015). S. 45.
[162] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 586.

unsere Hilfe; es kann ihm nicht den vollen Nutzen bieten, wenn die Sparer ein paar Jahre nach dem Kriege ihre Ersparnisse zum Ankaufe von Kriegsanleihe verwenden. Mit dem, was wir in der Vergangenheit erspart haben und was wir jetzt mitten im Kriege ersparen, kommen wir nicht aus, wir brauchen mehr, und so müssen auch die Ersparnisse der Zukunft heran, um uns den Sieg zu sichern.“[163]

Seit Erscheinen der vierten Kriegsanleihe gab es von nun an zwei Formen der Zeichnung von Anleihen, man spricht von einem Alternativsystem. Man konnte nun langfriste Anleihen zeichnen, welche sich über einen Rahmen von 40 Jahren erstreckten und sogenannte kurzfristige Staatsschatzscheine zeichnen, welche eine kürzere Laufzeit aufwiesen (5-10 Jahre). [164]

Der damalige Finanzminister *Spitzmüller* begründete dies wie folgt:

> *„In der Frage der Deckung des rapid anschwellenden Kriegsaufwandes im Kreditwege suchte ich den bisherigen Weg, die Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine, in der Erwägung zu veranlassen, daß eine Zusammenballung von Fälligkeiten auf einen Termin unmittelbar nach dem Kriege notwendigerweise eine besonders schwierige Lage heraufbeschwören müßte.“*[165]

Es war also gelungen, die Resistenz der Staatsschuldenkommision zu brechen und kurzfristigere Anleihen auszugeben. *März* spricht im Gegensatz von *Perz* davon, dass die Schatzscheine mit der kürzeren Laufzeit, eine Laufzeit von sieben Jahren hatten (*Perz* schreibt von 5-10 Jahren, siehe vorherige Seite). Man blieb bei diesen unterschiedlichen Formen von Anleihen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges treu, da sie mit den Interessen von Firmen und Kreditanstalten konform gingen, die keine Immobilisierung der Geldmittel wünschten.[166]

Die fünfte Kriegsanleihe

[163] Bernhard *Denscher*, Gold gab ich für Eisen, österreichische Kriegsplakate 1914— 1918 (Wien/München 1987), S. 65., zitiert nach *Winkelbauer* (2004), S. 375.
[164] Vgl. *Perz* (1989), S. 35.
[165] Alexander *Spitzmüller,* … und hat auch Ursach, es zu lieben (Wien 1955). S. 214*.,* zitiert nach: *Perz* (1989), S. 35.
[166] Vgl. *März* (1981), S. 199.

Im Gegensatz zur Blutmühle bei der Schlacht von Verdun, gelang es den Österreichern gegen Italien im Jahre 1916 einige Erfolge zu erzielen[167], die Lage schien also nicht komplett aussichtslos.

Generell schien die Lage für die Mittelmächte Ende des Jahres 1916 relativ günstig. Fraglich ist also, warum die fünfte Kriegsleihe keinen neuen Rekord aufstellen konnte, sondern im Gegensatz um circa 35 Millionen Kronen weniger erbrachte. Eine Erklärung hierfür (neben der natürlich generell immer schlechter werdenden Wirtschaftslage) mag die Umtauschaktion des Finanzministers im Frühjahr 1917 sein (Jänner sowie Februar): Zeichner der Staatsschatzscheine sollten ihre Anleihen gegen die fünfte Kriegsanleihe austauschen lassen; die fünfte Kriegsanleihe hatte eine Laufzeit von 40 Jahren. Von Seiten vieler Anleger wurde also nun auf direkte Beteilung an der fünften Anleihe verzichtet und sie erfüllten ihre patriotische Pflicht dadurch, dass sie eben diesen Austausch vornehmen lassen ließen.[168]

Bezüglich dieses Geschäfts gibt es eine interessante Überlegung des Konsortiums:

> *„Ebenso einmütig glaubt das Konsortium jedoch seiner Meinung Ausdruck geben zu müssen, dass ein Erfolg dieser Aktion [Umtausch] nur bezüglich der 2. Kriegsanleihe mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann, dagegen bei der 1. Kriegsanleihe ein befriedigendes Ergebnis sich nicht voraussagen läßt. Die Schwierigkeiten des Gelingens der Operation bezüglich der 1. Kriegsanleihe liegen zunächst in dem Umstand, dass sich gerade in dieser Kriegsanleihe ein starker Besitzwechsel vollzogen hat, indem sie von den ersten Zeichnern in Hände übergegangen ist, für welche gerade die baldige Fälligkeit des Papieres den Anreiz nicht nur des Erwerbes sondern auch des weiteren Festhaltens bildet."*[169]

Die Einschätzung war also, dass der Umtausch sich nicht lohnen würde und es genauso günstig wäre die alten Werte zu verkaufen und die fünfte Anleihe zu zeichnen. Der Minister im Finanzministerium führte daraufhin eine Prämie ein, die den Umtausch attraktiv machen sollte[170]:

> *„Die annahmewerte betrugen 98,6 für die erste, und 94,75% für die zweite Kriegsanleihe, wogegen die Kurse am 1. Feber 1917 bei 97,1 (1.KA) und 92,7% (2.KA) lagen. Insgesamt wurden rd. 1,7 Mrd. Kronen Nominale erster und zweiter Kriegsanleihe eingetauscht. Mit*

[167] Vgl. *Höbelt* (2015), S. 100.
[168] Vgl. *Perz* (1989), S. 37.
[169] *P.S.K.-Archiv*, M-Akte 37/1917., zitiert nach *Perz* (1989), S. 37.
[170] Vgl. *Perz* (1989), S. 37.

Einrechnung dieser Zeichnungen ergibt sich eine Nominale von 6,234.610,000 Kronen statt 4,467.940,000 Kronen für die fünfte Kriegsanleihe."[171]

Auch der Tod des Kaisers Franz Joseph I. im Kriegsjahr 1916 mag eine Rolle bezüglich der Zeichnungsfreudigkeit der Anleger gespielt haben sowie das Nichtvorhandensein vieler Bedarfsgüter.[172]

Die sechste Kriegsanleihe

Die sechste Kriegsanleihe folgte im Prinzip den Konditionen der vorhergehenden vierten und fünften Anleihen, auch sie war mit 5,5% verzinst. Neu aber bei der sechsten Anleihe war, dass es nun die Möglichkeit zu einer Kriegsanleiheversicherung gab. Diese Art von Versicherung garantierte dem Anleger, dass sein angelegter Betrag im Falle der Tilgung des Darlehens an ihn selbst direkt ausgeschüttet werden würde. Sollte der Todesfall des Zeichners eingetreten sein, so würde die Auszahlung an die Familie erfolgen. Es bleibt aber offen, ob diese Neuerung Wirkung erzielte und weitere Unterzeichner animierte, Kriegsanleihen zu kaufen.[173]

Die siebente und achte Kriegsanleihe

Durch die erfolgreiche Abwehr italienischer Verbände in der zwölften Isonzoschlacht und einem möglichen Frieden mit Russland wurde erneut stark die Werbetrommel für Kriegsanleihen gerührt um die Monarchie schnell zu einem siegreichen Ende des Krieges zu führen.[174] Die siebente und achte Kriegsanleihe konnten durchaus überraschend hohe Nominalbeiträge erzielen, rechnet man aber diese Beträge um auf die Kaufkraft zu Kriegsbeginn 1914, so konnten hauchdünn nicht mehr als die Hälfte der Beträge erzielen werden, die die erste Kriegsanleihe erbrachte, und dies trotz immer stärkerer Propaganda.[175] *Perz* geht bezüglich dieser letzten Anleihen

[171] Ebda. S. 37.
[172] Vgl. *Pogány* (2016), S. 582.
[173] Vgl. *Hochhauser* (1996), S. 65.
[174] Vgl. *Dohle* (2004), S. 471.
[175] Vgl. *Perz* (1989), S. 40.

verstärkt auf Tirol, Vorarlberg sowie Mähren ein. In Bezug auf die siebente Anleihe lohnt erneut ein Blick nach Linz, wo noch einmal kräftig für diese Anleihe im Gemeinderat geworben wurde:

> *„Der Staat ruft uns auf zur Beteiligung an der 7. Kriegsanleihe. Die Situation gegenüber jener Zeit, in der wir zur Beteiligung an der 6. Kriegsanleihe aufgerufen wurden, hat sich gründlich geändert. Dank der großartigen Erfolge, welche unsere Armee mit der verbündeten Deutschen im Süden errungen, dank der Vorgänge an der Ostfront und dank der Verhältnisse, die dort eingetreten sind, können wir wohl mit einer frohen Hoffnung und einer gewissen Wahrscheinlichkeit sagen, daß wir heute die letzte Kriegsanleihe zeichnen und der Friede nicht mehr fern ist."*[176]

Es gab aber auch kritische Stimmen, die mit der allgemeinen Kriegsmüdigkeit ab 1917 einhergingen und die kritisierten, dass weitere Kriegsanleihen den Krieg nur verlängern würden.[177]

Bezüglich der letzten Anleihe, der achten Kriegsanleihe, gibt es nicht viel zu berichten. Mit dieser Anleihe wurde zum ersten (und auch letzten) Male das Nominalergebnis der vorhererge-henden Anleihe nicht erreicht. Erwähnenswert ist außerdem, dass nun bereits beinahe Zweidrittel der Anleihenzeichner Großanleger waren.[178]

Folgende Wortmeldungen (ebenfalls aus dem Gemeinderat in Linz) fassen die traurige Bilanz des Krieges zusammen:

> *„Die Kriegsanleihe ist nicht bloß notwendig, damit wir uns auf militärischem Gebiete kräftig erhalten, sie ist [...] auch notwendig, damit wir die Schwierigkeiten im Inneren beseitigen. Denn eine Hauptursache der ungeheuren Teuerung ist nicht bloß der sehr bedauernswerte, tatsächlich vorhandene Wucher, sondern auch die Entwertung des Geldes, die dadurch herbeigeführt wurde, daß die Notenpresse arbeitet. Dem können wir nur dadurch begegnen, daß wir dieses Geldmachen eindämmen und dem Staat die Mittel, die er benötigt, auf anderem Wege zu geben. Wir nützen daher uns selbst und nicht bloß dem Staate. Wir nützen dem kleinen Mann, weil wir verhindern, daß ihm das Brot verteuert wird."*[179]

Besonders deutlich wird Josef Gruber (Sozialdemokrat), und fasst die Situation zusammen:

> *„Nur eines kann uns vor dem totalen Zusammenbruch retten, daß jetzt endlich einmal mit dem Krieg aufgehört wird. Denn mit jedem Tag ist das Elend sicherer und unabwendbarer. Man muß mit dem Bedauern feststellen, daß damals, als Gelegenheit gebo-*

[176] Gemeinderatssitzungsprotokoll Linz, 11. Sitzung, 7. Dezember 1917., zitiert nach: *Dohle* (2004), S. 471.
[177] Vgl. *Perz* (1989), S. 39.
[178] Vgl. *Hochhauser* (1996), S. 65.
[179] Gemeinderatssitzungsprotokoll Linz, 11. Sitzung, 7. Dezember 1917., zitiert nach: *Dohle* (2004), S. 473.

ten war – wenigstens an der Ostgrenze – die deutsche Säbelherrschaft uns den Krieg noch verlängert hat."[180]

Um den Überblick über die acht Anleihen nicht zu verliehen, sei hier eine kleine Tabelle eingefügt, die einen guten und klaren Überblick liefert[181]:

Kriegsanleihen	MRD Kronen	MRD Friedenskronen
1. Anleihe (November 1914)	2,201	1,789
2. Anleihe (Mai 1915)	2,688	1,680
3. Anleihe (Oktober 1915)	4,203	1,860
4. Anleihe (April 2016)	4,520	1,341
5. Anleihe (Nov./Dez. 1916)	4,468	0,783
6. Anleihe (Mai 1917)	5,189	0,679
7. Anleihe (November 1917)	6,046	0,729
8. Anleihe (Mai/Juni 1918)	5,814	0,405

Beschäftigt man sich mit dem Thema der Kriegsanleihenfinanzierung und den Finanzen der Monarchie im Ersten Weltkrieg, so stößt man immer wieder auf den Begriff der Friedenskrone, welcher auch in oben angeführter Tabelle benützt wird, um einen Vergleich herzustellen. Was genau beschreibt der Vergleich zwischen 2,2 Milliarden Kronen im November 1914 sowie der gegenübergestellten Friedenskrone?

Rechnet man die durch die erste Kriegsanleihe erwirtschafteten 2,2 Milliarden Kronen des Jahres 1914 in Friedenskronen um, so geschieht dies unter der Berücksichtigung der Vernichtung durch die Geldentwertung seit dem Jahre 1913 als noch Frieden herrschte.[182] Seit Beginn des Krieges 1914 bis Ende des Krieges 1918 vervielfältigten sich die im umlaufbefindenden Geldmittel von 2,1 Milliarden Kronen auf 33,5 Milliarden Kronen; die Lebenserhaltungskosten stiegen um das 16,4-fache.[183]

[180] Gemeinderatssitzungsprotokoll Linz, 11. Sitzung, 7. Dezember 1917., zitiert nach: *Dohle* (2004), S. 473.
[181] *Meelich* (1976), S. 221.
[182] Vgl. *Winkelbauer* (2010), S. 375.
[183] Vgl. Ebda. S. 377.

Um dieses Kapitel bezüglich der Kriegsanleihen zu beenden, sei noch darauf hingewiesen, dass die Methode Kriegsanleihe zur Kriegsfinanzierung in generell allen beteiligten Mächten durchaus verbreitetes und beliebtes Instrument zur Geldbeschaffung war. In den USA wurden vier sogenannte Liberty Loans aufgelegt und auch das United Kingdom bediente sich bis 1917 dreimal solcher Obligationsanleihen, welche hauptsächlich den Großteil des Haushaltdefizits finanzieren sollten.[184]

Sogar im September 1918 wurde im Rahmen einer Komiteesitzung diskutiert, wann denn mit der Werbung für eine nächste Kriegsanleihe begonnen werden sollte. Eine neunte Kriegsanleihe jedoch wurde nicht mehr aufgelegt.[185]

Über die nationalen Streuungen der Kriegsanleihenzeichner

Da die Kriegsanleihenzeichnungen einen großen Teil der finanziellen Mittel für die Kriegsführung darstellten, kann die Frage natürlich dahingehend gestellt werden, wer denn nun diese Anleihen zeichnete bzw. wer verantwortlich war für den Untergang der Monarchie.[186]

„Wer bezahlte den Untergang der Habsburgermonarchie? Zur nationalen Streuung der österreichischen Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg“ lautet der Titel einer Publikation von *Thomas Winkelbauer* vom Institut für österreichische Geschichtsforschung der Universität Wien.

Winkelbauer geht hierbei auf einige durchaus für meine Arbeit interessante Aspekte ein, auch wenn *Rauchensteiner* erwähnt, dass der Aufsatz *Winkelbauers* mit der von ihm in den Raum gestellten Fragestellung nicht nur positive Resonanz von Historikern erfuhr.[187]

Winkelbauer schreibt:

Bezüglich der Frage der Beurteilung der österreichischen Kriegsanleihen, muss daran erinnert werden, dass, nach den Deutschösterreichern, die Tschechen die ökonomisch stärkste Kraft in

[184] Vgl. *Pogány* (2016), S. 583.
[185] Vgl. *Perz* (1989), S. 40,
[186] Vgl. *Winkelbauer* (2004), S. 377.
[187] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 587.

Cisleithanien waren. Diese Volksgruppe beteiligte sich stark an den Zeichnungen der Kriegsanleihen. Im Besonderen spielte das (wohlhabendere) Bauerntum der Tschechen, sowie die tschechische Industrie und das Finanzkapital eine große Rolle; sie waren es hauptsächlich, die auf Seiten der Tschechen Anleihen zeichneten. Blickt man beispielsweise in die Bukowina, so zeichnet sich ein anderes Bild ab: in diesen Teilen der Monarchie wurden weniger Anleihen gezeichnet, da diese Gegenden extrem stark durch Kampfhandlungen verwüstet wurden. Kaum nennenswert sind auch die Zeichnungen der Italiener und Slowenen. Der Reichsverband der deutschen Sparkassen in Cisleithanien nennt hierbei folgenden Zahlen: für die erste Kriegsanleihe wurden nur 1,1 Millionen Kronen durch kroatisch-slowenische Banken gezeichnet, für italienischen lässt sich eine Summe von 2,7 Millionen beziffern. Dahingegen finden sich von tschechischer Seite 28 Millionen und von deutschen Sparkassen 471 Millionen Kronen. [188]

Der reine Vergleich nur zwischen den beiden Reichshälften also scheint sinnlos – konnten also gewisse Signale wie die Bereitschaft oder Nicht-Bereitschaft zur Unterzeichnung von Anleihen als ein Zeichen der Absage gegenüber der k.u.k.-Monarchie gewertet werden? *Rauchensteiner*

beantwortet dies klar und stellt fest, dass diese Absage nicht nur durch eine Abneigung gegenüber Banken gezeichnet war, sondern klar als Gegensignal zum Sieges- und Durchhaltewille gesehen werden kann.[189]

De jure wurde niemand gezwungen, Anleihen zu zeichnen, de facto jedoch konnte eine Verweigerung, wie im Falle der tschechischen Bank Zivnostenska banka zu einem Prozess wegen Hochverrats führen. Alle Teile der Bevölkerung sollten Anleihen zeichnen und die Statthalter waren angehalten, dafür Sorge zu tragen; selbst Kleinstanleger sowie Schulkinder sollten sich rege beteiligen. Eine widersprüchliche Kombination aus „Opfer für das Vaterland“ sowie „Sicheren Gewinn“ sollten zum Zeichnen anregen. Für Großanleger mag es interessant gewesen sein, dass Zeichner von über einer Million Kronen öffentlich in Zeitungen mit Namen genannt wurden. Circa 10% der Ausgaben für die Rüstung wurden durch Anleihen bestritten. Es wurde star-

[188] Vgl. *Winkelbauer* (2004), S. 381.
[189] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 587.

ker Druck auf die Produzenten ausgeübt, sollten diese nicht zeichnen, und gedroht, die Aufträge einzustellen oder schlicht weniger Rohstoffe zur Verfügung zu stellen.[190]

Winkelbauer geht auch auf die bereits zitierte Arbeit von *Perz* ein, und widerspricht diesem bezüglich des Punkts, dass eine Trennung nach Nationalitäten betreffend der Zeichnungen für die Kriegsanleihen nicht möglich sei und dass die Anleihen quer durch alle Schichten sowie Volksgruppen gezeichnet wurden. *Winkelbauer* hält dies für falsch. *Winkelbauer* stützt sich hierbei auf einen Lagebericht des k.u.k. Kommandos in Prag, in welchem 1915 festgehalten wird, dass 85% der Unterzeichner der ersten Kriegsanleihe deutscher Herkunft, und dagegen nur 15% tschechischer Herkunft seien.[191] Folgende Rechnung verdeutlicht dies:

> *„Bei der 2. Kriegsanleihe wurden in Böhmen nach Berechnungen der Statthalterei insgesamt ca. 666 Millionen Kronen gezeichnet, von denen etwa 82,4 Prozent auf die deutsche Bevölkerung und 17,6 Prozent auf die tschechische Bevölkerung entfielen. Da die Tschechen in Böhmen 63,2 Prozent der Bevölkerung stellten, entfielen auf den Kopf der Bevölkerung bei den Tschechen durchschnittlich 27,6 Kronen, bei den Deutschböhmen 222,3 Kronen. Auf eine Krone steuerpflichtigen Einkommens entfielen bei den Tschechen nur 0,18 Kronen, bei der deutschböhmischen Bevölkerung hingegen rund 1 Krone, also mehr als das Fünffache*."[192]

Auch die slowakischen Banken gerieten durch den Krieg in eine prekäre Lage: die staatliche Kontrolle über diese Bankhäuser trat in Kraft und die kleinen slowakischen Banken kämpften mit den hohen Zinsen mit denen die Kriegsanleihen versehen waren. Sie schlossen sich deswegen zusammen. Ab diesem Zeitpunkt trafen wirtschaftliche und politische Ziele aufeinander, das Szenario eines möglichen tschecho-slowakischen Staates wurde angedacht, da weder die Banken, noch die Unternehmen von der Kriegswirtschaft kaum profitieren konnten.[193] Diese Bankpolitik kann jedoch durchaus als Indiz herzugezogen werden, um zu beleuchten, wie sehr Bankhäuser denn bereit waren, ein gewisses Risiko auf sich zu nehmen (und somit durch

[190] Vgl. *Winkelbauer* (2004), S. 378-379.
[191] Vgl. Ebda., S. 382.
[192] Ebda. S. 382-383.
[193] Vgl. Dušan *Kováč,* Die Flucht der Slowaken aus dem ungarischen Staatsverband. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band XI/1/2. Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (Wien 2014). S. 747-748.

Kriegsanleihen für den Weiterbestand der Monarchie Mittel bereitzustellen).[194] *Winkelbauer* sieht bezüglich der tschechischen Bereitschaft ab der dritten Kriegsanleihe eine Art Wende:

> *„Bei der 3. Kriegsanleihe holten die Tschechen - unter dem Druck der politischen und der Militärbehörden, vielleicht auch unter dem Eindruck der russischen Niederlage in Galizien - leicht auf: Von dem in Böhmen insgesamt gezeichneten Betrag von 1.062 Millionen Kronen entfielen angeblich 80 Prozent auf die deutsche und 20 Prozent auf die tschechische Bevölkerung. Einer Krone steuerpflichtigen Einkommens entsprach auf deutscher Seite eine Anleihezeichnung von 1,57, auf tschechischer Seite von 0,33 Kronen. Die Gesamtzeichnung bei der 5. Kriegsanleihe betrug in Böhmen 1.179 Millionen Kronen, wovon rund 72,5 Prozent auf die „deutschen Kreise Böhmens" entfallen sein sollen."*[195]

Um den Rahmen dieses kleinen Sub-Kapitels nicht zu sprengen, kann bezüglich der Frage, wer diesen Krieg der Habsburgermonarchie bezahlte, folgendes festgehalten werden:

Die Unterzeichner der Kriegsanleihen für die k.u.k. Monarchie waren wohl zum größten Teil deutsch-österreichische Groß- sowie Kleinbürger aus Wien sowie den anderen Alpenländern. Einen großen Teil weiter machten die deutschsprachigen Regionen Böhmens & Mährens und auch Schlesiens aus.[196] Zitat *Winkelbauer:*

> *„Die anderen Nationen waren mit großer Wahrscheinlichkeit alle in einem deutlich niedrigeren Verhältnis an der Zeichnung der Kriegsanleihen beteiligt, als ihrer Bevölkerungszahl bzw. ihrer Wirtschafts- und Steuerkraft entsprochen hatte. Wenigstens annähernd quantifizieren lässt sich diese Unterrepräsentation nur im Falle der Tschechen. Der Anteil des tschechischen Bürgertums am Erwerb und Besitz der Kriegsanleihen dürfte noch deutlich niedriger gewesen sein, als die für die tschechischen Banken und Sparkassen angeführten Zahlen signalisieren, da in diesen auch die Zeichnungen eines Teils des nicht national sondern kaiserlich gesinnten Adels der böhmischen und österreichischen Länder sowie die der deutschösterreichischen Kunden der Wiener Filiale der Zivnostenská banka inkludiert sind. In welchem Umfang diesen Zeichnungen auch Zeichnungen tschechischer Kunden der Wiener Banken gegenüberstanden, wäre natürlich zu berücksichtigen, lässt sich aber kaum abschätzen."*[197]

Falsch wäre es aber nun, ausgehend von diesen Tatsachen einen Vorwurf gegenüber „den" Tschechen abzuleiten, man machte sich aber nach Ende des Krieges viele Gedanken darüber. So wurde auch von deutschnationalgesinnten Personen eine Dokumentation erstellt, die sich ganz

[194] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 587.
[195] *Winkelbauer* (2004), S. 383.
[196] Vgl. Ebda. S. 394.
[197] Ebda. S. 394.

fokussiert mit dem Verhalten der Tschechen im Ersten Weltkrieg beschäftigt.[198] So finden sich in dem 1918 veröffentlichten Werk „Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg“ auf Seite 106 ganze Anklagepunkte, die sich gegen einen gewissen *Dr. Preiß* richten.[199] *Jaroslav Preiß* war der verantwortliche Direktor eines Bankwesens für Böhmen und Mähren, nämlich der Živnostenská banka. Diese Bank versuchte sich an dem Anleihengeschäft nicht zu beteiligen; andere Banken folgten dieser Politik. *Jaroslav Preiß* wurde schließlich 1916 verhaftet und beschuldigt, Werbung für Anleihen in seinen Bankfilialen verboten zu haben und vor den Anleihen warnte und abriet. Interessanterweise gehörte diese Bank aber zu jenem Bankenkonsortium, das von der Österreichischen Postsparkasse angeführt wurde.[200]

Weiter in der Anklageschrift der *Deutschnationalen Geschäftsstelle* heißt es:

> *„Hier zeigte sich die wahre Gesinnung eines Großteils der Tschechen vielleicht am augenfälligsten* [Bezüglich der Kriegsanleihen, Anmerkung des Verfassers]; *aber ihr passives Verhalten war auch von den bedenklichsten Folgen für die Schlagkraft der Monarchie begleitet. [...] Die Anklageschrift sagt: [...].“*[201]

Es mag auch etwas naiv gewesen sein, von Seiten der Tschechen enorme Kriegsbejahung und Treue zu erwarten, wurden doch in den Jahrzehnten zuvor jede Art von Bestrebung einer tschechischen Autonomie durch das Militär unterdrückt.[202]

Zum Abschluss verdeutlicht folgende Tabelle die finanziellen Beteiligungen in Form von Anleihen in der Monarchie:[203]

Kriegsanleihen in Milliarden Kronen		
	Cisleithanien	Transleithanien
1. Kriegsanleihe (November 1914)	2,20	1,23
2. Kriegsanleihe (Mai 1915)	2,69	1,13
3. Kriegsanleihe (Oktober 1915)	4,20	2,27
4. Kriegsanleihe (April 2016)	4,52	1,94

[198] Vgl. Ebda. S. 394.
[199] Vgl. *Deutschnationale Geschäftsstelle* (Hrsg.), Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg (Wien 1918) S. 106.
[200] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 588.
[201] *Deutschnationale Geschäftsstelle* (1918), S. 106.
[202] Vgl. *Winkelbauer* (2004), S. 394.
[203] Tabelle entnommen aus: *Rauchensteiner* (2013), S. 596.

5. Kriegsanleihe (Nov./Dez. 1916)	4,47	2,36
6. Kriegsanleihe (Mai 1917)	5,19	2,55
7. Kriegsanleihe (November 1917)	6,05	3,95
8. Kriegsanleihe (Mai/Juni 1918)	5,81	3,16

Ausländische Kredite/Anleihen

Die Mittelmächte befanden sich einer definitiv nachteiligeren Situation als die Entente, der es durchaus möglich war, sich des Auslandes für die Kriegskostendeckung zu bedienen. Das englische Weltreich sowie auch Frankreich verfügten über ein gut ausgebautes und funktionierendes Netzwerk um auf internationale Geldmärkte zurückgreifen zu können. Selbst den kleineren Verbündeten war es so möglich, Kredite aus den USA oder aus Großbritannien zu bekommen und es gab eine starke wirtschaftliche Zusammenarbeit. Deutschland sowie die k.u.k. Monarchie hatten diese Möglichkeit nicht, sie konnten sich nur in sehr begrenztem Rahmen solcher Auslandkredite bedienen.[204] Es darf nicht vergessen werden, dass aufgrund der Blockade durch die Entente die Mittelmächte immer isolierterer wurden. Auf Hilfe aus dem Ausland konnte also nicht gehofft werden, lediglich die Ausbeutung besetzter Gebiete sowie die wirtschaftlichen Kontakte zu den neutralen Ländern schienen eine Möglichkeit, um an weiteres Geld zu kommen.[205] Ende des Jahres 1916 einigten sich österreichische sowie ungarischen Banken mit Kreditinstituten in Holland und man einigte sich auf einen neuen Kreditvertrag. Hauptsächlich sollte dieses Geld für den Import neuer Lebensmittel verwendet werden, hierzu bediente man sich einer Anleihe in Höhe von 8,4 Millionen holländischen Gulden. Auch schwedische sowie dänische Kredite wurden aufgenommen, diese sollten den Kriegsgefangenen in Russland medizinische Versorgung und Lebensmittel garantieren.[206]

Auch mit den USA wurde versucht, Kontakt aufzunehmen:

> *„Verhandlungen wurden auch über amerikanische Lebensmittellieferungen geführt: An der Jahreswende 1916/17 trat die Credit-Anstalt durch Vermittlung des Bankhauses*

[204] Vgl. *Pogány* (2016), S. 588-589.
[205] Vgl. *März* (1981), S. 195.
[206] Vgl. *Pogány* (2016), S. 592.

Warburg mit der New Yorker Bank Kuhn, Loeb & Co. in Verbindung, mit deren Hilfe man die Finanzierung der Warenlieferungen sicherstellen wollte. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg verhinderte allerdings – trotz der fortgeschrittenen Verhandlungen – die Verwirklichung des Planes."[207]

Ausplünderung besetzter Gebiete

Um die katastrophale finanzielle Lage der Monarchie etwas zu verbessern, schien es sinnvoll, (Kriegs-)Steuern in den besetzten Ländern einzuführen. Laut Vorschrift der Haager Landkriegsordnung war dies nur möglich, wenn die hieraus erwirtschafteten Gelder für die Organisation bzw. Verwaltung des besetzten Gebietes herangezogen wurden. Wurde ein Gebiet besetzt, so wurde sofort mit der Einhebung einer solchen Steuer begonnen, einzig in Serbien wurde darauf verzichtet, da die Not im Land schon schlimm genug war.[208] Interessanter erscheint die Lage in der Ukraine.

Kaiser Karl appellierte an den Kommandanten der 2. Armee, die in der Ukraine stationiert war, dass ein verstärkter Export von Nahrungsmitteln erfolgen zu haben sollte. Dies sei die wichtigste Aufgabe und von äußert kriegsentscheidender Bedeutung, es wurde auch aufgefordert, diese Aktion auch mit Gewalt durchzuführen, sollte dies nötig sein. Dieser Befehl des Kaisers wurde sofort an die Truppe weitergeleitet und erneut ermahnt, dass die Ausfuhr auf jeden Fall zu erfolgen haben, auch wenn von Seiten ukrainischer Behörden Beschwerde eingelegt werde. Dem Kommandanten, Eduard von Böhm-Ermolli, standen hierfür 100 Millionen zur Verfügung, die für Einkäufe gebraucht werden sollten.[209]

Bezüglich der Besatzungskosten wurden mit der Ukraine keine Übereinstimmungen getroffen, man wollte dies aus politischen Gründen nicht. Somit musste die Monarchie die Besatzungskosten aus eigener Tasche bezahlen.[210]

---

[207] *Pogány* (2016), S. 593.
[208] Vgl. Tamara *Scheer,* Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg (Frankfurt am Main 2009). S. 72.
[209] Vgl. Wolfram *Dornik,* Johannes *Gießauf,* Walter M. *Iber* (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert (Innsbruck 2010). S. 475.
[210] Vgl. *Scheer* (2009), S. 73.

Mit Polen hingegen wurde verhandelt. Überlegungen Seitens Österreich-Ungarns waren, alle Staatsgewalt ab 1. 12. 1918 den lokalen Behörden zu übergeben, die Besatzkosten jedoch von diesem Datum an selbst zu tragen seien. Diese Forderung wurde von der polnischen Regierung abgelehnt; die Auflösung der Monarchie brachte natürlich keine weiteren Verhandlungen hierüber.[211]

Entstehung und Verlauf der Inflation in der k.u.k. Monarchie

Aufgrund der starken Beanspruchung der Notenbank war die durch den Krieg bedingte Inflation in Österreich höher als in den Staaten der anderen Kriegsteilnehmer. Auch die kaum vorhandene Preisregulierung tat ihr übriges, schon bereits 1914 stiegen die Lebenskosten um bis zu 70% an. Zwei Jahre nach Kriegsbeginn, 1916, lässt sich für den Index der Lebenserhaltungskosten eine Steigerung auf 336 feststellen (Annahme: Juli 1914, Indexstand: 100). Im Jahre 1917 kletterte dieser Index auf 671 um zu Ende des Krieges im Jahre 1918 einen Stand von 1162 erreicht zu haben. Mit Fortschreiten des Krieges kam es quasi jedes Jahr zu einer Erhöhung der Preise um 100%. Sieht man sich die Kaufkraft der Krone während des Krieges an, so war sie auf ein Sechzehntel im Vergleich zur Friedenskrone gesunken.[212] *Schulze* führt ähnliche Zahlen an (auch hier: Indexstand 100 für Juli 1914) und beziffert für den Dezember 1914 die im Umlauf befindliche Währung mit 168%. Im Jahr 1915 stieg dieser Wert auf bereits extrem hohe 234% an. 1916 waren es 356%, 1917 602% und 1918 extreme 1167%. Für die Lebenshaltungskosten lassen sich ähnliche Zahlen anführen. Im Dezember 1914 betrugen sie bereits 129% im Vergleich zum Juli desselben Jahres. Im Dezember 1916 waren es schon 615% und im Oktober 1918 unglaubliche 1589%.[213]

In Ungarn verlief die Inflation etwas anders. Bis ins späte Jahr 1915 stiegen die Preise ähnlich wie in Cisleithanien an; manchmal sogar etwas stärker. Nach diesem Jahr stiegen die Preise in der österreichischen Hälfte stärker an, da Ungarn eine weit bessere Verteilung der Lebensmittel durchführte und auch nicht so stark auf die Notenbank zur Geldbeschaffung zurückgriff. Zu En-

[211] Vgl. Ebda. S. 73.
[212] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 229-330.
[213] Vgl. *Schulze* (2005), S. 100.

de des Krieges war Cisleithanien für 72% der Schulden gegenüber der Bank verantwortlich, verursachte durch eine extrem expansive Finanzpolitik. Zusammenfassend kann festgehalten weren, dass die Monarchie nicht in der Lage war, die Inflation aufzuhalten. Hinter der Idee mehr und mehr Geld zu drucken und in den Umlauf zu bringen, stand keinesfalls eine längerfristige Finanzplanung für die Zukunft, vielmehr war es der verzweifelte Versuch, durch mehr Geldmittel einen besseren Zugriff auf den immer kleiner werdenden Markt und den immer weniger zur Verfügung stehenden Gütern zu haben.[214] Der Staat kann schließlich soviel Geld drucken, wie er möchte.

Entscheidend für die Inflation ist natürlich das sich im Umlauf befindliche Geldverkehrsmittel.[215] Folgende Tabelle zeigt das Ausmaß der Inflation[216]:

Zeitpunkt	Summe der umlaufenden Zahlungsmittel	Plus im Vergleich mit dem vorigen Halbjahr	Plus im Vergleich mit 1914 (Indexzahl)
Kronen			
31. Juli 1914	3.429,227.000	-	100
31. Dezember 1914	5.563,770.000	3.134,533.000	191
30. Juni 1915	7.138,808.000	1.575,038.000	208
31. Dezember 1915	7.435,164.000	296,356.000	216
30. Juni 1916	9.663,909.000	2.228,745.000	281
31. Dezember 1916	11.313,603.000	1.649,694.000	329
30. Juni 1917	13.125,037.000	1.811,434.000	382
31. Dezember 1917	20.398,044.000	7.273,007.000	594
30. Juni 1918	25.436,791.000	5.038,747,000	741
26. Oktober 1918	33.528,693.000	8.091,902.000	977

[214] Vgl. Ebda. S. 101.
[215] Vgl. *Gratz, Schüller* (1930). S. 180.
[216] Tabelle entnommen aus: Ebda. S. 181.

Der durchschnittliche Banknotenumlauf lässt sich auf 2.300 Millionen beziffern, gültig für Jahre 1911 bis 1913. Als die Armee langsam mit der Mobilisierung begann, lag die Geldzirkulation bei 2.130 Millionen Kronen. Ab der Woche ab dem 23. Juli (Ultimatum an Serbien) bis zum 31. Juli. 1914 kam es zu einer enormen Vergrößerung der Geldmittel.[217]

Entwicklung der Wirtschaft des Deutschen Kaiserreichs von 1871 bis 1914

Die Reichsgründung 1871

Nach dem Sieg im Krieg von 1866 gegen Österreich und seine Verbündeten, gelang es Preußen die norddeutschen Staaten zusammenzuschließen und die Gründung eines neuen Reiches war nur eine Frage von einiger Zeit. Unter preußischer Führung kam es bekanntlich fünf Jahre später zu einer ebensolchen Gründung, interessanterweise in einem besiegten Feindesland: in Frankreich. Dass die Reichseinigung mit dem Besiegen eines wirtschaftlich potenten Landes einherging, stärkte natürlich in Form einer Wechselwirkung die Wirtschaft im Zweiten Deutschen Reich.[218]

Es gab nun einen neuen Staat mitten in Europa, welcher über 41 Millionen Einwohner aufweisen konnte. Allein dies war genug, um neue wirtschaftliche Modelle zu etablieren. Auch die komplette Finanz, Handels- sowie Banken- und Geldpolitik musste neu gedacht und den neuen Verhältnissen angepasst werden: die süddeutschen Staaten sollten integriert werden und mit Elsaß-Lothringen gab es nun ein neues Reichsland.[219]

Wirtschaftlich gesehen herrschte eine liberale Einstellung und durch die Gründung des Reiches konnte nun auch das Wirtschaftsrecht vereinheitlicht werden und eine Personen sowie Warenfreizügigkeit wurde eingeführt. Auch bediente man sich des metrischen Systems und lokale Eigenheiten für Gewichte und Maße wurden von nun an einheitlich eingeführt.[220] Auch bezüglich der Zölle machte man sich Gedanken, die sich in der Zolltarifreform von 1879 niederschlugen.

[217] Vgl. *März* (1981), S. 213.
[218] Vgl. Gustav *Stolper,* Deutsche Wirtschaft 1870-1940 (Stuttgart 1950). S. 19
[219] Vgl. Hubert *Kiesewetter,* Industrielle Revolution in Deutschland. Regionen als Wachstumsmotoren (Stuttgart 2004). S. 79.
[220] Vgl. Ebda. S. 20.

Überall im Reich wurde dies als große Zäsur wahrgenommen, als ein Einschnitt in der Geschichte des noch jungen Reiches.[221] *Spree* führt weiter aus widerspricht etwas diesem liberalen Geist des Freihandels:

> *„1879 markiert nicht nur eine Zäsur in der Handelspolitik des Deutschen Reiches, beendet nicht nur die Hochblüte des europäischen Freihandels, fällt vielmehr auch – scheinbar paradox – mit dem Übergang zum modernen weltwirtschaftlichen System des Industriezeitalters zusammen. Dieses System besaß seine charakteristische Struktur mit zwei geographischen Zentren in Nordwesteuropa und in den USA, ergänzt von Randkernen in Ostasien und Ozeanien.“*[222]

Bei der Reichsgründung 1871 lässt sich von einem Industrie-Staat Deutschland wohl kaum sprechen. Das Gegenteil war der Fall: 49% der Bevölkerung fanden Erwerb im Agrarsektor (inkludiert: Forstwirtschaft und Fischerei) nur 29% im Bereich des industriellen Sektors und nur 22% im Bereich tertiärer Sektor.[223]

Die französischen Kriegsentschädigungen und Aufbau des Reichskriegsschatzes

Beschäftigt man sich mit dem Thema des Reichskriegsschatzes, welcher ab 1871 angehäuft werden sollte, so stößt man immer wieder auf einen Begriff, auf den an dieser Stelle unbedingt eingegangen werden muss, dem Juliusturm.

Der Juliusturm steht für eine Form einer spezifischen Finanzpolitik, welche auf das 18. Jahrhundert zurückgeht. Friedrich II. hinterließ zwei Testamente, in welchen er Ideen darstellte, die den Staat stärken und für sein Wachstum förderlich sein sollten. Hierfür sollten 20 Millionen Taler in Form eines Schatzes angelegt werden, um im Falle eines Krieges hierauf zurückgreifen zu können. Dieser preußische Schatz wurde nun in Berlin in der Festung Spandau aufbewahrt.[224] Friedrich der Große schrieb in Voraussicht in seinem zweiten politischen Testament:

---

[221] Vgl. Reinhard *Spree* (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert (München 2001). S. 92.
[222] Ebda. S. 92.
[223] Vgl. Gerd *Hardach,* Deutschland in der Weltwirtschaft 1870 – 1970. Eine Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Frankfurt 1977). S. 32-33.
[224] Vgl. Peter *Marschner,* Die Argumentation in der Kontroverse um den sogenannten „Juliusturm“ (Dissertation Universität Marburg 1964). S. 5.

„Ist es nicht vernünftiger, gerechter und menschlicher, seine Ausgaben in Friedenszeiten zu beschränken und alljährlich eine Summe zurückzulegen, auch wenn sie aus dem Verkehr gezogen wird, statt in Kriegszeiten seine Zuflucht zu Anleihen, Gaunereien und schlimmen Praktiken zu nehmen ..., und die Steuern beim ersten Kanonenschuß zu verdoppeln und zu verdreifachen?"[225]

Der Reichskriegsschatz von 1871 wurde durch die Reparationszahlungen Frankreichs an Deutschland gegründet. Per Gesetz wurde festgehalten, dass 40 Millionen Gold als gemünzte Taler in eben jenem Juliusturm aufbewahrt werden sollten. Dieser Schatz hatte nur einen Zweck und zwar jenen, im Falle einer Mobilmachung genügend Mittel zur Verfügung zu haben.[226] Ganze fünf Milliarden Francs wurden an Deutschland gezahlt, aufgeteilt auf unterschiedliche Mittel: 4.248 Millionen Franc wurden in Form von Wechseln ausbezahlt, 273 sowie 239,2 Millionen Franc in Form von

sowie Silber, 105 Millionen Mark die die Truppen für die Okkupation benötigt hatten, und noch einmal 325 Millionen Francs, da die Ostbahn abgetreten wurde (Paris – Straßburg, diese Bahnverbindung wurde angerechnet auf die Entschädigungszahlungen). Im Herbst 1873 erfolgte die letzte Zahlung von Frankreich.[227]

Es kann somit von echten Reserven gesprochen werden, da eine Anhäufung von Edelmetallen wie Gold und Silber in einem auf eben diesen Metallen basierenden internationalen Währungssystems extrem wichtig waren.[228] Bezüglich des Goldstandards irrten viele Ökonomen gewaltig. Man dachte, dass der Goldstandard auch zu Zeiten des Krieges die Finanzmärkte weiter so regeln werde wie in Zeiten des Friedens und dass die Aufhebung dieses Standards nach dem Krieg wieder rückgängig gemacht werden könnte.[229] Später mehr hierzu aber in einem anderen Kapitel.

Im Vergleich mit England oder Frankreich fällt auf, dass sich diese zwei späteren Kriegsgegner der Mittelmächte kaum bzw. gar nicht um die Anhäufung eines solchen Kriegsschatzes bemühten. Dies mag an der Meinung von Merkantilisten bzw. Physiokraten in Frankreich gelegen ha-

[225] Friedrich der *Große,* Die politischen Testamente 2. Auflage. (München 1936). S. 42., zitiert nach: *Marschner* (1964), S. 5.
[226] Vgl. Ebda. S. 6.
[227] Vgl. *Kiesewetter* (2004), S. 80-81.
[228] Vgl. Dieter *Pröttel,* Der Juliusturm. Tatsachen und Würdigung (Dissertation Universität Basel 1963). S. 7
[229] Vgl. Hew *Strachan,* Financing the First World War (Oxford 2004). S. 5.

ben, die eine solche Art der Staatsschatzbildung als hemmend für die Geldzirkulation gesehen haben. [230]

Die Entwicklung der Industrie in Deutschland ab 1871

Die Frage nach der Besonderheit der industriellen Entwicklung in Deutschland stellt *George W. F. Hallgarten:* Ausgegangen wird davon, dass es in Westeuropa soziale Voraussetzungen für die Entwicklung auf industriellen Gebiet gab, in Deutschland aber dies kaum der Fall war. Blickt man zum Beispiel nach England, so entstand die notwendige gesellschaftliche Form für Industrialisierung weit früher als in Deutschland. Es würde den Rahmen sprengen hier auf zu detaillierte Analysen und Vergleich einzugehen, aber Pest und Nahrungsmittelknappen beispielsweise legten in England den Grundstein, da sie zu einer Verkleinerung des Bauernwesens führten und eine Steigerung von freier Arbeit brachten. Die feudale Gesellschaftsform ging langsam unter und bereite die Grundlage für einen Aufschwung des Industrialismus.[231]

In Frankreich dauerte diese Entwicklung bedeutend länger und auch die Industrialisierung erfolgte nicht so breit wie in England. Die Verwaltung war zu zentralistisch und das Misstrauen der Bürger und Bauern ihr Geld an Banken zu verleihen zu groß, auch das kaum vorhandene Eisenbahnnetz mag eine Rolle gespielt haben.[232]

Zurück aber wieder zur Industrialisierung in Deutschland.

Hier dauerte dieser Vorgang ebenfalls länger, da die Entwicklung der Industrie vom Staate abhing und dieser Staat von einem nicht gerade dem Bürgertum wohlgesonnen Adel bestimmt wurde, sowie zweitens, dass es eben sehr spät zur Errichtung eines deutschen Staates kam.[233]

[230] Vgl. Klaus *Lapp,* Die Finanzierung der Weltkriege 1914/18 und 1939/45 in Deutschland. Eine wirtschafts- und finanzpolitische Untersuchung (Dissertation Universität Nürnberg 1957). S. 34.
[231] Vgl. George W. F. *Hallgarten,* Joachim *Radkau,* Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute (Frankfurt am Main, Köln 1974). S. 21-22.
[232] Vgl. Ebda. S. 22.
[233] Vgl. Ebda. S. 30.

Im Jahre der Reichsgründung 1871 war das Deutsche Reich mit einem Nationaleinkommen von 17,2 Milliarden Mark drittgrößte Volkswirtschaft weltweit. Angeführt wurde diese Liste von den Vereinigten Staaten von Amerika, das 27,3 Milliarden Mark erwirtschaften konnte. Großbritannien lag mit 21,3 Milliarden auf Rang zwei dieser Liste, gefolgt von Frankreich mit 15,4 Milliarden. Es gelang dem Deutschen Reich jedoch bis kurz vor Kriegsbeginn 1913 auf Platz zwei aufzuholen, nun mit einem Nationaleinkommen von 53,7 Milliarden Mark (Vergleich USA: 118,7 Milliarden Mark). Gegenüber den USA lässt sich vor allem eine deutliche Überlegenheit im Wachstum des Sozialprodukts Pro-Kopf erkennen.[234] Einige Jahre zuvor dominierte jedoch eher die Frage, ob Deutschland denn Industrie- oder Agrarstaat sei.[235]

Die Frage, die man sich stellte:

> *„War es noch ein Agrarland mit starker industrieller Basis oder hatte es sich bereits zu einem Industrieland mit ausgeprägter Landwirtschaft entwickelt?“*[236]

Seit dem Jahre 1896 wurde diese Thematik immer heftiger diskutiert, da in diesem Jahr Ergebnisse von statistischen Untersuchungen veröffentlicht wurden. Diese Ergebnisse waren durchaus verblüffend: lediglich 37,5% waren in der Landwirtschaft tätig und schon 36,3% im Bereich der Industrie.[237]

Um auf die Wachstumsraten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zurückzukommen, zeigt folgende Tabelle einen Vergleich mit anderen Nationen (Wachstumsrate im Durchschnitt pro Jahr in Prozent)[238]:

1870-1913	
Deutschland	1,8
USA	2,2
Großbritannien	1,3
Frankreich	1,4

[234] Vgl. Carsten *Burhop,* Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871-1918 (Göttingen 2011). S. 50-51.
[235] Vgl. *Spree* (2001), S. 50.
[236] Ebda. S. 50.
[237] Vgl. Ebda. S. 50.
[238] Tabelle entnommen aus: Gerd *Hardach,* Deutschland in der Weltwirtschaft 1870-1970. Eine Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Frankfurt/Main, New York 1977). S. 29.

Japan	1,7

Der Krach von 1873

Selbstverständlich blieb auch das Deutsche Kaiserreich von der Panik oder Großen Depression des Jahres 1873 nicht verschont:

Die Reichsgründung im Jahre 1871 brachte nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung, vielmehr sah man sich bereits 1873 mit einer der größten Krisen konfrontiert. Besser auf die Wirtschaft ausgewirkt haben dürften sich jedoch die anderen Jahre der Siebziger, in welchen eine einheitliche Währung sowie ein einheitliches Rechtwesen festgelegt wurde. 1875 schließlich kam es zur Etablierung des Goldstandards und eine Zentralbank wurde geschaffen.[239]

Die 1860er Jahre standen noch im Zeichen des Aufschwunges, schließlich gab es viele neue Erfindungen wie Dynamit, das Telefon, den Gasmotor oder den Eisenbeton – mit dem Jahre 1873 änderte sich dies jedoch schlagartig.[240]

Hardach hierzu:

> *„Den Wendepunkt sowohl zur imperialistischen Struktur der Weltwirtschaft als auch für den Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Organisierten Kapitalismus in den entwickelten Industrieländern markiert die Große Depression im Anschluß an die Krise von 1873. Konstituierend für die Große Depression sind Preisfall und Produktionsrückgang, und je nachdem, wie man den Schwerpunkt setzt, ergibt sich eine unterschiedliche Datierung bzw. Dauer der Depression."*[241]

Zu jener Zeit war Berlin als Reichshauptstadt Stammsitz der Börsen. 1871 wurden alleine in der Stadt Berlin 104 neue Formen von Aktiengesellschaften gestiftet, die über ein finanzielles Volumen von 241 Millionen verfügten. 1872 schätze man den täglichen Umsatz an der Börse in Berlin auf ca. 20-30 Millionen Mark.[242] Der Boom an der Börse sowie die darauffolgende Krise

[239] Vgl. Jörg *Fisch,* Europa zwischen Wachstum und Gleichheit. Handbuch der Geschichte Europas. Band 8 (Stuttgart 2002) S. 84-85.
[240] Vgl. *Hallgarten, Radkau* (1974), S. 33.
[241] *Hardach* (1977), S. 33.
[242] Vgl. *Kiesewetter* (2004), S. 83.

hatte aber keinen deutschen Ursprung: die komplette industrialisierte Welt war vernetzt und internationales Kapital drängte an die deutsche Börse in Form von Eisenbahnpapieren.[243]

Erst nach ungefähr sechs Jahren erreichte die Krise den konjunkturellen Tiefpunkt. Im Gegensatz zu den Krisen zuvor, die stets Agrarkrisen waren, war diese neue Krise beinahe zur Gänze aus Überspekulation und Überproduktion entstanden. Eine starke Ernte in den USA und ein Aufschwung in Frankreich führte jedoch zu einer neuen, starken Nachfrage nach Produkten aus Deutschland[244] – die Wirtschaft konnte sich stabilisieren.

Ende der Krise und Phase des erneuten Aufschwungs

Nach der Krise kam es zu einem stark ausgeprägten Optimismus, der sich auch im Wirtschaftsbürgertum widerspiegelte. Ganz besonders stark entwickelten sich die Sektoren Maschinenbau sowie Apparatebau und mit ihnen ähnliche Zweige der Industrie, gleichzeitig aber wurden die Bereiche der Industrie, denen man noch den Beginn der Industriellen Revolution verdankt hatte, relativ bedeutungsarm (natürlich verschwanden sie nicht komplett). Auch der Wohnungsbau wuchs und wuchs, die Bevölkerung vermehrte sich stark und eine Landflucht setzte ein – und brachte Kapital für weiteres Wachstum und Investitionen.[245] *Mommsen* nennt hier zwei wichtige Bereiche, in denen Deutschland führend war:

Die Chemie- sowie die Elektroindustrie. In diesen zweien Industriezweigen gelang es Deutschland, die übrigen europäischen Länder zu überholen und eine dominante Stellung auf dem Weltmarkt zu erringen (wenngleich auch die Vereinigten Staaten nicht eingeholt werden konnten). Ganz besonders stark zeigte sich der Aufschwung im Bereich der Chemieindustrie: in den Jahren von 1890 bis zum Jahre vor Kriegsbeginn 1913, konnte die Produktion chemischer Erzeugnisse vervierfacht werden. [246]

[243] Vgl. Ebda. S. 87.
[244] Vgl. Ebda. S. 88.
[245] Vgl. Wolfgang J. *Mommsen,* Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918 (Berlin 1995). S. 13.
[246] Vgl. Ebda. S. 13.

Der Außenhandel des Reiches

Als es zur finanziellen Kriegsvorbereitung im Deutschen Reich kam, stieß die Monarchie durch die Finanzierung von Importüberschüssen schnell an ihre Belastbarkeit. Bevor es zum Ersten Weltkrieg kam, spielte Deutschland eine durchaus große Rolle in der Weltwirtschaft. Ein Jahr vor Beginn der Kriegshandlungen exportierte Deutschland Waren im Wert von 10 Milliarden Mark und importierte Waren im Wert von 11 Milliarden Mark. 1914 gelang es der stärkeren britischen Marine, die Häfen der Mittelmächte vom Weltmarkt abzuschnüren, was Deutschland besonders hart traf. Versuchte man Anfangs noch dieser Blockade aus dem Weg zu gehen und den Handel über die Häfen anderer, neutralen Staaten abzuwickeln, so wurde die Blockade immer stärker und stärker überwacht. Im Rahmen des stark eingeschränkten Außenhandels versuchte die Monarchie so viele Güter wie möglich zu importieren.[247]

Die Finanzierung bezüglich Importe verschlechterte sich immer weiter:

> *„Die Importfinanzierung verschlechterte sich 1917 weiter. In einer gemein- samen Besprechung von Reichsregierung und Reichsbank im Juni 1917 hieß es, dass die Lage des deutschen Außenhandels äußerst ernst sei und auf eine Krise zustrebte. Die Reichsbank sah keine Lösung der Krise. Sie bot Markbeträge auf neutralen Plätzen an, beschleunigte dadurch aber den Kursverfall der Mark. Inzwischen war auch ein erheblicher Teil der sorgsam gehüteten Goldreserve im neutralen Ausland verkauft worden, um kriegswichtige Einfuhren zu finanziere. So trug neben der Blockade auch der Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten zum Rückgang der deutschen Einfuhr bei.“*[248]

Eines der wichtigsten ökonomischen Ziele war das Ein- oder sogar Überholen Englands und dessen Platz einzunehmen.[249] Als Ausfuhrland stand 1880 Deutschland noch an vierter Stelle, hinter Großbritannien, Frankreich sowie den USA. Bis zum Beginn des Weltkrieges gelang es aber, auf den zweiten Platz vorzurücken und hinter den USA zu halten.[250] Folgende Tabelle veranschaulicht das Ausmaß des deutschen Außenhandels[251]:

[247] Vgl. Gerd *Hardach,* Die finanzielle Mobilmachung in Deutschland 1914-1918. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Band 56 Heft 2 (Berlin 2015). S. 379.
[248] Ebda. S. 381.
[249] Vgl. *Kiesewetter* (2004), S. 114.
[250] Vgl. *Stolper* (1950), S. 34.
[251] Tabelle entnommen aus: Ebda. S. 34.

Der deutsche Außenhandel (ohne Wiederausfuhr; Millionen Mark)		
	Ausfuhr	Einfuhr
1872	2492	3465
1880	2977	2844
1890	3410	4273
1900	4753	6043
1910	7475	8934
1913	10097	10770

Vom Jahre 1872 bis 1900 lässt sich eine Verdoppelung der Ausfuhr feststellen, und dies innerhalb von nur 28 Jahren. Auch in den folgenden 13 Jahren kam es zu einer mehr als Verdoppelung.[252]

Da sich das Deutsche Reich aber gleichzeitig mit dem ökonomischen Wettbewerb mit England eine große (und vorallem: teure) Flotte leisten wollte, musst sich das Reich verschulden.[253] Es kann also durchaus gesagt werden:

> *„daß der wichtigste Anstoß zu der gewaltigen Schuldensteigerung vom Auf- bzw. Ausbau der Kriegsflotte ausging."*[254]

Die finanzielle Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches

Roesler erklärt, dass neben der Außenpolitik ganz besonders die Landesverteidigung in der Verfassung des Jahres 1871 große Wichtigkeit zuteilwurde. Diese Maßnahmen verlangten natürlich nach Geld, welches das Reich hauptsächlich aus Verkehrssteuern, Zöllen sowie Verbrauchssteuern finanzierte; also im Prinzip aus denselben Mitteln, über die schon der Norddeutsche Bund verfügte. Fehlte es an Beträgen, so sollten diese durch Deckung von Matrikularbeiträgen durch

[252] Vgl. *Stolper* (1950), S. 34.
[253] Vgl. *Kiesewetter* (2004), S. 115.
[254] Fritz *Neumark,* Die Finanzpolitik in der Zeit vor dem I. Weltkrieg. In: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 -1975 (Frankfurt am Main 1976). S. 101., zitiert nach: *Kiesewetter* (2004), S. 115.

die Länder ausgeglichen werden. Wichtig war außerdem, dass die Länder bzw. Bundesstaaten direkte Steuern auslasteten. Diese Einnahmequellen waren historisch bedingt und man beließ es auch bei diesen bis 1914.[255]

Im Hinblick eines neuen Krieges hatte man natürlich noch den Deutsch-Französischen Krieg im Gedächtnis und wollte gewisse Fehler keinesfalls wiederholen:

Alle Anstrengungen wurden darauf ausgerichtet, im Falle einer Mobilmachung dem Reich ausreichend Bargeld zur Verfügung zu stellen, welches für die Bedarfsdeckung reichen sollte, bis die eigentlichen Kriegsfinanzierungsmechanismen in Gang kämen, hatte man doch 1870 erhebliche Probleme, genügend Barmittel für eine Mobilmachung aufzubringen. Erste große Maßnahme in diese Richtung war die Schaffung eines Reichskriegsschatzes ähnlich dem preußischen Staatsschatz aus vergangen Zeiten. Für diesen wurden 120 Millionen Mark in Form von gemünztem Gold aus den französischen Kriegsentschädigungen genommen und in Spandau im Juliusturm aufbewahrt. Außerdem waren die Einrichtung der Reichsbank sowie die Zentralisierung des deutschen Notenbankwesens wichtige Beiträge zur finanziellen Kriegsvorbereitung, sollte die Reichsbank doch später als Reichskriegsbank fungieren.[256]

Da sich aber durch die Aufstockung der Wehrmacht ein nun erhöhter Bedarf an Mitteln bezüglich der Mobilmachung ergab, war es fraglich, ob denn der Kriegsschatz für eine solche Mobilmachung ausreichend sei. Hierzu weiter *Roesler:*

> *„In der letzten Phase vor Kriegsausbruch kam es nicht mehr zu entscheidenden Verbesserungen der finanziellen Kriegsbereitschaft. Da sich durch den Ausbau der Wehrmacht auch ein erhöhter Mobilmachungsbedarf ergab, konnte schließlich 1913 die Aufstockung des Kriegsschatzes im Reichstag durchgesetzt werden. Die Goldreserve sollte durch Ausgabe von Reichskassenscheinen auf 240 Millionen Mark erhöht, eine Silberreserve auf dem gleichen Wege neu angelegt werden. Bis Kriegsausbruch wurden an Gold 85 Millionen Mark, an Silber nur 6 Millionen Mark thesauriert. Es gelang also bei weitem nicht, den erheblichen Vorsprung der gegnerischen Notenbank aufzuholen.“*[257]

Stolper führt aus, dass Deutschland wohl nur auf einem Gebiet der Wirtschaft eine Art Vorgehensweise für den Fall eines Krieges hatte: für die Staatsfinanzen und dem damit verbundenen

[255] Vgl. Konrad *Roesler,* Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg (Berlin 1967). S. 13
[256] Vgl. Ebda. S. 18.
[257] Ebda. S. 23-24.

Kredit- sowie Geldwesens. Wie man aber im Falle eines Falles Nahrungsmittel für die Bevölkerung finanzieren und herbeischaffen sollte, oder auch die Materialien für das Heer aufbringen sollte; darüber machte man sich keine Gedanken. Man hielt sich eher vielmehr an das Eingangs meiner Arbeit erwähnte Zitat bezüglich der benötigten Mittel eines Krieges: Geld, Geld und mehr Geld – dass dieses Geld, das sich das Reich beschaffen wollte, aber sehr schnell kaum etwas taugte, darauf war man in diesem neuen, modernen Krieg nicht vorbereitet.[258]

Sollte es also erneut zu einem Krieg kommen, so würde man so vorgehen, wie bisher und der unterlegenen Macht Reparationszahlungen auferlegen. Der Besiegte sollte die Kriegskosten tragen.[259]

Dies machte auch Reichskanzler Bismarck in einer Rede im Reichstag 1887 klar, als er sagte:

> *„Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, — wie die Franzosen sagen: saigner à blanc, d. h. so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüberzustellen.“*[260]

Die Wirtschaft in Zeiten des Krieges und ihre Kontrollmechanismen

Gesetze bezüglich der Wirtschaft im Krieg

Hindenburgprogramm und Hilfsdienstgesetz

Wie bereits beschrieben, gingen beide Bündnisse von einem schnellen Sieg bzw. kurzen Krieg aus. *Daheim, wenn das Laub fällt* und *over by Christmas* waren keineswegs nur leere Versprechen den Soldaten gegenüber, sondern spiegelten recht gut auch den eigenen Planungshori-

[258] Vgl. *Stolper* (1950), S. 62.
[259] Vgl. Friedrich-Wilhelm *Henning*, Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1918 (Paderborn 1993). S. 31.
[260] Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. VI. Legislaturperiode. IV. Session 1886/87. Erster Band (Berlin 1887). S. 340.

zont wider.[261] Durch den Kriegsschock wurde natürlich die Industrie und der Arbeitsmarkt unter Druck gesetzt und geschwächt – die Industrie und der Arbeitsmarkt befanden sich außerdem in einer Zwickmühle zwischen den Interessen des Heeres und der Industrie. Es mussten also von Seiten des Staates Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Wirtschaft getroffen werden.[262]

Die größten Probleme mit denen die deutsche Kriegswirtschaft konfrontiert waren, waren die folgenden[263]:

- Aufrechterhaltung von Produktion im Allgemeinen, weiters Arbeitskräfte zur Steigerung der Produktion von Kriegsmaterial,
- Ernährung des Heeres, der Arbeitskräfte sowie der Zivilbevölkerung,
- Aufbringung der nötigen Rohstoffe zur Produktion von kriegsentscheidenden Gütern,
- Finanzierung der Ausgaben für den Krieg durch den Staat (circa 164 Milliarden Mark),
- sowie Preisanstieg für Güter des täglichen/zivilen Bedarfs bei gleichzeitiger Verringerung von Einnahmen in privaten Haushalten.

Natürlich erfolgte die Industrialisierung des Krieges stufenweise in den Jahren 1914 bis 1918, es lässt sich aber eine Entwicklung feststellen, nämlich der Versuch, die Gesamtgesellschaft finanziell für den Krieg zu mobilisieren. Nicht nur auf dem Schlachtfeld weit entfernt, sondern auch in der Heimat wurde der Krieg durch seine Länge und Dauer immer mehr zu einem Abnutzungskriegs. Spätestens nach der gigantischen Materialschlacht 1916 kam es zu einer grundlegenden Veränderung bezüglich des Kriegsbildes.[264]

Nachdem der Krieg so schnell nicht vorbei sein würde, war man gezwungen, Gesetze zu erlassen, um die Wirtschaft durch den Staat kontrollierbarer zu machen. Eines dieser Gesetzte ist das sogenannte „Hilfsdienstgesetz“ aus dem Jahre 1916.

---

[261] Vgl. *Hardach* (1977), S. 39.
[262] Vgl. Stephanie *Tilly,* Arbeit – Macht – Markt. Industrieller Arbeitsmarkt 1900-1929. Deutschland und Italien im Vergleich (Berlin 2006). S. 111.
[263] Aufzählung übernommen aus: *Henning* (1993), S. 32-33.
[264] Vgl. Uta *Hinz,* Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914-1921 (Essen 2006). S. 248-249.

Ausgearbeitet wurde dieses Gesetz von *Wilhelm Groener,* einem General und späteren stellvertretenden Kriegsminister. In dem Schreiben richtet er sich mit einem Vorschlag für ein neues Gesetz an *Ludendorff:*

> *„Jeder deutsche Jüngling und Mann vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 59. Lebensjahr, soweit er nicht bereits im Dienst zum Heer einberufen ist, kann hierzu auf Anordnung des Kriegsministeriums zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges eingezogen werden. Zu solchem Hilfsdienst gehören außer dem Dienst bei Behörden und behördlichen Einrichtungen insbesondere die Arbeit in der Krankenpflege, in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft und in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art sowie in allen sonstigen Betrieben [...]"*[265]

Das Militär hatte also beträchtlichen Einfluss auf die Wirtschaft im Reich während des Krieges.

Da diese Einheiten nur gegenüber dem Kaiser Rechenschaft schuldig waren, und sich vor keiner Zivilbehörde rechtfertigen musste, nahmen diese Ausmaße schnell diktatorische Züge an. Problematisch war außerdem, dass den militärischen Befehlshabern immer mehr Aufgaben zugeteilt wurden, die weit über ihre (eigentlichen) Kompetenzen hinausreichten, wie eben Fragen bezüglich der Beschaffung von kriegswichtigem Material und der Anforderung weiterer Soldaten, die natürlich an anderen Stellen in der Industrie bzw. Wirtschaft gebraucht worden wären, so *Tilly.*[266]

Tilly führt genauer aus:

> *„Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die kriegswirtschaftliche Organisation im Deutschen Reich lassen erkennen, daß keine zentrale Bündelung von Entscheidungsgewalten für die ökonomische Lenkung vorgesehen war. Zwar hatte ein gesteigertes Interesse an der Produktion von Rüstungsgütern nicht erst unmittelbar vor dem Krieg eingesetzt [...] Basierend auf der Überzeugung eines kurzen Krieges scheuten sowohl die Militärs als auch die Reichleitung vor Eingriffen in das Wirtschaftsleben zurück."*[267]

Lediglich eine Maßnahme wurde bereits früh getroffen, nämlich schon im August 1914. Im preußischen Kriegsministerium wurde eine Abteilung angesiedelt, die den Name Kriegsrohstoffabteilung trug und charakteristisch für die deutsche Wirtschaft im Krieg wurde.[268] *Kruse*

[265] Nachlass *Groener*, Schreiben an das Reichsarchiv v. 9.4.1923. S. 196., zitiert nach: Gerald D. *Feldmann,* Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918 (Berlin, Bonn 1985). S. 169.
[266] Vgl. *Tilly* (2006), S. 115-116.
[267] Ebda. S. 116.
[268] Vgl. Ebda. S. 117.

beschreibt die Abteilung genauer (und siedelt die Gründungszeit der KRA im September 1914 an):

Im September 1914 wurde auf Wunsch von Walter Rathenau (Präsident der AEG), die KRA (Kriegsrohstoffabteilung) gegründet. Diese unterstand direkt dem Kriegsministerium. Da das Deutsche Reich belagert wurde, entschied man sich dazu, für jede Ressource Aktiengesellschaften zu gründen, um den maximalen Nutzen aus kriegswichtigen Rohstoffen zu ziehen. Diese Gesellschaften bestanden hauptsächlich aus dem Kapital Privater; zu Kriegsende gab es ungefähr 200 von diesen jenen Gesellschaften. Die Funktionsweise dieser Aktiengesellschaften war die Folgende: jede einzelne konnte den für sie verantwortlichen Rohstoff beschlagnahmen und je nach Kriegswichtigkeit aufteilen. Wirtschaftsexperten, welche dem Militär und der politischen Führung unterstellt waren, sollten sicherstellen, dass jeder Rohstoff auch dort ankam, wo er dringendst benötigt wurde. Der Staat konnte somit Rohstoffe kontrollieren und jenen Betrieben zukommen lassen, die diese Ressourcen am stärksten benötigten und der erfolgreichen Kriegsführung den größten Nutzen erwiesen.[269]

Neben dem Hilfsdienstgesetz und der Einsetzung einer neuen Abteilung bezüglich Rohstoffe, war es vor allem ein Gesetz, das der staatlichen Autorität noch mehr Macht über die Bürger und der Wirtschaft gab: das Hindenburgprogramm.

Als Ludendorff und Hindenburg die OHL übernahmen, kamen mit ihnen zwei radikale Militaristen zum Zug. In nur drei Monaten durchlebte die Politik der Militärbehörden einen gewaltigen Wandel. Unter ihrem Kommando wurde das Kriegsamt ins Leben gerufen um stärkeren Einfluss auf die Wirtschaft nehmen zu können.[270]

Folgende Elemente waren neu:

- Verlängerung der Wehrpflicht bis zum 50. Lebensjahr
- Ausbildung von Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr für das Heer
- Dienstpflicht für Frauen

[269] Vgl. Volker *Kruse,* Mobilisierung und kriegswirtschaftliches Dilemma. Beobachtungen zur kriegsgesellschaftlichen Moderne. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38, Heft 3 (Stuttgart 2009). S. 202.
[270] Vgl. *Feldmann* (1985), S. 133.

- Überstellung kriegsunwichtiger Produktionszweige in die Rüstungswirtschaft
- Das Kriegsamt als oberste Instanz zur Planung der Rüstungsindustrie
- Das Schließen von Universitäten und Technischen Hochschulen
- Arbeitsplatzwechselverbot[271]

Michaelis, seiner Funktion preußischer Staatskommissar für Volksernährung und späterer Reichskanzler, fasst diese Notwendigkeiten in einer Sitzung des Kriegsamts wie folgt zusammen:

> *„Wir lernen im Kriege stufenweise. Wir sehen jetzt, dass dieser Krieg mehr und mehr ein Wirtschaftskrieg ist.“*[272]

Natürlich war aber der industrielle Arbeitsmarkt nicht wirklich vorbereitet auf eine solche drastische Änderung. Die Mobilisierung der Wirtschaft war die Basis die Basis dieses Krieges und diese Änderungen führten zu teilweise chaotischen Zuständen. Ganz besonders das Eisenbahnwesen litt unter diesen Maßnahmen und brach zusammen, da die Armee alle Kapazitäten in Anspruch nahm. Auch der Güter- sowie Geldmarkt erlebte eine schwere Erschütterung, da durch Rohstoffknappheit und sinkenden Warenabsatz die ohnehin schon schwierige Situation nun noch mehr belastet wurde.[273]

Zur Beteiligung der Frauen

Unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Einfluss- bzw. Übernahme lohnt es noch einen Blick auf die Situation der Frauen zu werfen, da ja das Hindenburgprogramm eine Dienstpflicht für Frauen vorsah.

Hierzu *Daniel:*

> *„Die quantitative Entwicklung der weiblichen Lohnarbeit im Ersten Weltkrieg folgte entgegen der vorherrschenden Meinung dem Muster der Vorkriegszeit. Die Anzahl lohnar-*

[271] Aufzählung übernommen aus: *Kruse* (2009), S. 204.
[272] HStA Stuttgart, M 77/1 – 420: Bericht über die am 28.3.1917 in Berlin stattgehabten Sitzungen des Kriegsamts, S. 4., zitiert nach: *Hinz* (2006), S. 249
[273] Vgl. *Tilly* (2006), S. 124.

beitender Frauen insgesamt nahm zwischen 1914 und 1918 nicht überdurchschnittlich zu: Die Entwicklung der Mitgliedschaft bei den Krankenkassen – die angesichts des Fehlens von Berufszählungen für die Kriegszeit den umfassendsten Überblick über die Zahl der Lohnarbeitenden gibt – zeigt, daß es im Juli 1918 verglichen mit dem Stand vom Juli 1914 ca. 17% mehr beschäftigte Lohnarbeiterinnen gab. Doch liegt diese Steigerungsrate unter denjenigen der Vorkriegszeit, die 1905-1909 22% und 1909-1913 20% betragen und in den vorhergehenden Jahren noch höher gelegen hatte."[274]

Man kann somit kaum behaupten, dass es im Ersten Weltkrieg einen großen Andrang von Frauen auf den Arbeitsmarkt gab. Es wurde zwar von Seiten des Militärs und der Industrie versucht, mehr Frauen für die Kriegsindustrie heranzuziehen, da großer Arbeiterkräftemangel herrschte. Doch die Bemühungen scheiterten und der Mangel konnte durch die Anstellung von Frauen nicht behoben werden.[275]

Überlegungen bezüglich Frauenarbeit im Krieg gab es aber schon seit 1914 als der Nationale Frauendienst ins Leben gerufen wurde:

„Um der Arbeitsmarktsituation entsprechend die „vorhandene" möglichst „zweckentsprechend" und nach „sozialen Gesichtspunkten" zu verteilen, errichte der NFD in fast 150 Städten Nähwerkstätten und Ausgabestellen für Heimarbeit."[276]

Aufhebung des Goldstandards

Bereits am Tag vor Aufnahme der Kriegshandlungen verließ die Reichsbank den wichtigsten und grundlegendsten Leitsatz klassischer Währungspolitik, die auf dem Goldstandard beruht: sie ließ die Banknoten nicht mehr gegen Gold einlösen.[277]

Das Gesetz, betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten regelte diesen Schritt und erklärte die Reichskassenscheine zum offiziellen Zahlungsmittel. Bisher war es nur die Pflicht der öffentlichen Kassen gewesen, Reichskassenscheine anzunehmen. Allzu wichtig war diese Regelung nicht, da Reichskassenscheine sowie bereits beliebtes und weitgehendst anerkanntes

[274] Ute *Daniel,* Der Krieg der Frauen 1914-1918: Zur Innenansicht des Ersten Weltkriegs in Deutschland. In: Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ... . Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs (Essen 1993). S. 133.
[275] Vgl. Ebda. S. 134.
[276] Ursula *Ratz,* Zwischen Arbeitsgemeinschaft und Koalition. Bürgerliche Sozialreformer und Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg (München 1994). S. 185.
[277] Vgl. Wolfram *Fischer,* Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945 (Opladen 1968). S. 12.

Mittel waren. Gravierender war die Auswirkung auf die Banknoten die bislang mit der Möglichkeit zum Eintausch gegen Gold die Basis des deutschen Währungssystems darstellte.[278]

Im Juli des Jahres 1914 hatten 59 Ländern den Goldstandard. Die Idee dahinter war, die Inflation unter Kontrolle zu halten und die Versorgung mit ausreichend Geld sicherzustellen.[279]

Über Entstehung und Verlauf der Inflation in Deutschland berichtet ein späteres Kapitel.

Roesler führt aus, warum diese Aufhebung so wichtig für die Wirtschaft im Krieg war:

> *„Die Aufhebung der Goldeinlösung war deshalb die wichtigste Grundlage, für die im ganzen Krieg fortgehführte Theasaurierungspolitik, um den Reichsbankstatus im Hinblick auf die Deckungsquote zu verschönern. Dieser Fetischismus mit der „Schatzkammer der Nation" hatte seinen Ursprung noch in einer merkwürdigen Vorstellung von der „Liquidität" der Notenbank, die deren Goldschatz darstellte. Man wollte dem Publikum suggerieren, daß alles beim alten bleibe und auch nach den alten Maßstäben zu beurteilen sei. Daß es dabeibleibe, dazu müsste jeder durch die Ablieferung seines Goldes bei der Reichsbank mit beitragen."*[280]

Außerdem beinhaltete das Gesetz, die Möglichkeit, Scheidemünzen gegen Gold einzutauschen, aufzuheben. Stattdessen sollten von nun an Banknoten oder Reichskassenscheine angeboten werden.[281]

Kriegsfinanzierung im Deutschen Kaiserreich

Mit Beginn der deutschen Mobilmachung am 1. August 1914 musste das komplette wirtschaftliche Leben umgestellt werden, da unzählige Reservisten von nun an in den Schützengräben waren und nicht mehr an ihrem Arbeitsplatz. Das Eisenbahnnetz kam komplett zum Erliegen, da alle Kapazitäten von nun an vom Militär beansprucht und benutzt wurden, Tonnen von Material mussten transportiert werden, zusätzlich natürlich zu den rekrutierten Truppen[282]. Wie be-

[278] Vgl. *Roesler* (1967), S. 37
[279] Vgl. *Strachan* (2004), S. 5.
[280] *Roesler* (1967), S. 38.
[281] Vgl. *Roesler* (1967), S. 38.
[282] Vgl. *Burhop* (2011), S. 191.

reits mehrmals erwähnt: der Krieg sollte von kurzer Dauer sein, man verließ sich auf den Schlieffen-Plan:

Rasch sollte unter Verletzung der belgischen Neutralität Frankreich geschlagen werden um sich anschließend gegen Russland wenden zu können. Ausgegangen wurde außerdem davon, dass Russland seine Truppen nur langsam und schwerfällig mobilisieren würde und man deswegen genügend Zeit hätte. Bekanntlich kam aber die deutsche Offensive im Westen ins Stocken und blieb an der Marne hängen, ein langer und verlustreicher Stellungskrieg von Mensch und Material war die Folge. Bis zum Ende des Krieges 1918 kam es hier zu keinem entscheidenden Durchbruch.[283]

All dies ist bekannt, interessanter scheint nun also die Frage, wie das Deutsche Reich mit der Frage umging, wie dieser länger als geplante Krieg finanziert und wirtschaftlich durchgehalten werden sollte und dies immerhin für vier mühsame Jahre.

Hardach hierzu:

„In der Öffentlichkeit wurde das Bild verbreitet, dass die finanzielle Mobilmachung perfekt geplant und durchgeführt worden war. Reichsbankpräsident Havenstein wurde im Oktober 1914 von einer Zeitung als General-Geldmarschall gelobt, der mit seiner von der weiteren Öffentlichkeit kaum bemerkten Tätigkeit wesentlich zu Deutschlands militärischer Stärke beigetragen habe."[284]

Der Krieg begann jedoch wirtschaftlich gesehen für Deutschland bereits einen Tag zuvor, am 31. Juli 1914. Wie bereits beschrieben, wurden von nun an keine Banknoten mehr gegen Gold eingetauscht.[285]

Ebenso wurde seit Kriegsbeginn fleißig Propaganda betrieben, die zur Einreichung von privaten Goldvorräten aufriefen, da angeblich pro einer Mark eingereichtem Gold drei Mark in Form von Banknoten für die Kriegsführung herangezogen werden konnten.[286]

---

[283] Vgl. Ebda. S. 191.
[284] Vgl. *Hardach* (2015), S. 367.
[285] Vgl. Manfred *Zeidler,* Die deutsche Kriegsfinanzierung 1914 bis 1918 und ihre Folgen. In: Wolfgang *Michalka* (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung. Wahrnehmung. Analyse (München 1994). S. 421.
[286] Vgl. Ebda. S. 423.

Die Steuerpolitik während des Krieges

In der angelsächsischen Literatur finden sich theoretische Abhandlungen, einen Krieg durch die Erhöhung bzw. Neu-Einführung von Steuern zu finanzieren, schreibt *Lanter*. Es wird dort beinahe ausschließlich der Standpunkt einer Kriegsbesteuerung eingenommen. Doch die Frage war keinesfalls neu, seit jeher wurde die Frage gestellt, ob bei Kriegsgefahr bzw. einem tatsächlichen Krieg, dieser durch Anleihen oder Steuermittel finanziert werden sollte.[287] Hierzu *Lapp*:

> *„Im 1. Kriegsjahr 1914/15 wurden keinerlei neue Steuern und dergleichen eingeführt. Dagegen wiesen verschiedene Einnahmen erheblich Rückgänge auf, so vor allem die Zölle infolge der Blockade und der mit Einfuhrerleichterungen verbundenen Zollbefreiungen für Nahrungsmittel und kriegswichtige Güter. Auch die Einnahmen aus verschiedenen Reichsstempeln gingen zurück, während (bis zur Einschränkung der Produktion) Mehrerträge gegenüber 1913 bei den Steuern auf Zucker, Tabak, Salz, alkoholischen Getränken, Leuchtmitteln etc. eingingen.“*[288]

Erst im dritten Jahre des Krieges, 1916/17, kam es zu Steuererhöhungen und Neueinführungen. Argumentiert wurde dies dadurch, dass auch eine nicht-Verschmälerung des Vermögens von 10% als Vermögenszuwachs angesehen wurde. Sprich: Alles Vermögen, welches 90% des Vermögens zu Zeiten des Friedens übertraf, fiel nun unter diese Steuer. Ziel dieser Überlegungen war, eine Verkleinerung der Reichsschulden zu erreichen; dieses Ziel wurde aber nicht erreicht, da während des Krieges die Schulden sehr stark anstiegen.[289] Das Thema ob, und in welchem Ausmaße, neue Steuern eingeführt bzw. vorhandene erhört werden sollten, wird in der Literatur ausgiebigst diskutiert. Selbstverständlich machten sich auch die Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg Gedanken über die Finanzierung des Krieges. Deswegen sei hier eine Schrift von *Wagemann* aus 1940 erwähnt, in welcher sich rückblickend auf das Thema Steuern im Ersten Weltkrieg bezogen wird:

Wagemann schreibt:

> *„Drei grundsätzlich verschiedene Wege standen den kriegsführenden Staaten zur Aufbringung der Mittel für die Kriegsführung zur Verfügung und sind von allen kriegsführen-*

[287] Vgl. Max *Lanter,* Die Finanzierung des Krieges. Quellen, Methoden und Lösungen seit dem Mittelalter bis Ende des zweiten Weltkriegs 1939 bis 1945 (Dissertation Universität Zürich 1949). S. 51.
[288] *Lapp* (1957), S. 80.
[289] Vgl. Ebda. S. 81.

den Staaten gleichzeitig benutzt worden, allerdings in verschiedenem Maße und in einem sich während des Krieges erheblich verschiebenden Verhältnis."[290]

Wagemann nennt hier als Methoden als erste Möglichkeit, dass neue Kaufkraft geschaffen werden sollte, konkret durch Anwerfen der Notenpresse und Vermehrung von Papiergeld oder Herausgabe von Schatzanweisungen. Zweitens, Nutzung der Kaufkraft durch Auflegungen von Anleihen, die durch bereits existente Zahlungsmittel beglichen werden sollten. Sowie als dritten Punkt: die Kaufkraft solle durch Einhebungen des Staates in Form von Steuern herangezogen werden.[291] *Wagemann* beschreibt auch die seiner Ansicht nach beste Methode:

Die erstgenannte Methode sieht der Autor als die bequemste aber zugleich gefährlichste, die zweite sowie dritte Methode wird hingegen als gesunder Weg beschrieben. Bezüglich der ersten Methode wird kritisiert, dass jene zu einer Überflutung führe, die logischerweise, in starker Inflation endet, außerdem käme es nur zu einer Preissteigerung auf allen Ebenen. Etwas vage wird bezüglich des zweiten Weges argumentiert: die Zukunft werde dadurch belastet, auch wenn hierbei nicht genauer auf den zeitlichen Rahmen dieser Zukunft eingegangen wird. Somit bleibt nur mehr Option drei, welche aber ebenfalls kritisiert wird: zwar werde hierbei die Inflation als auch die Abwälzung auf die Zukunft vermieden, dennoch müsse diese Methode der Kriegsfinanzierung auf Widerstand stoßen. Wirtschaftliche sowie politische Argumente müssten gegen diese Form der Kriegsfinanzierung sprechen.[292]

Nach diesem kurzen Exkurs zu den Überlegungen von Steuern im Kriege allgemein, führt *Lapp* weiter für die restlichen Jahre aus:

„1917 ergaben sich durch Erhöhung bzw. Neueinführung von Steuern stark erhöhte Einnahmen. Hier ist vor allem die außerordentliche Kriegsabgabe, die Transportsteuer und die neue Kohlesteuer zu erwähnen. Das 5. Kriegsjahr 1918/19 stand ebenfalls im Zeichen von Steuer- und Abgabeerhöhungen auf allen Gebieten. Allerdings machten sich auch die inneren Wirren bemerkbar, durch welche die Erträge nicht unerheblich beeinflusst wurden."[293]

[290] Ernst *Wagemann,* „Wo kommt das viele Geld her?". Geldschöpfung und Finanzlenkung im Kriege (Düsseldorf 1940). S. 18.
[291] Vgl. Ebda. S. 19.
[292] Vgl. Ebda. S. 19.
[293] *Lapp* (1957), S. 81.

Folgende Tabelle gibt eine gute Übersicht über die Steuereinahmen des Deutschen Reiches von 1913-1918 und zeigt auch auf, wie sich die Steuern vom Jahre 1913 bis zum Kriegsende 1918/1919 entwickelten (Tabelle in Mill. Mark)[294]:

Einnahmen	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19
Zölle u. inn. Verbrauchsst.	1 343,0	1 339,6	878,9	1 020,4	1 437,9	2 165,8
Davon: Zölle	679,3	560,8	359,9	348,3	234,4	133,0
Tabak- u. Zig. St.	54,0	68,3	79,7	202,9	419,5	699,4
Bierst.	130,0	130,7	78,5	55,2	20,2	33,9
Branntwein. St.	193,3	228,0	95,6	73,2	19,6	29,2
Wein- u. Schaumw. St.	9,5	10,0	3,0	10,6	14,3	189,9
Kohlenst.	-	-	-	-	412,9	751,3
Umsatz.	-	-	-	-		150,5
Verkehrsst.	256,7	182,3	166,3	340,8	678,2	1 038,6
Direkte St.	62,4	680,9	356,6	130,1	4 924,5	2 577,4
Davon: Ein-kommenst.	0,8	637,4	307,8	19,5	12,0	-
(Wehrbeitrag) Kriegsst.	-	-	-	45,6	4 842,7	2 409,0
Erbschaftsst.	46,3	43,5	48,8	65,0	69,8	77,8
Erträge a. Münzgew., Überschuss. D. Reichsb. u. Darlehnsk.	54,5	54,9	270,4	257,6	481,9	885,5

[294] Tabelle übernommen aus: *Lapp* (1957), S. 82.

Die indirekten Steuern also nahmen in den Jahren 1914-1917 stark ab. Erst die neuen Steuern des Jahres 1917 konnten dies wieder wett machen und ausgleichen. Ganz besonders stark brachen die Zölle ein, die letztendlich im Kriegsjahr 1918 auf ein Viertel der Einnahmen des Jahres 1913 gesunken waren. Erhöhte Einnahmen ergaben sich auch durch die hohen Steuern auf Zigaretten sowie Tabak, hier lässt sich eine Steigerung 1918 um den Faktor zehn erkennen (im Vergleich zum Jahr 1913). Besonders wichtig und zur Basis des Haushalts wurde quasi die Kohlesteuer. Der Rückgang der Steuer auf Bier und Branntwein können wohl durch einen Produktionsrückgang erklärt werden, die relativ hohen Einnahmen der Wein- sowie Schaumweinsteuer liegen an der neuen Weinsteuer. Nicht zu finden in der Tabelle sind die Steuern auf Zucker, Leuchtmittel, Salz etc., diese wiesen in den Kriegsjahren kaum Schwankungen auf. Die neue Umsatzsteuer brachte hingegen kaum hohe Einnahmen und erfüllte die Erwartungen nicht. [295]

Bezüglich der direkten Steuer lässt sich sagen, dass es in den Jahren vor dem Krieg nur die Erbschaftssteuer gab. Später kamen der Wehrbetrag sowie die eigentliche Kriegssteuer hinzu, durch die hohe Summen eingenommen werden konnten. Durch die Kriegsgewinnsteuer wurden 7,3 Milliarden Mark erbracht, im Vergleich mit Englands Kriegsgewinnsteuer von ca. 13. Milliarden Mark also gut die Hälfte. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die deutsche Steuer keinesfalls einen so hohen Wert wie in England erreichte, wo die Steuer 60-80% betrug. Weitere Beträge kamen aus den Überschüssen der Darlehenskassen sowie dem Münzgewinn und durch die Abgaben der Reichsbank. Im Vergleich mit dem Jahr 1913 als die Einnahmen 54,5 Millionen Mark betrugen, konnten diese auf 885,5 Millionen Mark gesteigert werden.[296]

Eine satte Steigerung um den Faktor 16.

Ambrosius fasst zusammen:

Schnell wurde bewusst, wie schlecht das Deutsche Reich für diese neuen Arten von Ausgaben Maßnahmen getroffen hatte. Die klassischen Quellen, aus denen das Reich seine Haupteinnahmen durch Steuern bezog, wie Verbrauchssteuern oder Zölle, warfen weniger ab, die Kriegskosten jedoch stiegen und stiegen stetig an, sodass auch Steuererhöhungen für bereits bestehende Steuern, oder gar neue Steuern, diese neuen, hohen Kosten nicht im Ansatz decken

[295] Vgl. Ebda. S. 81-83.
[296] Vgl. Ebda. S. 83-84.

konnten. Um dem Prinzip der damaligen Finanzwissenschaft Folge zu leisten, nämlich irreguläre Kosten durch irreguläre Einnahmen auszugleichen, versuchte man die Kosten des Krieges durch Anleihen sowie Kredite der Reichsbank zu finanzieren. Diese Form der Kriegsfinanzierung führte zu folgenden Problemen: 1. Verschuldete sich das Deutsche Reich extrem, 2. kam es zu einer heftigen Inflation, 3. der (Zentral-)Staat wurde für die Volkswirtschaft immer wichtiger, auch für Gliedstaaten, sowie 4., wurde der sozioökonomische Status gewisser Schichten beschädigt. [297]

Was durch die Tabelle weiters gezeigt wurde, ist, dass die Steuern hauptsächlich Luxus- und Genussmittel erfassten (neben dem Warenumsatz). Zölle und Steuern auf sogenannte entbehrliche Produkte und Waren wurden erhöht, auf eine Erhöhung für unverzichtbare Lebensmittel jedoch wurde abgesehen. Dass dies nicht überall der Fall war, zeigt ein Blick nach Italien, wo man mit der Salzsteuer versuchte, neue Steuerquellen zu erschließen. Jegliche Luxusprodukte aber eigneten sich in Deutschland sehr gut, um sie zu besteuern. Gerne erhöhte man für diese Produkte einfach die Steuern oder erließ komplett neue Steuern. Gezeigt werden also sollte, das in Zeiten des Krieges, in welchen Geld, Geld und nochmals Geld zählt, aus der Not heraus alle möglichen Steuerquellen rücksichtslos ausgebeutet wurden. [298]

Letztendlich konnten durch die Steuern ca. 14% der Kriegsausgaben gedeckt werden.[299]

Da diese Erhöhungen bzw. Neueinführungen von Steuern aber bei weitem nicht ausreichten, um den Krieg zu finanzieren, musste auf zusätzliche andere Methoden zurückgegriffen werden.

Finanzierung durch die Reichsbank & Kredite

Durch die Kriegsgesetzte wurden prinzipiell zwei Gewalten gestärkt: die Oberste Heeresleitung (auf ihren Einfluss wurde bereits eingegangen) sowie der Reichskanzler, welcher nun durch eben diese Gesetze befugt war, im wirtschaftlichen Bereich alles in die Wege zu leiten, was der

[297] Vgl. Gerold *Ambrosius,* Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert (München 1960). S. 32.
[298] Vgl. *Lanter* (1949), S. 76.
[299] Vgl. *Perz* (1989), S. 22.

erfolgreichen Kriegsführung helfen würde; Beschränkungen hierfür gab es keine. Aufgrund dieser zwei Grundpfeiler sollte ein schneller und erfolgreicher Krieg garantiert werden.[300]

Da es in allen kriegsführenden Ländern zu starker Inflation kam, lässt sich daraus ableiten, dass viele Kredite bei den Notenbanken in Anspruch genommen wurde.[301] Weiter bei *Perz:*

> *„Charakteristisch für die „moderne" Kriegsfinanzierung über die Notenbank, wie sie im Ersten Weltkrieg durchweg praktiziert wurde, war der Rhythmus von Geldschöpfung und Abschöpfung. Der Staat beschaffte sich das Geld bei der Notenbank gegen Hergabe von kurzfristigen Schuldtiteln."*[302]

Man bediente sich also stark der Reichsbank, für die diese Situation natürlich nicht einfach war. Alleine die Mobilmachung kostet ca. 800 Millionen Mark, dazu kam noch der monatliche Kriegsetat der bereits im ersten Monat der Kriegsführung mit 2,25 Milliarden Mark verschlang. Im Reichstag mussten am 4. August 1914 weitere Gesetzte erlassen werden, um die Finanzierung sicherzustellen.[303] Dennoch gelang es der Reichsbank in diesen ersten Tagen des Krieges sämtliche Kreditwünsche zu befriedigen, sowohl die Kredite für die Finanzierung des Krieges als auch die Kredite für die zivile Wirtschaft konnten bereitgestellt werden. Es sollte nicht riskiert werden, die private Wirtschaft zu schädigen und Finanzlücken sollten erst gar nicht aufkommen. Um alle diese Kreditwünsche erfüllen zu können, wurden Darlehnskassen gebildet, die als Tochterunternehmen der Reichsbank agieren sollten.[304]

Am selben Tag, als diese Gesetzte im Reichstag verabschiedet wurden, am 2. August 1914, begann der Krieg im Westen für die deutsche Armee mit dem Einmarsch im neutralen Luxemburg. Lüttich wurde am 16. August eingenommen und der Feldzug gegen Frankreich konnte begonnen werden. Zwei Tage zuvor, am 14. August, begann eine Gegenoffensive der französischen Kräfte, die aber scheiterte. Zunächst wurde von Seiten Frankreichs versucht, auf dem rechten

[300] Vgl. Thomas *Horn,* Mittelständische Kreditinstitute in Kriegszeiten. Unternehmenspolitik von Genossenschaftsbanken und Sparkassen unter dem Einfluss des Ersten Weltkriegs 1914 bis 1918 und den ersten Nachkriegsjahren. Ein Vergleich (Dissertation Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt 2014). S. 21.
[301] Vgl. *Perz* (1989), S. 15.
[302] Gerd *Hardach,* Der Erste Weltkrieg (München 1973). S. 167., zitiert nach: *Perz* (1989), S. 15.
[303] Vgl. *Horn* (2014), S. 21-22.
[304] Vgl. Ebda. S. 25.

Flügel eine Offensive zu starten, eine Woche später auch in der Mitte, sowie am linken Flügel (Angriff bis zum Äußersten). Bekanntlich scheiterten diese Operationen.[305]

Bereits im September 1914 war die deutsche Armee bei der Marne und somit schien auch Paris in greifbarer Nähe. Im Osten dagegen war die Lage deutlich schlechter. Die zaristische Armee konnte große Teile Ostpreußens erobern und Königsberg war einer Eroberung ausgesetzt. Bereits in diesen ersten Wochen des Krieges wurden unglaubliche Mengen an Material verbraucht – und der Bedarf stieg natürlich weiter an. Die Produktion von kriegswichtigem Material musste weiter gesteigert werden. Die Reichsbank aber musste neue Methoden finden, dem gerecht zu werden, neues Kapital musste bereitgestellt werden. Diese neue Methode der Kriegsfinanzierung sollte eine sein, die vom kompletten Volk unterstützt werden würde und auch der Industrie Möglichkeiten geben sollte, sich in patriotischer Pflicht an dem Sieg Deutschlands zu beteiligen. Es sollte keine weitere neue Steuer sein, sondern eine Möglichkeit, Deutschland zu unterstützen, dem ja der Krieg laut deutschen Eliten „aufgedrängt" wurde.[306]

Gottlob Heinrich *Dietzel* veröffentlichte bereits 1912 einen Aufsatz, in welchem er sich mit der Frage der Finanzierung eines zukünftigen Kriegs beschäftigte; „Kriegssteuer oder Kriegsanleihe?" lautet die Frage seiner gleichnamigen Studie. *Dietzel* tut seine Präferenz offen kund und kommt zu dem Schluss: Finger weg von der Steuerschraube![307]

Es tat sich somit eine neue Methode der Finanzierung auf, die der Kriegsanleihe. Wie, und in welchen Ausmaßen diese verwendet wurde, davon handelt das nächste Kapitel.

Die Kriegsanleihen des Deutschen Reiches

Im letzten Jahr bevor der Krieg geführt wurde, betrugen die Ausgaben im ordentlichen sowie außerordentlichen Haushalt des Reiches 2,6 Milliarden Mark. Im Jahr 1914/15 erhöhten sich diese Ausgaben auf bereits 8,8 Milliarden, und dies bei nur acht Monaten Kriegsführung. 1915/16 waren es 25,8 Milliarden Mark und im letzten Kriegsjahr 1917/18 stiegen die Ausgaben

[305] Vgl. *Unterseher (*2014). S. 35.
[306] Vgl. *Horn* (2014), S. 26.
[307] Vgl. *Zeidler* (1994), S. 419.

auf 52,2 Milliarden Mark.[308] Nach dem bereits ausgeführt wurde, dass die Steuern nur einen kleinen Teil der Kriegsfinanzierung ausmachten, stellt sich die Frage, woher das restliche Geld für diese gewaltigen Summen herkam: durch die Kriegsanleihen.

Jedes Jahr wurden zwei Kriegsanleihen zur Zeichnung vorbereitet, eine erste im Frühjahr in den Monaten Februar, März, April und eine zweite für den Herbst, in den Monaten September oder Oktober,[309] meist wurden diese Platzierungen von Anleihen mit Propagandaaktionen beworben.[310]

Was genau sind Anleihen und wie funktionieren diese?

Durch das auflegen von Anleihen borgt sich der Staat das zur Verfügung stehende freie Geldkapital von Privaten. Diese Methode der Kriegsfinanzierung war nicht wegzudenken, da sie leistet, was kein Steuersystem leisten kann[311].

Die Anleihenfinanzierung bietet folgende Vorteile:

- Sie basiert auf freiwilliger Basis. Im Gegensatz zur Steuereinhebung fällt somit jeglicher Zwang weg.
- In relativ kurzer Zeit können große Summen aufgebracht werden. Steuern hingegen brauchen eine Anlaufzeit.
- Entfall des Steuerdrucks und keine politischen Kämpfe.
- Es wird auf Beträge zurückgegriffen, die von privaten Personen erspart wurden und somit nicht im Umlauf sind und dadurch nicht besteuert werden können.
- Das Geld wird durch die Zurückzahlung nach dem Krieg quasi konserviert und steht nach dem Krieg wieder Privaten zur Verfügung. Sie ist deswegen besonders ergiebig.[312]

<u>Die erste Anleihe 1914</u>

[308] Vgl. *Hardach* (2015), S. 369.
[309] Vgl. Ebda. S. 371.
[310] Vgl. Ulrich *Cartarius,* Deutschland im Ersten Weltkrieg (Nördlingen 1982). S. 48.
[311] Vgl. *Lapp* (1957), S. 43-44.
[312] Vgl. Ebda. S. 44-45.

Aufgrund der Ereignisse im September 1914 reagierte die Reichsbank auf diese neue Situation und die erste Kriegsanleihe wurde aufgelegt. Unterteilen lässt sich die Anleihe in zwei Bereiche: in die Reichsanleihe und in die Schatzanweisung. Erstere war für private Personen gedacht, die zweite für Unternehmer bzw. Geschäftskunden und Firmen. Auch die Laufzeiten waren hierbei unterschiedlich: Nach bereits fünf Jahren sollte die Schatzanweisung zurückbezahlt werden, die Reichsanleihe erst nach zehn Jahren. Bei Anleihen waren mit 5 % verzinst, eine Kündigung war nicht möglich. Bei Beginn des Krieges lag der Leitzins der Reichsbank bei 4 %, mit 5 % sollte also ein Anreiz geschaffen werden, in Anleihen zu investieren. Vom 9. September bis zum 5. Oktober desselben Jahres war es möglich, diese erste Anleihe zu zeichnen.[313] Bereits ab dem 9. September gab es in Zeitungen Aufrufe, sich an den Anleihen zu beteiligen.[314]

So schrieb beispielsweise die Berliner Volkszeitung an eben jenem Tag:

> *„In der Reichstagssitzung vom 4. August bewilligte die deutsche Volksvertretung der Regierung einstimmig für die Kriegszwecke einen Kredit von 5 Milliarden Mark. Jetzt, etwa fünf Wochen später, ergeht an die Bevölkerung die Aufforderung, sich an der Zeichnung auf die auf Grund des bewilligten Kredits zur Ausgabe gelangenden Schatzanweisungen resp. Anleihen zu beteiligen."*[315]

Die Zeichnungsfrist war zwar kurz, aber es konnte erfolgreich viel Geld lukriert werden, 4460,7 Millionen Mark. Von dieser Summe waren bereits am 5. Oktober 54,26 % einbezahlt. Viele Anleger zeichneten mit einer Summe unter 2000 Mark, was daraufhin deutet, dass auch kleinere Sparer dem Aufruf in hoher Anzahl folgten. Niemand hatte diesen Erfolg in diesem Ausmaß erwartet und der Erfolg der ersten Anleihe wurde als große patriotische Tat gefeiert.[316] 1,2 Millionen Menschen folgten dem Aufruf und zeichnete die Anleihe.[317]

Wie lässt sich dieser Erfolg erklären?

Wie bereits erwähnt, gingen die Anleihen stets mit aggressiver Propaganda einher. Durch eine finanzielle Wehrpflicht quasi seinen Teil beizutragen musste in die Köpfe hunderttausender

[313] Vgl. *Horn* (2014), S. 28.
[314] Vgl. *Roesler* (1967), S. 55.
[315] Berliner Volkszeitung vom 9. September 1914. 62. Jahrgang No 431. S. 1.
[316] Vgl. *Roesler* (1967), S. 55-56.
[317] Vgl. Volker *Ulrich,* Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918 (Frankfurt am Main 1997). S. 461.

eingehämmert werden. Ein erster Schritt war auch, die Zeichnungsstellen zu erweitern. Neben Versicherungsanstalten und Sparkassen sowie Banken wurden auch beispielsweise Postämter miteinbezogen. Auch Lehrer, Gemeinderäte sowie Geistliche wurden für diesen Zweck mobilisiert und darauf vorbereitet, die Werbetrommel für die Anleihen zu rühren.[318]

Auch die Sparkassen selbst beteiligten sich rege an der Anleihe; Banken hingegen zeichneten nur kleinere Beträge. Sparkassen, sowie deren Kunden, zeichneten 884 Millionen Mark und kamen somit auf 19,8 % des kompletten Zeichnungsbetrages der ersten Anleihe. Ein Drittel hierbei dürften von den Sparkassen selbst stammen, die restlichen zwei Drittel wurden durch die Kunden erbracht.[319]

Zu Beginn konnte die erste Anleihe nur mit einem festgesetzten Betrag von je 1000 Mark gezeichnet werden, später aber wollte man auch wirtschaftlich schlechter gestellte Personengruppen erreichen und führte eine Ratenzahlung zu 100 Mark ein.[320]

Letztendlich konnte (auf kurze Sicht) erreicht werden, was man sich von der Anleihe erhofft, aber ihr nicht zugetraut hatte. Die langfristigen Anleihen konnten die kurzfristige Verschuldung konsolidieren.[321]

Selbstverständlich blieb es nicht nur bei dieser einen Anleihe, acht weitere folgten. Die zweite Anleihe wurde bereits im Frühling 1915, im Monat März, aufgelegt.

Die weiteren Anleihen 1915-1918

Mit fortschreitendem Kriegsverlauf wurde die finanzielle Situation des Reiches immer prekärer. Reichsschatzsekretär *Helfferich* rechnete Anfang des Jahres 1915 vor, dass nur ein einzelner Monat in diesem Krieg alleine soviel koste wie ein Drittel des Krieges von 1870/71.[322]

[318] Vgl. Michael *Kunczik,* Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland (Köln 1997). S. 162.
[319] Vgl. *Roesler* (1967), S. 56.
[320] Vgl. *Horn* (2014), S. 29.
[321] Vgl. *Roesler* (1967), S. 58.
[322] Vgl. *Mommsen* (1995), S. 674.

Helfferich ging auch mit seiner Rede im Reichstag am 20. August 1915 auf die finanzielle Situation des Reiches ein:

> *„Meine Herren, wie die Dinge liegen, bleibt also vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu verschieben, auf den Friedensschluß und auf die Friedenszeit. Und dabei möchte ich auch heute wieder betonen: wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unseren Bedürfnissen und nach unseren Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann wollen und dürfen wir neben allen anderen auch die Kostenfrage nicht vergessen [...] Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient, sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir."*[323]

Helfferich spricht in seiner Rede ganz klar und ohne Umschweife ungeschminkt davon, wie das Reich gedenke, die Kosten für den Krieg aufzubringen bzw. die Schulden nach dem Krieg zu begleichen – die anderen, die Kriegsgegner sollen hierfür aufkommen. Wenn der Feind einst erst besiegt ist, würde man hohe Reparationen verlangen und Kontributionen einfordern. Es sollte das Problem des Besiegten sein, sich den wirtschaftlichen Problemen der Zeit nach dem Kriege anzunehmen. Dass sich das Reich jedoch am Ende des Krieges nicht auf der erhofften Gläubiger-Seite befand, sondern nun selbst mit finanziellen Wiedergutmachungen konfrontiert war, wurde bekanntlich als Schmach von Seiten Deutschlands empfunden.

Zuvor im März desselben Jahres wurde die zweite Kriegsanleihe aufgelegt. Auch hierfür wurde in den Zeitungen reichlich geworben, wie z.B. in der „Die Woche: moderne illustrierte Zeitschrift":

> *„Zeichnet die zweite Kriegsanleihe! [...] Wohlan denn, sorget dafür, daß das Ergebnis der jetzt zur Zeichnung aufgelegten zweiten Kriegsanleihe sich zu einem noch größeren Siege gestalte. Das ist möglich, weil Deutschlands finanzielle Kraft ungebrochen, ja unerschöpflich ist. [...] Es ist nicht nur Pflicht, sondern Ehrensache eines jeden einzelnen, dem Vaterlande [...] zu helfen. Und wenn es einen Deutschen geben sollte, der aus Furcht vor finanzieller Einbuße zögert, dem Rufe des Vaterlandes zu folgen, so belehret ihn, daß er seine eigenen Interessen wahrt, wenn er so ein günstiges Anlagepapier, wie es die Kriegsanleihe ist, erwirbt. Jeder muss zum Gelingen des großen Werkes beitragen!"*[324]

[323] Siehe Reichstagsprotokoll vom 20. August 1915, 14. Sitzung. Online unter: http://www.reichstag-abgeordnetendaten-bank.de/~db/bsb00003402/images/index.html?id=00003402&groesser=&fip=eayayztsewqeayaxssdasyztsqrseayaxs&no=&seite=00235&koordinaten=x1:12x2:69y1:20y2:70 (aufgerufen am 29.5.2018).

[324] Die Woche: moderne illustrierte Zeitschrift. 13. März 1915. 17. Jahrgang. Nummer 11. Online unter: http://dlibra.bibliotekaelblaska.pl/dlibra/publication?id=31234&tab=3 (aufgerufen am 29.5.2018).

Die zweite sowie dritte Anleihe brachte für alle überraschend große Erfolge. Hierfür mag die militärisch günstige Lage Deutschlands verantwortlich sein; selbst verständlich war diese durch die Presse optimistisch gehalten. Die Anleihen wurden außerdem von der Regierung gefördert.[325] Auch die vierte Anleihe war durchaus erfolgreich.

Die Stückelung von Zeichnungsbeiträgen stieg weiter an und ganz besonders stark beteiligten sich Anleger mit bis zu 2000 Mark. Bei der vierten Anleihe machten diese Kleinzeichner bereits 90 % aller Zeichnungen aus. Von den Verantwortlichen wurde dies als ein Zeichen gedeutet, dass es sich um echte Volksanleihen handelte, die alle Schichten erfasste und von einem starken Siegeswillen zeugte. Obwohl die Kosten für den Krieg natürlich weiter anstiegen, war es möglich, bis 1916 die unvorstellbar hohen Kosten von 36 Milliarden Mark durch den Weg der Kriegsanleihen zu konsolidieren.[326] *Helfferich* sprach auch 1916 erstmals im Reichstag davon, dass die Schulden wohl nicht mehr durch zu erwartende Reparationen zu tilgen sein werden, sondern dass die Wirtschaft Deutschland schon dafür Sorge tragen werde, dass die Kriegsanleihen zurückbezahlt werden würden.

Ab 1916 wurde dies kritisch, da einige militärische Wendungen eintraten.

Italien und Rumänien traten auf Seite der Entente in den Krieg ein und die verlustreichen Schlachten an der Somme sowie bei Verdun taten ihr übriges, um im Herbst 1918 die Kosten für den krieg auf über drei Milliarden Mark pro Monat zu treiben. Ein Wert, welcher bis zum April des Jahres 1917 nicht mehr unterschritten wurde. [327] Der September 1916 brachte auch eine Wendung im finanziellen Bereich, da von nun an die Anleihen mit der Verschuldung des Reiches nicht mehr Schritt halten konnte.[328] Die fünfte Anleihe war erstmals rückläufig, auch die kleinen Anleger wurden immer weniger und wurden durch Großanleger ersetzt; auch die restlichen Jahre setzte sich dieser Trend fort. Die hohen Summen der letzten Anleihen, ausgenommen bis auf die Letzte, dürfen auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Niederlage zu erwarten

[325] Vgl. *Roesler* (1967), S. 77.
[326] Vgl. *Zeidler* (1994), S. 425.
[327] Vgl. Ebda. S. 426.
[328] Vgl. *Burhop* (2011), S. 212.

war. Da sich die Kriegsgewinne oder die Erträge aus der Landwirtschaft nicht mehr investieren ließen, wurden sie wohl in Kriegsanleihen angelegt.[329]

Aber der fünften Anleihe fand auch ein Umdenken statt. Auch die militärische Lage schien günstig: der uneingeschränkte U-Boot-Krieg stand kurz bevor und *Hindenburg* sowie *Ludendorff* wollten erneut versuchen, die komplette Gesellschaft zu mobilisieren. Für die zukünftigen Anleihen wurden nun Künstler beauftragt, Propagandaplakate zu entwerfen die für die Anleihen werben sollten.[330] In der Werbung für die sechste Anleihe wurde auch von Seiten der Reichsbank betont, dass Vermögen und Einkommen in Deutschland hoch genug sei, um Garantien für die Anleihen geben zu können. Auch hier wurde erneut erwähnt, dass Reparationen nicht notwendig sein. Jedoch erklären weder Reichsregierung noch Bank, wie das Vermögen und das Einkommen zum Schuldenabbau angewendet werden sollte.[331]

Sieben Millionen Deutsche zeichneten die Anleihe und mit über 13 Milliarden Mark war die Anleihe ein Erfolg auf ganzer Linie. Alle Erwartungen wurden übertroffen und die Werbung für die sechste Anleihe wurde als Paradebeispiel für zukünftige Anleihen angesehen.[332]

Hardach über die sechste Kriegsanleihe:

> *„Die Anzahl der Subskriptionen für die Kriegsanleihen stieg zunächst im Trend an. Bei der Anleihe von März-April 1917 wurde mit 7,1 Millionen Subskriptionen die größte Beteiligung erreicht. Setzt man die Anleihezeichnungen in Beziehung zu den 14 Millionen Haushalten, die es 1910 in Deutschland gab, so war die Resonanz recht eindrucksvoll. Viele Menschen, die nie zuvor Wertpapiere gekauft hatten, legten ihre Ersparnisse in Kriegsanleihen an. Danach ging die Popularität der Kriegsanleihen allmählich zurück.“*[333]

Im September 1917 wurde die siebente Kriegsanleihe aufgelegt, doch trotzdem stiegen die Kosten weiter und weiter an:

Im Monat September des Jahres 1917 lagen die Kosten für den Krieg bei bereits 4 Milliarden Mark und erreichten im Oktober den traurigen Höchstwert von 4,8 Milliarden. Für das komplette Kriegsjahr lassen sich die Kosten auf rund 23 Milliarden Mark beziffern, 1918 waren es 50

[329] Vgl. *Mommsen* (1995), S. 678-679.
[330] Vgl. *Bauerkämper* (2010). S. 86.
[331] Vgl. *Hardach* (2015), S. 372.
[332] Vgl. *Bauerkämper, Julien* (2010), S. 87.
[333] *Hardach* (2015), S. 372.

Milliarden. Eine mehr als Verdoppelung war eingetreten und das obwohl im Frühjahr 1918 mit Russland Frieden geschlossen wurde. Auch der Materialbedarf stieg weiter an, 1918 wurden quartalsweise so viele Geschütze produziert, wie das Deutsche Reich zu Kriegsbeginn in der Armee gesamt bereits hatte. Dass hierfür natürlich nun noch mehr Munition gebraucht wurde, liegt nahe.[334]

Dennoch waren die siebente als auch achte Kriegsanleihe in der Lage, jeweils über 11 Milliarden Reichsmark zu mobilisieren. *Bauerkämper* und *Julien* liefern hierfür eine Erklärung:

> *„Um den Erfolg der achten Anleihe zu erklären, muss man die situativen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Im Frühjahr 1918 sah die militärische Lage für Deutschland vergleichsweise gut aus; nach dem Sieg im Osten schien der Triumph im Westen bevorzustehen. Trotz allgemeiner Kriegsmüdigkeit, die sich noch Ende Januar in Massenstreiks ausgedrückt hatte, zeigte die veröffentlichte Meinung mit Beginn des deutschen Vormarsches wieder Zuversicht. Die Anleihe-Werbekampagne spiegelte diese Stimmung und bestärkte sie, indem sie Geld für den „letzten Hieb[335]“ forderte.“[336]*

Aber auch die letzten Anleihen konnten die Kriegskosten nicht mehr kompensieren. Die schwebenden Schulen des Kaiserreichs stiegen innerhalb von 1916 von 7 Milliarden auf mehr als 13 Milliarden Mark, verdoppelten sich bis Ende des Jahres 1917 und standen nun bei 28 Milliarden Mark. Wie in den vorherergehenden Kapiteln ausgeführt, versuchte man sich teilweise mit neuen Steuern bzw. Erhöhungen zu helfen, diese addiert ergaben aber zusammen nur ca. 10 Milliarden Mark und kamen somit auf den Betrag einer einzelnen Anleihe.[337] Auch die letzte und somit neunte Anleihe im letzten Jahre des Krieges 1918 änderte an dem Niedergang nichts mehr.[338]

Fazit der Kriegsanleihenfinanzierung

Überblicksmäßig seien hier noch einmal alle Anleihen mit Datum sowie Ertrag in einer Tabelle zusammengefasst (Anmerkung: Die Daten weichen teilweise je nach Literatur mehr oder weniger voneinander ab. Da *Horn* mit seiner im Jahre 2014 verfassten Dissertation die neueste Lite-

[334] *Zeidler* (1994), S. 426.
[335] Eine Anspielung auf die Kampagne von Paul Neumann (Illustrator und Graphiker) für die achte Kriegsanleihe.
[336] *Bauerkämper, Julien* (2010), S. 104.
[337] *Zeidler* (1994), S. 427.
[338] Vgl. *Mommsen* (1995), S. 681.

ratur darstellt, wurden die Zahlen ebendort entnommen).[339] Die andere Spalte zeigt die Zahlen von *Helfferich.*[340]

Kriegsanleihe	5%ige Reichsanleihe (in MRD. Mark)	Vergleich: *Helfferich*
I. September 1914	3.492	4.460
II. März 1915	8.330	9.060
III. September 1915	12.162	12.101
IV. März 1916	9.194	10.712
V. September 1916	9.622	10.652
VI. März 1917	11.747	13.122
VII. September 1917	11.305	12.626
VIII. März 1918	13.532	15.001
IX. September 1918	9.194	10.443
Σ	88.578	98.177

Roesler erklärt, dass die unterschiedlichen Zahlen und Daten in der Literatur dadurch erklärbar sind, dass unterschiedliche Periodisierungsgrenzen genommen wurden.[341]

Hardach erklärt die Anleihen im Detail:

> *Für alle Kriegsanleihen galt, dass sich trotz der breiten Streuung der Anleihezeichnungen die Einnahmen auf die großen Beträge konzentrierten. Teilt man die Ergebnisse für alle neun Kriegsanleihen in drei Klassen, so entfielen auf die untere Klasse mit Beträgen bis zu 1000 Mark 81 Prozent der Zeichnungen mit insgesamt 10 Prozent des Volumens, auf eine mittlere Klasse von 1100 bis 100.000 Mark entfielen 19 Prozent der Zeichnungen mit 46 Prozent des Volumens, und auf die obere Klasse ab 100.100 Mark entfielen 0,2 Prozent der Zeichnungen mit 44 Prozent des Volumens."*[342]

[339] Zahlen entnommen aus: *Horn* (2014), S. 29.
[340] Zahlen entnommen aus: *Roesler* (1967), S. 79. Zitiert nach: Karl *Helfferich,* Das Geld. 6. Aufl. (Leipzig 1923). S. 213.
[341] Vgl. *Roesler* (1967), S. 79
[342] *Hardach* (2015), S. 373.

Diesen Erträgen von Einnahmen durch Kriegsanleihen müssen selbstverständlich noch die Kriegskosten des Reiches gegenübergestellt werden, um das Bild zu vervollständigen[343]:

Kriegsjahr	Kriegsausgaben in MRD. Mark	Kriegsschuldendienst in MRD. Mark	Insgesamt in MRD. Mark
1914	7	0,2	7,2
1915	23	1,1	24,1
1916	27	2,3	29,3
1917	40	4,2	44,2
1918	50	9,2	59,2
Insgesamt	147	17,0	164,0

Blickt man heute zurück auf die Kriegsanleihen, so waren diese ein Beweis für den starken Willen der Bevölkerung. Dies hat mehrere Gründe. Ab 1917 kann schwer argumentiert werden, dass die Zeichnung von Kriegsanleihen ein Indiz für Siegeszuversicht oder Bejahung des Krieges war. Eher lag es an dem enormen öffentlichen Druck, der auf die Zeichner ausgeübt wurde. Die Anleihen wurden immer stärker und aggressiver beworben, sowie eine große Erwartungshaltung aufgebaut. Sich dessen zu entziehen, muss schwierig gewesen sein. Außerdem hatten viele Anleihezeichner Familienangehörige an der Front, es kann also angenommen werden, dass versucht wurde, diesen Angehörigen durch Zeichnung von Anleihen zu helfen. Spinnt man den Gedanken weiter, so waren die Anleihen nicht nur ein Indiz des Durchhaltens, sondern bestärken dies. Die guten Konditionen lockten und die Anleihen wurden auch stets als sicherste Anlageform den Zeichnern präsentiert. Werbungen mit dem Konterfei Hindenburgs ließen die Zeichner zusätzlich ein noch stärkeres Vertrauen in die militärische Führung aufbauen. Im Gegensatz zu hohen Militärs war Kaiser Wilhelm II nie auf einer Kriegsanleihe abgebildet worden.[344]

[343] Zahlen entnommen aus: Friedrich-Wilhelm *Henning,* Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992 (Paderborn 1974). S. 42.
[344] Vgl. *Bauerkämper, Julien* (2010), S. 105-106.

Letztendlich stellen die Kriegsanleihen eine Form des Durchhaltens dar, die durch privates Kapital finanziert wurde. Ohne das Vertrauen in das Militär oder in die Sicherheiten, die die Anleihen versprachen, wäre dies nicht möglich gewesen.[345]

Nach Beendigung des Ersten Weltkrieges wurde erst das komplette Ausmaß bewusst. *Mommsen* hierzu:

> *„Erst nach Kriegsende sollte jedermann bewusst werden, dass der Erste Weltkrieg unter anderem zu einer gigantischen Vernichtung von Vermögenswerten geführt hatte. Bei Kriegsende hatte sich eine Reichsschuld von 156,1 Milliarden Mark akkumuliert; davon bestanden gut 40 Prozent in kurzfristigen Verbindlichkeiten, vornehmlich in Reichsschatzanweisungen. Dies kam einer Steigerung um 150,7 Milliarden Mark gegenüber 1914 gleich. Die Verzinsung des enormen Schuldenbergs beanspruchte rund 90 Prozent der ordentlichen Einnahmen des Reiches. [...] Die Deutschen lebten auf einer Zeitbombe, die schließlich in der Hyperinflation der Jahre 1921 bis 1923 explodierte."*[346]

Die Inflation im Deutschen Kaiserreich

Natürlich war die Geldbeschaffung Mittels Kredite ein einfacher und bequemer Weg für die Regierung, da sie unkompliziert und ohne große Diskussion über unbeliebte Steuern ihre finanziellen Mittel für den Krieg bekam. Da die Reichsbank dem Staat aber mehr und mehr und immer größere Kredite gewährte, trat selbstverständlich eine starke Inflation ein, welche *Hardach* als Kollateralschaden ansieht.[347]

1913 lässt sich der Umlauf des Bargeldes noch mit rund 6,5 Milliarden beziffern (40% dessen in Goldmünzen), so waren des 1918 nach Ende Krieges 33 Milliarden Mark, die im Umlauf waren. Goldmünzen gab es wie bereits geschildert keine mehr, sie wurden zur Papiermark – die Umrechnung in die nicht mehr vorhandene Goldmark war eine bloße Fiktion und Rechnungsgröße ohne Bezug zur Realität. Obwohl die Preise während des Krieges immer mehr und mehr anstiegen, so erklärte man dies damit, dass diese Teuerung aufgrund der Umstände normal wäre und

[345] Vgl. Ebda. S. 108.
[346] *Mommsen* (1995), S. 681-682.
[347] Vgl. *Hardach* (2015), S. 376.

sich nach dem Krieg wieder normalisieren würde.[348] *Fischer* spricht von einer Psychologisierung der Inflation und benennt ganz klar die Kriegsfinanzierung durch Anleihen als Hauptgrund für die Inflation.[349] *Fischer* erklärt:

Für eine Währung ist es zunächst nicht ausschlaggebend, wie der Staat seine Kosten durch Sonderwege begleicht, solange diese durch privates Kapital finanziert werden. Die Finanzierung durch die Anleihen jedoch bedeutet aber, dass den Zeichnern das Versprechen auf Rückzahlung plus Zinsen gemacht wird. Der Staat verpflichtet sich, dass die Bürger an diesem Wege Geld verdienen würden – ein Versprechen, das auch nach einem gewonnenen Krieg kaum einzulösen gewesen wäre – der wachsende Geldumlauf in Kombination mit sinkenden realen Vermögenswerten konnte nicht in Einklang gebracht werden. Zurückbezahlt werden sollte dies durch die bereits oft erwähnten Reparationen, die man von den Verlierern fordern würde. Selbst 1917 wurde noch folgende Rechnung aufgestellt: 6 Milliarden Rubel sollte das aus dem Krieg mit dem Frieden von Brest-Litowsk ausgeschiedene Russland zahlen, von den USA und England würde man je 30 Milliarden Dollar, damals 130 Milliarden Mark, fordern, von Frankreich 40 Milliarden Francs und zuletzt von Italien 10 Milliarden Lire.[350]

Da in den Jahren während des Krieges (und auch in den Jahren danach) die Steigerungen für Lebensmittel sowie für Rohstoffe staatlich überwacht wurden, lässt sich hier von einer zurückgestauten Inflation sprechen. Ein Beispiel, das diese Preisregulierung von staatlicher Seite betraf war das Gesetz vom 4. August 1914: das „Gesetz betreffend Höchstpreise“. Extreme Preissteigerungen sollten verhindert werden.[351] *Hardach* hierzu:

> *„Der Inflationsdruck zeigte sich noch deutlicher an den Preisen auf dem Schwarzen Markt, die sehr viel stärker anstiegen als die kontrollierten Preise. Da der legale Konsum stark eingeschränkt war, verfügten manche Haushalte über genügend Geld, um die hohen Preise für zusätzliche Rationen zu bezahlen. Die Probleme der Inflationskontrolle würden sich verschärft nach dem Krieg einstellen, wenn die Preiskontrollen und die Devisenbewirtschaftung aufgehoben wurden.“*[352]

[348] Vgl. *Spree* (2001), S. 143.
[349] Vgl. *Fischer* (1968), S. 13.
[350] Vgl. Ebda. S. 13-14.
[351] Vgl. Carl-Ludwig *Holtfrerich,* Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive (Berlin/New York 1980). S. 76-77.
[352] *Hardach* (2015), S. 378.

Beschaffung finanzieller Mittel durch Ausplünderung besetzter Gebiete

Auch hierbei hatte man von deutscher Seite noch den Krieg von 1870/71 im Hinterkopf. Erpressungen sowie Zahlungen von besetztem Gebiet zu fordern war deswegen eine logische und schlüssige Form, den Krieg zu finanzieren. Bezüglich dieses Bereiches spielte die Haager Landkriegsordnung eine große Rolle.[353]

Eroberte Gebiete sollten für die eigene Kriegsführung ausgebeutet werden und das volle finanzielle Potential sollte ausgenützt werden. 1914 wurden in sogenannten „Anhalten für den Generalstabsdienst" Plünderungen und die Ausschöpfung von Gebieten ohne Rücksicht festgesetzt.[354] Alle besetzten Gebiete in Russland, Rumänien, Frankreich und, im besonderen Belgien, mussten die deutsche Kriegswirtschaft unterstützen.[355]

Ganz besonders aus dem Generalgouvernement Belgien wurden zahlreiche Arbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft rekrutiert die hauptsächlich in der rheinisch-westfälischen Industrieeingesetzt wurden.[356] Ab der Jahreswende 1914/15 wurde von der Industrie verstärkt der Einsatz von Kriegsgefangenen für wirtschaftliche Zwecke der Kriegsführung gefordert.[357]

Die Ausbeutung beschränkte sich aber keinesfalls nur auf „Menschenmaterial":

Bis Ende des Jahres 1914 wurden von Seiten Belgiens ca. 60 Millionen Franc an unterschiedliche deutsche Dienststellen gezahlt. Politikern wie z.B. Wild von Hohenborn war dies natürlich viel zu wenig. Um das maximale aus dem besetzten Land herauszuholen, erhöhte man die Forderungen drei Wochen später um weitere 100 Millionen Franc. Im November des Jahres 1914

[353] Vgl. Reinhold *Zilch,* Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914-1918 (Goldbach 1994). S. 25-26.
[354] Vgl. Ebda. S. 27-28.
[355] Vgl. *Hardach* (2015), S. 382.
[356] Vgl. Jens *Thiel,* „Menschenbassin Belgien". Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg (Essen 2007). S. 248.
[357] Vgl. *Hinz* (2006), S. 253.

rechnete man auf belgischer Seite mit monatlichen Belastungen von ca. 35 Millionen Franc, also 420 Millionen pro Jahr.[358]

Ausländische Kredite

Kredite aus dem Ausland waren für alle Mittelmächte kaum verfügbar:

Die Entente dagegen konnten auf die Finanzmächte Großbritannien und später auch USA zurückgreifen. Deutschland musste also für die Mittelmächte die Rolle des Geldgebers einnehmen, wobei es selbst keine großen Summen im Ausland aufnehmen konnte. Die Situation hierfür ist einfach zu erklären: die Mittelmächte konnten ganz einfach auf keine neutralen Partner zurückgreifen – Deutschland und seine Verbündeten waren de facto isoliert. Außerdem sollte eine Auslandsabhängigkeit vermieden werden. Dennoch wurden von Seiten Deutschlands Kredite vergeben, so z.B. der erste Kredit 1914 an Österreich-Ungarn. 300 Millionen Mark flossen in die k.u.k. Monarchie, 200 alleine davon in den österreichischen Teil der Monarchie.[359]

Wichtig für Deutschland und die Mittelmächte waren die Friedensschlüsse mit Rumänien und der Ukraine. Militärische sowie territoriale Ziele mussten zuerst als zweitrangig angesehen werden, wichtiger war die sofortige Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen.[360]

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der zwei Verbündeten

Im November 1914 wurde von k.u.k. Seite um eine Anleihe ersucht, der das Deutsche Reich nur in einem Bruchteil nachkam.[361] Dies spiegelt auch die generelle Annahme wider, die davon ausgeht, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit vernachlässigbar war und es nur nach äußerst harten und mühsamen Verhandlungen überhaupt zu Übereinkünften im wirtschaftlichen Bereich kam. Ein Grund hierfür mag die (gefühlte) deutsche Überlegenheit gewesen sein, die die

[358] Vgl. *Zilch* (1994), S. 170.
[359] Vgl. *Perz* (1989), S. 17-18.
[360] Vgl. Theodor *Sonnemann,* Die Wirtschaft als Kriegswaffe (Berlin 1941). S. 194.
[361] Vgl. *Rauchensteiner* (1993), S. 149.

k.u.k. Monarchie nicht als gleichwertigen Partner sah. Nicht zu vernachlässigen sind auch die doch unterschiedlichen Ziele im Ersten Weltkrieg dieser zwei Verbündeten Mächte. [362]

Nichtsdestotrotz blieb Deutschland der wichtigste Partner für Österreich-Ungarn während des Krieges. Der Kredit von 1914 wurde auch 1915 wiederholt und somit verlängert, die Bankengruppe aus Berlin bot Budapest 1915 einen erneuten Kredit von 175 Million Mark und später noch einen weiteren Wechselkredit von rund 150 Millionen Mark. Im Mai 1916 einigte man sich für einen weiteren Kredit und die Aufnahme von 229,32 Millionen Mark.[363] Da sich die Deutschen in Zurückhaltung übten, kam es im Februar 1916 zu einem Treffen zwischen dem deutschen Staatssekretär Helfferich und österreichischen Vertretern. Gefordert wurden weitere Kredite für die Fortsetzungen des Krieges von Seiten des österreichischen sowie ungarischen Finanzministers. Als Problem wurde hierbei benannt, dass die Krone, im Gegensatz zur Reichsmark, an den Börsen der neutralen Staaten, schlechtere Konditionen aufwies. Ziel war es, ein weiteres Verfallen der Krone zu verhindern.[364] 1917 zum Beispiel, machten die Importe aus Deutschland einen Wert von 2,14 Milliarden Kronen aus, was 42% aller Importe Österreich-Ungarns entsprach; die Exporte Deutschlands in die k.u.k. Monarchie belaufen sich hierbei auf 75%.[365]

Auf struktureller Ebene wurde das System bezüglich der Kriegsanleihen in Österreich-Ungarn von dem im Deutschen Reich übernommen. Finanzielle Hilfe aus Deutschland kam außerdem in Form von Geldern die die Regierung bereitstellte, als auch von privaten Geldgebern. Es gab auch Kritik von Seiten der Doppelmonarchie: Tisza kritisierte, dass Deutschland zu wenige Anleihen für Österreich-Ungarn bereitstellen würde. Angesichts des enormen finanziellen Bedarfs des Deutschen Reiches ist es aber schwer vorstellbar, wie Deutschland mehr Hilfestellungen hätte für seinen Verbündeten leisten können. [366]

Trotz all der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen, bewahrte Österreich-Ungarn seine Unabhängigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft. Zwar wurden deutsche Amtsträger in die k.u.k. Monarchie entsandt, diese besaßen aber keine Befehlsgewalt um auch nur in irgendeiner Wei-

[362] Vgl. Robert J. *Wegs,* Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918 (Wien 1979). S. 41.
[363] Vgl. *Pogány* (2016), S. 589.
[364] Vgl. Ebda. S. 591.
[365] Vgl. *Schulze* (2005), S. 102.
[366] Vgl. *Wegs* (1979), S. 42.

se in die Wirtschaft der Doppelmonarchie eingreifen zu können. Ständig anwesend waren aber Vertreter der Kriegsrohstoffabteilung, die quasi ständig die Aus- sowie Einfuhren überwachten.[367]

Eine Verschmelzung der Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich beider Mächte kam aber nicht zustande. Nach einigen erfolgreichen militärischen Aktionen jedoch war der Wunsch nach einer mitteleuropäischen Konföderation stark. Als im Jahre 1915 militärische Erfolge gegen Russland erzielt werden konnten, erstarkte der Wunsch in Österreich-Ungarn nach einer gemeinsamen Union mit dem deutschen Verbündeten.[368] *Wegs* fasst die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich wie folgt zusammen:

> *„Rückschauend hat die Auffassung, daß im Kriege das öu. wirtschaftliche „Leben in ein Mitteleuropa einverleibt worden sei" eine in Tatsachen wenig begründete Grundlange. Nur in militärischen Angelegenheiten gelang den Zentralmächten, nach anfänglicher Uneinigkeit, umfassende Zusammenarbeit. Diese war aber nur möglich, weil ÖU sich seinem mächtigen Bundesgenossen unterordnete. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit war zwar nicht unbedeutend, erreichte aber niemals das allgemein vorausgesetzte Niveau."*[369]

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Deutsche Kaiserreich, und im besonderen Österreich-Ungarn, gewaltige finanzielle Probleme lösen mussten, um diesen langen Krieg von vier Jahren zu führen.

Zwar gab es eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene, die Zusammenarbeit auf militärischerer Ebene war aber die weitaus größere und umfassendere.

Im Gegensatz zu Großbritannien, welches ein Viertel seiner Kosten durch Steuererhöhungen decken konnte, konnte die k.u.k. Monarchie den Krieg nicht durch Steuern bezahlen. Lieber bediente man sich der Notenpresse und produzierte dadurch eine immer höher werdende

[367] Vgl. Ebda. S. 45.
[368] Vgl. Ebda. S. 47.
[369] Ebda. S. 50.

Geldmenge. Zu Ende des Krieges 1918 erreichten die Preise aber das Sechzehnfache.[370] Die Inflation spiegelt auch die enormen Kriegsanstrengungen der Monarchie wider. Ein Vergleich in absoluten Zahlen ist hier nicht zielführend, da andere Kriegsteilnehmer mehr finanzielle Mittel aufbrachten, aber die viel stärkere Inflation in Österreich-Ungarn beweist dies.[371] Es blieb also nur mehr der Weg der Kriegsanleihenfinanzierung.

Der Krieg wurde somit durch Anleihen sowie über die Geldschöpfung bezahlt. Dreifünftel machte hierbei der Anteil der Anleihen aus. In Österreich gab es acht solcher Anleihen, in Ungarn 17.[372] Die Notenbank vergab die Kredite und das so vervielfachte im Umlauf befindliche Geld sollte durch Kriegsanleihen dem Staat wiederzugeführt werden. Die Balance konnte jedoch nicht gehalten werden und die Menge an Geld stieg weiter an.[373] Wie allgemein bekannt ist, endete der Krieg mit der Niederlage Österreich-Ungarns und der Auflösung der Monarchie.

88,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der letzten Jahre der Friedenszeit wurden für die Kriegsfinanzierung herangezogen; bezüglich Ungarn waren es 78,1%. Das Resultat dieser enormen finanziellen Belastung für den verlorenen Krieg waren hohe Schulden in Cis- sowie Transleithanien sowie eine extreme Inflation, die auch nach dem Krieg weiter für Chaos sorgte und schließlich in den kommenden 1920er Jahren ihren Höhepunkt in der Hyperinflation fand.[374]

Während Österreich-Ungarn als unterentwickelte Agrarmacht angesehen wurde, war die Lage in Deutschland anders. Deutschland war eine industriell stark entwickelte Macht und hatte die Jahre zuvor in vielen Bereichen aufgeholt; alle europäischen Länder im industriellen Sektor überholt. Dennoch brauchte auch Deutschland noch mehr Geld für den Krieg.

Auch in Deutschland wurden Anleihen zur Zeichnung aufgelegt, sie dienten der k.u.k. Monarchie als Beispiel und wurden wichtigste Methode zur Finanzierung des Krieges und überstiegen dabei die Erwartungen aller.[375] Waren es in der Habsburgermonarchie acht Anleihen, so wur-

[370] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 599-600.
[371] Vgl. *Brucker* (2010), S. 159.
[372] Vgl. *Sandgruber* (1995), S. 327.
[373] Vgl. *Pogány* (2016), S. 594-595.
[374] Vgl. Ebda. S. 596.
[375] Vgl. *Stolper* (1950), S. 66.

den in Deutschland neun Anleihen aufgelegt, wobei die dadurch eingenommene Summe von ca. 88. Milliarden Reichsmark bis 98 Milliarden Reichsmark schwankt (siehe Tabelle S. 86).

Nichtsdestotrotz waren die hohen Einnahmen durch die Anleihen bei weitem viel zu wenig und nicht ausreichend, um die immer steigenden Kriegskosten zu decken.[376] Die Deutsche Kriegsfinanzierung kann durchaus als eine Art Vabanquespiel bezeichnet werden, deren Ziel es war, einen Siegfrieden zu erringen und die Kriegsverlierer durch Entschädigungen auszupressen um die eigenen Finanzen zu sanieren. Dass dies aber bei solch gewaltigen Summen auch bei einem Sieg für Deutschland und seine Verbündeten kaum mehr wieder zurückzuholen wäre, war auch Experten zu Beginn des Krieges klar.[377]

Bezüglich der Inflation in Deutschland, so könnte man zu dem Schluss kommen, dass diese ein Problem der Nachkriegszeit darstellt.[378] Wie im Kapitel über die Inflation während des Krieges im Deutschen Reich ausgeführt, war dies keineswegs nur ein Problem der Nachkriegszeit. Auch die gesetzlich festgesetzten Höchstpreise für Lebensmittel konnten dem kaum Einhalt gebieten, da schon während des Krieges ein Schwarzmarkt mit eigenen Preisen existierte. Auch für Deutschland gilt somit, dass die zusammenbrechende Monarchie gewaltige Probleme während des Krieges für die Nachkriegszeit schaffte: Hohe Verschuldung, eine rückgestaute Inflation und damit verbunden ein schweres Erbe für die kommende, junge Weimarer Republik bereitete.[379]

Beschäftigt man sich mit dem Thema der Kriegsfinanzierung, so kann es aufgrund der vielen wirtschaftlichen Daten und Fakten dazu führen, dass beinahe vergessen wird, dass Menschenleben mit diesen wirtschaftlichen Fakten untrennbar verbunden waren.

Sandgruber spricht zu Recht von einer Apokalypse, wenn er folgende Zahlen anführt:

> *„Von etwa 8 Millionen k.u.k. Soldaten starben mehr als 1 Million im Feld und weitere 480.000 in Gefangenschaft; etwa 1,9 Millionen wurden verwundet [...]. Auf das heutige Österreich entfielen etwa 180.000 bis 190.000 Gefallene und Vermißte, dazu 60.000 Ziviltote [...].“*[380]

[376] Vgl. *Mommsen* (1995), S. 680.
[377] Vgl. Ebda. S. 681.
[378] Vgl. *Stolper* (1950), S. 68.
[379] Vgl. *Burhop* (2011), S. 220.
[380] *Sandgruber* (1995), S. 333.

Dieser Umstand sei auch der unvernünftigen Führung der Monarchie geschuldet, so *Gratz* und *Schüller.* Bevor die absolute Erschöpfung eintraf, hätte der Krieg am besten abgebrochen werden sollen. Derartige Gedanken gab es durchaus, so wurden solche Versuche von Kaiser Karl zu Beginn des Jahres 1917 unternommen (Sixtus Affäre), jedoch wurden die Verhandlungen abgebrochen.[381] Ganz besonders schlimm war die Versorgung mit Nahrungsmitteln: So warteten Frauen oft mehrere Stunden, um etwas Brot für die hungernden Kinder zu Hause zu bekommen. Die Lage war derart katastrophal, dass Kleinkinder sowie ältere Menschen an völliger Entkräftung starben. Da es an allem fehlte, wurden auch Sägespäne unter das Mehl gemischt und gegessen.[382] Vor dem Krieg war der Ernteertrag an Getreide in der ungarischen Hälfte so groß, dass damit das Defizit der österreichischen Reichshälfte abgedeckt werden konnte, in manchen Jahren blieb sogar genügend für den Export übrig.[383]

Während des Krieges brach die Erzeugung von Lebensmitteln dramatisch ein, dies hat mehrere Gründe. Erstens gab es nicht genügend Arbeiter für die Landwirtschaft, zweitens nicht genügend Saatgut, drittens unzureichend Düngemittel und viertens fehlten natürlich auch die Transportmöglichkeiten für die Lebensmittelindustrie – vor Beginn des Krieges war die Monarchie aber durchaus in der Lage, sich quasi autark mit den nötigen Lebensmitteln zu versorgen und die Hälfte aller männlichen Arbeitskräfte Cisleithaniens waren in der Landwirtschaft tätig; in Transleithanien waren es gar 67%. Diese Männer fehlten nun natürlich und das Resultat waren weit geringere Ernteerträge. *Schulze* nennt auch die Seeblockade als eine der Gründe für die Hungersnot, [384] wobei diese die k.u.k. Monarchie kaum betraf. 1917 waren die Ernteerträge in der Monarchie auf 40-80% im Vergleich zu Friedenszeiten geschrumpft, wobei der österreichische Teil der Monarchie stärker betroffen war als der ungarische. *Schulze* führt zwei Tabellen an, die dies verdeutlichen. Wurden in Cisleithanien 1917 nur mehr 42% Weizen im Vergleich zu 1913 produziert, waren es in Transleithanien immerhin noch 79%. Ähnlich war die Situation auch bezüglich des Roggens, in Cisleithanien lag er Ertrag nur mehr bei 44% im Vergleich zu 1913, in Transleithanien bei 79%,[385] sodass es schon 1915 in Wien zu den ersten food riots, also

[381] Vgl. *Gratz, Schüller* (1930), S. 199.
[382] Vgl. Ebda. S. 200-201.
[383] Vgl. *Schulze* (2005), S. 91.
[384] Vgl. Ebda. S. 85-86.
[385] Vgl. Ebda. S. 92-93.

Unruhen aufgrund der unzureichenden Lebensmittelversorgung, kam.[386] Dieser Mangel an Nahrungsmittel wird auch darauf zurückgeführt, dass es zu einem Totalversagen bezüglich der Verteilung von Nahrung innerhalb Cis- und Transleithaniens kam. Die Leidtragenden war natürlich die Bevölkerung, die unter diesen politischen Disputen zwischen den zwei Reichshälften zu leiden hatte, sodass die pro Kopf Menge an Getreide um 30 – 45% einbrach. Schuld daran waren auch die Preisregulierungen, die dazu führten, dass die Bauern das Getreide lieber am Schwarzmarkt verkauften, anstatt es den Lebensmittelzentralen zur Verfügung zu stellen. Das Resultat waren extreme Ungleichheiten zwischen dem Land und den Städten, sowie auch zwischen den unterschiedlichen Einkommensschichten. Cisleithanien wurde immer abhängiger von Transleithanien, was die Versorgung mit Lebensmittel betraf.[387]

Die Probleme hierfür reichen bis in die Vorkriegszeit zurück, da man es verabsäumt hatte, keine Vorbereitungen bezüglich der Lebensmittelversorgung im Krieg zu schaffen. 1915 wurde lediglich vereinbart, dass die gemeinsame Armee von beiden Reichshälften versorgt werden müsste, proportional zu dem jeweiligen Ernteertrag, auch wenn es keine der beiden Hälften je schaffte, die abgesprochen Mengen zu liefern. Vollkommen außer Acht gelassen wurde auch das Faktum, dass die größere Bevölkerung Cisleithaniens mehr Lebensmittel brauchte. Im Oktober 1918 war es schließlich soweit: in einigen cisleithanischen Gebieten waren die Lebensmittel komplett aufgebraucht oder würden nur mehr für eine Woche ausreichen. Einige Länder wie Böhmen, Mähren oder Schlesien isolierten sich komplett und ließen auch nicht mehr zu, dass Lebensmittel in andere Teile der Monarchie exportiert wurden.[388]

In Deutschland war die Situation bezüglich der Nahrungsmittelversorgung nicht besser:

Spätestens seit Beginn des Jahres 1916 litt die ärmere, städtische Bevölkerung im Deutschen Reich unter Hunger. Schlimmer aber kam es im Winter des Jahres 1916/17, da die Kartoffelernte äußerst schlecht ausfiel und zusätzlich noch vermehrt die Kartoffelfäule auftrat. Selbstverständlich ging ein Großteil der Kartoffeln zu den Soldaten an die Front, die Zivilbevölkerung dagegen musste sich mit Rüben zufriedengeben (Steck- sowie Kohlrüben). Erschwert hinzu

[386] Vgl. Ebda. S. 94.
[387] Vgl. Ebda. S. 95.
[388] Vgl. Ebda. S. 96-97.

kam, dass es nach diesem an Nahrungsmittel kargen Winter auch noch eine extrem schwache Getreideernte gab, sodass auch im darauffolgenden Sommer Hunger herrschte.[389]

Die traurige Bilanz des Krieges waren insgesamt weltweit neun Millionen tote, sowie 20 Millionen verwundete Kombattanten; weitere drei Millionen Menschen starben elendig an einsetzenden Seuchen. Große Teile Europas lagen in Trümmern. Trümmern, aus denen, zumindest teilweise, zwei Jahrzehnte später erneut Krieg hervorbrechen sollte...[390]

[389] Vgl. Wolfgang U. *Eckart,* Hunger und Mangel in der Heimat. In: Deutsches Ärzteblatt 6/2015 Heft 6 (Köln 2015). S. 230.
[390] Vgl. *Rauchensteiner* (2013), S. 1057.

Literaturverzeichnis

Mihriban *Acikalin,* Die k.u.k. Außenpolitik während und nach der Annexionskrise 1908/1909 (Diplomarbeit Universität Wien 2014)

Holger *Afflerbach,* Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg (Wien, Köln, Weimar 2002)

Gerold *Ambrosius,* Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert (München 1960)

Arnd *Bauerkämper* (Hrsg.), Elise *Julien* (Hrsg.), Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914-1918 (Göttingen 2010)

Stephen *Broadberry,* Mark *Harrison*, The Economics of World War I (Cambridge 2005)

Matthias *Brucker,* Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Rüstungsproduktion, Mannschafts- und Offiziersersatz, Transportsystem, Ernährungs- und Finanzwirtschaft sowie Kriegssozialismus (Diplomarbeit Universität Wien 2010)

Alois *Brusatti* (Hrsg.)*,* Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band 1: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973)

Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau (Hrsg.), 100 Jahre im Dienst der Wirtschaft. Eine Festschrift (Wien 1961)

Carsten *Burhop,* Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871-1918 (Göttingen 2011)

Felix *Butschek,* Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (Wien, Köln, Weimar 2012)

Ulrich *Cartarius,* Deutschland im Ersten Weltkrieg (Nördlingen 1982)

Ute *Daniel,* Der Krieg der Frauen 1914-1918: Zur Innenansicht des Ersten Weltkriegs in Deutschland. In: Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ... . Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs (Essen 1993)

Deutschnationale Geschäftsstelle (Hrsg.), Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg (Wien 1918)

Oskar *Dohle,* Geld für den Krieg. Die Kriegsanleihe-Zeichnungen der Städte Linz und Urfahr im Ersten Weltkrieg. In: Stadtarchiv und Stadtgeschichte. Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2003/2004, (Hrsg.) Walter *Schuster,* Maximilian *Schimböck* (Hrsg.), Anneliese *Schweiger* (Hrsg.) (Linz 2004)

Wolfram *Dornik,* Johannes *Gießauf,* Walter M. *Iber* (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert (Innsbruck 2010)

Wolfgang U. *Eckart,* Hunger und Mangel in der Heimat. In: Deutsches Ärzteblatt 6/2015 Heft 6 (Köln 2015)

Peter *Eigner,* Andrea *Helige* (Hrsg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung (Wien 1999)

Hans *Einhorn,* Siegfried *Schönherr*, Zum militärischen Einwirken auf die Wirtschaft im Krieg. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969 Band 2 (Berlin 1969)

Gerald D. *Feldmann,* Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918 (Berlin, Bonn 1985)

Jörg *Fisch,* Europa zwischen Wachstum und Gleichheit. Handbuch der Geschichte Europas. Band 8 (Stuttgart 2002)

Wolfram *Fischer,* Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945 (Opladen 1968)

Wolfgang *Fritz,* Für Kaiser und Republik. Österreichs Finanzminister seid 1848 (Wien 2003)

Gustav *Gratz,* Richard *Schüller,* Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung. In: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs (Wien, New Haven 1930)

George W. F. *Hallgarten,* Joachim *Radkau,* Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute (Frankfurt am Main, Köln 1974)

Ernst *Hanisch,* Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Österreichische Geschichte 1890-1990, (Hrsg.) Herwig *Wolfram* (Wien 1994, 2005)

Gerd *Hardach,* Deutschland in der Weltwirtschaft 1870 – 1970. Eine Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Frankfurt 1977)

Gerd *Hardach,* Die finanzielle Mobilmachung in Deutschland 1914-1918. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Band 56 Heft 2 (Berlin 2015)

Friedrich-Wilhelm *Henning*, Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1918 (Paderborn 1993)

Uta *Hinz,* Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914-1921 (Essen 2006)

Diethard Wolfgang *Hochhauser,* Die Finanzierung des Ersten Weltkrieges durch die Österreichisch-Ungarische Monarchie (Diplomarbeit Universität Wien 1996)

Carl-Ludwig *Holtfrerich,* Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive (Berlin/New York 1980)

Lothar *Höbelt,* Stehen oder Fallen? Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg (Wien, Köln, Weimar 2015)

Thomas *Horn,* Mittelständische Kreditinstitute in Kriegszeiten. Unternehmenspolitik von Genossenschaftsbanken und Sparkassen unter dem Einfluss des Ersten Weltkriegs 1914 bis 1918 und den ersten Nachkriegsjahren. Ein Vergleich (Dissertation Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt 2014)
Hans Peter *Hye,* Das politische System in der Habsburgermonarchie. Konstitutionalismus, Parlamentarismus und politische Partizipation (Prag 1998)

Institut für Österreichkunde (Hrsg.), Die Wirtschaftsgeschichte Österreichs (Wien 1971)

Hubert *Kiesewetter,* Industrielle Revolution in Deutschland. Regionen als Wachstumsmotoren (Stuttgart 2004)

Michael *Kunczik,* Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland (Köln 1997)

Volker *Kruse,* Mobilisierung und kriegswirtschaftliches Dilemma. Beobachtungen zur kriegsgesellschaftlichen Moderne. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38, Heft 3 (Stuttgart 2009)

Werner *Kohl,* Susanna *Steiger-Moser* (Hrsg.), Die österreichische Zuckerindustrie und ihre Geschichte(n) 1750-2013 (Wien, Köln, Weimar 2014)

Dušan *Kováč,* Die Flucht der Slowaken aus dem ungarischen Staatsverband. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band XI/1/2. Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (Wien 2014)

Max *Lanter,* Die Finanzierung des Krieges. Quellen, Methoden und Lösungen seit dem Mittelalter bis Ende des zweiten Weltkriegs 1939 bis 1945 (Dissertation Universität Zürich 1949)

Klaus *Lapp,* Die Finanzierung der Weltkriege 1914/18 und 1939/45 in Deutschland. Eine wirtschafts- und finanzpolitische Untersuchung (Dissertation Universität Nürnberg 1957)

Peter *Marschner,* Die Argumentation in der Kontroverse um den sogenannten „Juliusturm“ (Dissertation Universität Marburg 1964)

Hans *Mayer* (Hrsg.), Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948. Auf Veranlassung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zum hundertjährigen Bestande der Kammerorganisation (Wien 1949)

Eduard *März,* Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (Wien 1981)

Helmut *Meelich,* Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarn 1914-1918. Wirtschaftsorganisation und Versorgungspolitik im Ersten Weltkrieg. Dissertation Universität Wien (Wien 1976)

Wolfgang J. *Mommsen,* Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918 (Berlin 1995)

Johannes *Jetschko*, Österreichische Industriegeschichte 1848 bis 1955. Band 2. Die verpasste Chance (Wien 2004)

Michael *Pammer,* Die Vorbereitungen von Industrie und Staatsfinanzen auf den Krieg. In: Austria: Forschung und Wissenschaft. Geschichte Band 11: Wirtschaft, Technik und das Militär 1914-1918. Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, Herbert *Matis,* Juliane *Mikoletzky,* Wolfgang *Reiter* (Hrsg.) (Wien, Berlin 2014)

Helmuth *Perz,* Aspekte der Kriegsfinanzierung: Die österreichischen Kriegsanleihen 1914 – 1918 (Diplomarbeit Universität Wien 1989)

Agnes *Pogány,* Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band XI/1/1 (Wien 2016)

Manfried *Rauchensteiner,* Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg (Graz, Wien, Köln 1993)

Manfried *Rauchensteiner,* Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918 (Wien, Köln, Weimar 2013)

Ursula *Ratz,* Zwischen Arbeitsgemeinschaft und Koalition. Bürgerliche Sozialreformer und Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg (München 1994)

Manfred *Reinschedl,* Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich. Der Anteil Österreich-Ungarns am Wettrüsten vor dem Ersten Weltkrieg. In: Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs, (Hrsg.) Bertrand Michael *Buchmann* (Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2001)

Helmut *Rumpler,* Peter *Urbanitsch* (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band IX: Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/2: Von der Stände- zur Klassengesellschaft (Wien 2010)

Helmut *Rumpler,* Peter *Urbanitsch* (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band IX: Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution (Wien 2010)

Konrad *Roesler,* Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg (Berlin 1967)

M. Christian *Ortner,* Die Entwicklung der Streitkräfte Österreich-Ungarns in den Jahren 1867 bis 1918. In: Strategie und Sicherheit 2014. Europas Sicherheitsarchitektur im Wandel, Johann *Pucher* (Hrsg.), Johann *Frank* (Hrsg.) (Wien, Köln, Weimar 2014)

Regina *Roth,* Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungselemente (Berlin 1997)

Roman *Sandgruber,* Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Themenband in: Österreichische Geschichte, (Hrsg.) Herwig *Wolfram* (Wien 1995)

Tamara *Scheer,* Die Kriegswirtschaft am Übergang der liberal-privaten zur staatlich-regulierten Arbeitswelt. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band XI/1/1 (Wien 2016)

Tamara *Scheer,* Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg (Frankfurt am Main 2009)

Theodor *Sonnemann,* Die Wirtschaft als Kriegswaffe (Berlin 1941)

Veit *Sorger* (Hrsg.), 100 Jahre Haus der Industrie. 1911 – 2011. 2. Auflage (Wien 2011)

Reinhard *Spree* (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert (München 2001)

Gustav *Stolper,* Deutsche Wirtschaft 1870-1940 (Stuttgart 1950)

Walter *Teltschik,* Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluß in Staat und Geselschaft (Weinheim, New York, Basel, Cambridge 1992)

Karl C. *Thalheim,* Horst *Jecht,* Klaus Wilhelm *Rath,* Hans Herbert *Hohlfeld,* Heinrich Karl *Nicklisch,* Walther *Hoffmann,* Hans *Kretschmar,* Probleme der Kriegsfinanzierung (Jena 1940)

Jens *Thiel,* „Menschenbassin Belgien". Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg (Essen 2007)

Stephanie *Tilly,* Arbeit – Macht – Markt. Industrieller Arbeitsmarkt 1900-1929. Deutschland und Italien im Vergleich (Berlin 2006)

Ferdinand *Tremel,* Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs (Wien 1969)

Lutz *Unterseher,* Der Erste Weltkrieg. Trauma des 20. Jahrhunderts (Berlin 2014)

Volker *Ulrich,* Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918 (Frankfurt am Main 1997)

Ernst *Wagemann,* „Wo kommt das viele Geld her?“. Geldschöpfung und Finanzlenkung im Kriege (Düsseldorf 1940)

Robert J. *Wegs,* Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918 (Wien 1979)

Thomas *Winkelbauer,* Wer bezahlte den Untergang der Habsburgermonarchie? Zur nationalen Streuung der österreichischen Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung. Band 125 (Wien 2004)

Walter *Winkelbauer,* Das k.u.k Reichsfinanzministerium („Gemeinsames Finanzministerium“) und seine Registraturen 1868-1918. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs (MÖStA) Nr. 28 (Wien 1975)

Manfred *Zeidler,* Die deutsche Kriegsfinanzierung 1914 bis 1918 und ihre Folgen. In: Wolfgang *Michalka* (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung. Wahrnehmung. Analyse (München 1994)

Reinhold *Zilch,* Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914-1918 (Goldbach 1994)

Quellenverzeichnis

Reichsgesetzblatt Nr. 236. S. 1192. Online unter: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=19120004&seite=00001192 (aufgerufen am 3.5.2018)

Reichsgesetzblatt Nr. 146. S. 401. Online unter: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000401&zoom=2 (aufgerufen am 23.1.2019)

Neue Freie Presse Nr. 18047 vom 20. November 1914. S. 14. Online unter: http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19141120&query=%22Kriegsanleihe%22&ref=anno-search (aufgerufen am 15.5.2018)

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. VI. Legislaturperiode. IV. Session 1886/87. Erster Band (Berlin 1887). S. 340.

Berliner Volkszeitung vom 9. September 1914. 62. Jahrgang No 431. S. 1.

Siehe Reichstagsprotokoll vom 20. August 1915, 14. Sitzung. Online unter: http://www.reichstag-abgeordnetendaten-bank.de/~db/bsb00003402/images/index.html?id=00003402&groesser=&fip=eayayztsewqeaya

xssdasyztsqrseayaxs&no=&seite=00235&koordinaten=x1:12x2:69y1:20y2:70 (aufgerufen am 29.5.2018).

Die Woche: moderne illustrierte Zeitschrift. 13. März 1915. 17. Jahrgang. Nummer 11. Online unter: http://dlibra.bibliotekaelblaska.pl/dlibra/publication?id=31234&tab=3 (aufgerufen am 29.5.2018).

Staatsvertrag vom 13. Juli 1878. Online unter: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1879&page=217&size=45 (aufgerufen am 28.1.2019)

Lothar *Höbelt,* Flucht nach vorne. In: Die Zeit Nr. 25/2014. S. 1. Online unter: https://www.zeit.de/2014/25/oesterreich-ungarn-serbien-krieg/komplettansicht (aufgerufen am 21.07.2019)

Zusammenfassung/Abstract

Der Verfasser vorliegender Diplomarbeit befasst sich mit der Kriegsfinanzierung des Ersten Weltkriegs in der Monarchie Österreich-Ungarns sowie des Deutschen Kaiserreichs.

Hierbei wird zuerst versucht, die wirtschaftliche Entwicklung der beiden verbündeten Mächte bis vor Beginn des Ersten Weltkriegs kurz nachzuzeichnen, um Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Für die k.u.k Monarchie wurde hierfür der Zeitraum von 1867 (Ausgleich mit Ungarn) bis 1914 gewählt, für das Deutsche Kaiserreich der Zeitraum 1871 (Reichsgründung) bis 1914. Wichtige untersuchte Etappen hierbei sind die sogenannte Gründerzeit sowie der Börsenkrach 1873.

Da der Erste Weltkrieg als der Erste totale Krieg bezeichnet wird und mit industrieller Unterstützung geführt wurde, steht die zentrale Frage „Wie wurde dieses Vorhaben finanziert?“ im Raum.

Beleuchtet werden die erlassenen Gesetze, welche der Wirtschaft im Kriegsfall dienlich sein sollten sowie Methoden der Kriegsfinanzierung durch Steuern bzw. der beliebtesten Methode der Finanzierung des Krieges: Kriegsanleihen sowie Kredite bei der Notenbank.
Acht solcher Anleihen wurden im cisleithanischen Teil der Doppelmonarchie zur Zeichnung aufgelegt, im Deutschen Kaiserreich waren es neun. Auch die Beschaffung von finanziellen Mitteln durch die Ausplünderung besetzter Gebiete wird untersucht. Zu Problemen führten natürlich die Kredite der Notenbanken, die zu einer extremen Inflation in beiden Reichen führten.

Wie allgemein bekannt ist, endete der Erste Weltkrieg für die zwei Verbündeten in einer Niederlage sowie der Abschaffung der Monarchie. Die enormen Lasten dieser Art von Kriegsführung hatten von nun an, über den Krieg hinaus, die jungen Demokratien Republik Österreich sowie die Weimarer Republik zu tragen, welche sich dem enormen Problem der Inflation annehmen mussten, die bereits zu Zeiten des Krieges eintrat und nach Beendigung des Krieges in einer Hyperinflation gipfelte.